

Bonn, Montag 19. Februar 1973

Sprecher: Amrehn, Barzel, Blüm, Dregger, [von Hassel], [Hennig], [Jäger], Katzer, Kiesinger, Köppler, Kohl, Kraske, Langguth, Lemke, Lorenz, Müller-Hermann, Schäfer, Schwarz-Schilling, Seiters, Stoltenberg, von Weizsäcker, Wex.

Politische Lage. Berichte der Präsidiumsmitglieder über ihre Arbeitsbereiche. Schwerpunkte der künftigen politischen und organisatorischen Arbeit der Partei. Verschiedenes.

POLITISCHE LAGE

Barzel: Ich eröffne die vorgezogene Sitzung des Bundespartei Vorstandes. Sinn dieser Sitzung ist, den konkreten Arbeitsplan für die Partei und an den notwendigen Stellen die Verzahnung mit der Fraktion zu beschließen, also in Fortsetzung unserer zweitägigen Klausurtagung. Ich möchte gerne deshalb auf einen langen und umfangreichen Bericht zur Einführung hier verzichten, schon deshalb, damit wir uns wirklich dem Thema und nicht der aktuellen Politik hingeben.

Es ist freilich erforderlich, ganz wenige Hinweise auf die aktuelle Situation zu machen. Das erste, und da nehme ich an, es wird ganz unstrittig unter uns sein: Das Präsidium hat zur Vorbereitung dieser Sitzung, die, wie sie wissen, verschoben werden mußte wegen der Beerdigung für den Staatssekretär Globke¹, eine Stellungnahme vorbereitet zu der aktuellen Finanz- und Steuerpolitik der Regierung. Wir haben dies eben erörtert. Herr Stoltenberg arbeitet gerade an dem Entwurf. Ich hoffe, daß er nachher ohne allzu viel Filigranarbeit wird verabschiedet werden können. Wir müssen uns dazu äußern. Wir können diese Sache politisch nicht ernst genug nehmen, denn das wird alles verkauft unter der Überschrift „Stabilität“. In Wirklichkeit ist der Grund natürlich das Decken von Löchern. Helmut Schmidt hat im Wahlkampf gesagt: „Nicht 13 Pfennige fehlen.“ Und nun wird deutlich, es fehlen Milliarden. Den Spaß können wir der Regierung nicht erlauben. Wir können ihr auch nicht erlauben, sich durch die Gleichzeitigkeit der Rücknahme der Rentengesetze z. T. und dieser Steuerpolitik²

1 Globke war am 13. Februar 1973 verstorben. Die Trauerfeier fand am 19. Februar 1973 in der Kirche St. Winfried statt, die Beerdigung im Anschluß auf dem Bonn-Bad Godesberger Zentralfriedhof.

2 Im Dezember 1972 beriet der Bundestag über das 4. Rentenversicherungs-Änderungsgesetz (vgl. Nr. 32 Anm. 57). Die Rentenreform ging zur Beratung in den Vermittlungsausschuß, vgl. „General-Anzeiger Bonn“ vom 31. Januar 1973 „Mainz gegen Änderung der Rentenreform“. – Die Regierungskoalition legte einen Gesetzentwurf für ein Zweites Steuerreformgesetz (BT-Drs. 7/78) vor, der am 22. Februar 1973 im Bundestag erstmals beraten wurde

einen Turm von vier, sechs, acht Milliarden zu errichten, um – sei es vor Landtagswahlen oder sei es vor den nächsten Bundestagswahlen – mit Geschenken hervorzutreten. Wir werden deshalb sorgfältig zu erwägen haben, wie wir uns auf diese Sache einlassen. Ich persönlich neige dazu, daß wir, was Kinderreiche betrifft und was mindere, kleinere Einkommen betrifft, doch Entlastungen in der Besteuerung herbeiführen müssen, weil wir sonst sozial nicht gerecht sind. Wir können unmöglich der Regierung diese ganze Sache auf die hohe Kante geben und dürfen auf gar keinen Fall zulassen, daß sie ihre Defizitpolitik nun durch die Tugend der Stabilitätspolitik nach vorne zu überdecken versucht.

In diesem Zusammenhang ist ein Punkt, der sicherlich nicht nur mich, sondern Sie alle mit Ärger erfüllt hat: Es gab zu Beginn der vergangenen Woche eine Tagung der Landesfinanzminister mit den zuständigen Kollegen der Bundestagsfraktion.³ Es ist ein lobenswertes Unternehmen, weil es der Versuch einer rechtzeitigen Abstimmung ist. Nicht lobenswert, sondern geradezu schädlich für uns alle war die Tatsache, daß das Ergebnis dieses Gremiums ausgerechnet zwei Tage vor den Beschlüssen der Regierung veröffentlicht worden ist, entgegen aller Absprachen, ohne daß dieser Parteivorstand, das Präsidium, oder der Fraktionsvorstand den Schatten einer Ahnung davon hat. Und ich glaube, Steuerpolitik gehört zu den vertraulichsten und politischsten Dingen; die gehören wirklich an die Spitze. Und ich rüge das nicht nur im Verfahren, sondern ich möchte ausdrücklich sagen, daß ich in der Sache der Beschlüsse, die dort gefaßt worden sind, zu einigen Punkten erhebliche Einwendungen habe. Es war sicher nicht gut, damit jetzt überzukommen.

Der dritte Punkt, der hier erwähnt werden muß: Damit die Koordinierung vollständig ist und hinterher nicht bestritten wird von jemandem, haben wir uns im Präsidium verständigt in der Frage, und ich denke, daß dies auch die gemeinsame Fraktion morgen machen wird, daß wir in der Frage der Rücknahme von Rentenversprechungen mit aller Energie kämpfen und versuchen, ein Vermittlungsergebnis zu erreichen, das unseren Essentials gerecht wird, und wenn dies nicht gelingt, wir mit allen Mitteln in der Tat hier in dieser Frage tätig werden. Ich möchte das jetzt nicht deutlicher übersetzen. Herr Blüm guckt mich an, Sie hatten einen Nachbarn im Bundesausschuß, der dazu eine Rede hielt in diesem Sinne⁴, ohne daß ich dies jetzt sagen möchte, weil ich glaube, wir sind dem Staatsoberhaupt schuldig, ihn vorher zu informieren, deshalb verhalte ich mich an dieser Stelle so in ungewisser Redeweise.

Vierter aktueller Punkt: Ich hoffe, daß das hier keine Rolle mehr spielt, es sei denn,

(Sten.Ber. 7. WP 17. Sitzung S. 799–816). Vgl. auch „Die Welt“ vom 5. Februar 1973 „Steuerreform im dichten Nebel“; „Handelsblatt“ vom 6. Februar 1973 „Steuererhöhungen statt Steuerreform“.

3 Ergebnis der Tagung der Länderfinanzminister mit Abgeordneten der Union über Fragen der Steuerpolitik am 12./13. Februar 1973 in Rottach-Egern (ACDP Dokumentation 0/069/0 Allgemeines). Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 16. Februar 1973 „Ein Vorschaltgesetz zur Überbrückung“.

4 Sitzung vom 12. Februar 1973 (Unterlagen in ACDP 07–001–610, ein Protokoll liegt nicht vor).

der Parteivorstand wünscht die Haltung der Bundestagsfraktion zu bestätigen, die diese am vorigen Dienstag entsprechend der Empfehlung des Bundesparteiausschusses eingenommen hat.⁵ Ich möchte alle Versuche zurückweisen, nun noch immer wieder nachzukarten. Ich sehe mich unmittelbar vor der Notwendigkeit, eine Dokumentation über den Anfang Mai bis zum 17. Mai nicht nur schreiben zu lassen, sondern auch vorzulegen.⁶ Wenn hier einige meinen, dies sei eigentlich eine Partei – ich bin jetzt sehr hart –, die gehört auf die Couch zum Psychiater wegen des Traumas vom 17. Mai, dann wollen wir das minutiös aufklären. Das sind wir auch diesem Vorstand schuldig, der sich ja wohl erinnert, mit welcher Mehrheit hier welcher Beschluß im Mai gefaßt worden ist. Ich verspreche mir davon nichts, aber wenn die Nachkarterei nicht aufhört, dann wird dies leider notwendig sein. Ich will mit folgendem Punkt eigentlich schon enden, weil heute Herr Kraske alles zusammenfassen soll, und es nicht gut ist, wenn ich irgend etwas davon vorwegnehme. Aber ich habe eine Bitte an uns alle. Wenn ich die verschiedensten Ereignisse der letzten 14 Tage in Partei und Fraktion mir ansehe, dann kann ich nur folgendes Ihnen sagen: Was immer wir im Oktober zur Sache und zur Person entscheiden mögen, wenn dieser Weg so weiter geht, wird es für diese Union und jedweden Vorsitzenden nicht sehr interessant sein im Oktober. Wir werden bis dahin als ein nicht handlungsfähiges Gremium erscheinen. Und deshalb die herzliche Bitte, was immer wir denken über den Oktober, nun doch die Autorität der Gewählten – das ist dieser Vorstand, das ist dieses Präsidium – nicht zu untergraben. Auch der Vorsitzende hat einen Anspruch darauf, daß er die Arbeit, die er jetzt tut, tun kann. Und ich bitte um Unterstützung gerade von denen, die in der Personenfrage für den Oktober anderer Meinung sind, indem sie sagen, so kann es nicht gehen, denn soll dann vielleicht nach dem Oktober irgendwo eine unterlegene Minderheit, wer immer dies sein wird, so weitermachen? Dies kann nicht sein. Und deshalb, die sehr herzliche Bitte: Tun wir hier unsere Pflicht und lassen wir uns nicht von allen möglichen Geschichten ablenken.

Letzter Punkt: Wir werden im Zusammenhang mit der Bildung der Kommission, aber auch aus anderen Gründen, natürlich das Gespräch mit der CSU zu führen haben. Dies Gespräch wird aus mehr als atmosphärischen Gründen sehr, sehr dringlich. Soweit die Einführung. Ich hoffe, daß Sie mir heute gleich erlauben Herrn Kraske das Wort zu geben, weil dies der Hauptpunkt unserer Arbeit heute ist. Ich werde, wenn der Bericht erstattet ist und Sie ungefähr eine Vorstellung haben, wie kontrovers einzelne Punkte sind, Sie fragen, wie lange Sie für die Sitzung ungefähr einrechnen müssen. Zwischendurch möchte ich gerne soweit kommen, daß nach dem Bericht von Kraske wir die Entschließung, die Stoltenberg gerade vorbereitet, hier verabschieden.

5 Der Bundesparteiausschuß hatte am 12. Februar 1973 beschlossen, in der Debatte um den Grundvertrag nicht das Bundesverfassungsgericht anzurufen. Vgl. „Die Welt“ vom 13. Februar 1973 „CDU-Führung wendet sich gegen Gang nach Karlsruhe“. Vgl. auch Anm. 35. Die Fraktion stimmte mit 102:83 Stimmen am 13. Februar 1973 ebenfalls dagegen (Protokoll in ACDP 08–001–1031/2).

6 Eine detaillierte „Chronik der Ereignisse vom 24. April bis zum 17. Mai 1972“ findet sich in ACDP 07–001–1321. Vgl. auch die Niederschrift im NL Birrenbach (ACDP 01–433–135/4).

Kohl: Ich will die Debatte hier überhaupt nicht verlängern, bloß Sie haben eben ein paar Bemerkungen gemacht, wo ich einfach darum bitten möchte, daß Sie sie etwas spezifizieren, weil Sie die Personalfrage angesprochen haben. Ich kann nicht entnehmen aus dem, was in den letzten Tagen gelaufen ist, daß hier ein Zusammenhang mit der Personalfrage besteht. Was ich da zur Kenntnis genommen habe, sind scharfe Diskussionen in der Bundestagsfraktion. Dieser Bundesparteivorstand – Sie haben diese Formulierung vorhin nicht gebraucht im Präsidium, sonst hätte ich es natürlich im Präsidium gesagt – hat meines Erachtens in den letzten 14 Tagen seit unserer letzten Zusammenkunft auch nicht den geringsten Anlaß gegeben zu einer solchen Bemerkung, und deswegen will ich nur, weil ja diese Sitzungen durchlässig sind wie ein Sieb, hier präzise feststellen, daß ich – und soweit ich sehe niemand in dieser Runde – in den letzten 14 Tagen nicht anders gesprochen habe als in dieser Sitzung und daß ich sogar umgekehrt eher den Eindruck habe, daß die personale Frage öffentlich weit weniger diskutiert wurde wie bestimmte Sachfragen, und mir scheint, daß das Problem zur Diskussion der Sachfragen hier nicht im Vorstand blieb, sondern nach dem Ablauf der letzten 14 Tage in der Bundestagsfraktion. Dies muß festgestellt werden. Ich hätte zu diesem Thema überhaupt nicht gesprochen, aber einige Ihrer Bemerkungen – und ich hab sie so verstanden, wie sie hoffentlich gemeint sind – könnten bei dem einen oder anderen mißverständlich sein. Dies also nur von meiner Seite als ein kleiner Nachtrag.

Barzel: Na, dann ist ja gut, wenn keine Mißverständnisse entstehen. Ich habe von der Personalfrage gesprochen mit dem Blick auf den Oktober. Dies, glaube ich, war unmißverständlich. Und wenn Sie die Einzelheiten von Punkten, die uns sicher alle beschweren, erörtern wollen, ich denke, da fühlen wir uns alle beschwert. Wir haben im Parteipräsidium z.B. vorige Woche erneut gesagt⁷, wie im Dezember: Wir gehen nicht nach Karlsruhe. Wir waren alle einig, ich hab dies überall vorgetragen, Herr Kohl. Sie haben im Präsidium vorgetragen, dies ist abgestimmt mit dem Vorsitz der CSU, das hat nicht mehr gestimmt. Zum Beispiel ein Punkt, der uns beschwert. Und ich habe im Präsidium all die anderen Punkte, die uns miteinander beschwerten, widerspruchslos genannt. Ich habe also nicht den Eindruck, daß die Einlassung des Vorsitzenden irgend etwas zu tun hat mit der Personaldebatte. Es war nur meine herzliche Bitte, daran zu denken, daß, wenn wir hier nicht solidarisch Politik machen können, es völlig sinnlos wird, die Personalfrage so oder so zu lösen. Dies ist meine Meinung. Bei der bleibe ich. Und ich habe vorher im Präsidium ja eine Reihe weiterer sehr praktischer Punkte, sei es aus dem Spannungsfeld zur CSU, sei es aus anderen Gründen, von Durcheinander erwähnt, und zum Durcheinander gehört natürlich die Tagung, die die Landesfinanzminister abhalten mit unseren Kollegen und dann veröffentlichen, ohne daß die Ministerpräsidenten, ohne daß die Partei- oder Fraktionsspitzen dazu auch nur informiert sind. Und ich habe darauf verzichtet, damit das nun auch ganz klar ist, Herr Kohl, etwa zu sagen, weil dies Herr Gaddum war, läge da was drin. Es liegt überhaupt nichts drin, sondern ... (*Kohl:* Aber es stimmt. Genauso wie der Ludwig Huber⁸ von

7 Protokoll der Sitzung vom 12. Februar 1973 in ACDP 07–001–1406.

8 Dr. Ludwig Huber (geb. 1928), Jurist; 1958–1977 MdL Bayern (CSU), 1972–1977 Finanz-

Bayern und der Finanzminister auch.) Aber ich sag dies ausdrücklich, daß da nichts drin liegt, damit wir uns hier wirklich gut verstehen. Das Wort hat Herr Kraske.

BERICHTE DER PRÄSIDIUMSMITGLIEDER ÜBER IHRE ARBEITSBEREICHE. SCHWERPUNKTE DER KÜNFTIGEN POLITISCHEN UND ORGANISATORISCHEN ARBEIT DER PARTEI.

Kraske: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, hinter uns liegen wichtige Tagungen der Partei und der Fraktion, in der Partei nicht nur der Bundespartei, sondern vieler Landesverbände. Diese Tagungen waren nach dem Wahlergebnis vom 19. November unerläßlich für eine gründliche Analyse der Wahl, vielleicht auch für eine individuelle oder korporative Gewissenserforschung, aber ich meine, daß wir die Analyse, soweit sie rückwärts gewandt war, soweit sie sich mit der Vergangenheit beschäftigte, nunmehr so schnell wie möglich beenden sollten und uns dem Thema zuwenden sollten, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind.

Die Tagungen waren eine Quelle für viele wichtige Anregungen für unsere künftige Arbeit, aber wenn wir hier ehrlich miteinander sein wollen – und in diesem geschlossenen Kreise wird man das so deutlich sagen dürfen und sagen müssen – diese Tagungen waren doch weithin auch ein Ausdruck einer tiefgreifenden und weitverbreiteten Unsicherheit. Ich würde sagen, daß sich diese Unsicherheit, die ja nicht nur in den Diskussionen hier und in der Fraktion, sondern auch draußen im Lande zum Ausdruck gekommen ist und kommt, insbesondere auf drei Bereiche bezieht, nämlich zum ersten auf die Frage des Selbstverständnisses der Partei. Es besteht, wie mir scheint, volle Übereinstimmung darin, daß die CDU nicht, wie man uns gelegentlich von außen hat aufreden wollen, ein Godesberg brauchte, daß sie etwa an ihrer Grundorientierung etwas zu ändern hätte, wie sie sich im „C“ unseres Namens ausdrückt. Aber bei aller Übereinstimmung habe ich doch gleichzeitig immer wieder eine tiefe Skepsis, manchmal eine ausdrückliche Verdrossenheit gegenüber allen bisherigen Formeln, mit denen wir dieses Selbstverständnis ausgedrückt haben einschließlich der Formulierungen unseres geltenden Parteiprogramms, gefunden, die man weithin als unattraktiv, als abgegriffen, ja, als leere oder als entleerte Worthülsen versteht.

Der zweite Bereich ist die Grundorientierung unserer Partei im Bereich der Deutschlandpolitik. Die Auseinandersetzung um ein Verfahren in Karlsruhe und um die UNO-Mitgliedschaft ist sicher außerordentlich wichtig, aber ich habe den Eindruck, daß sie mehr die Oberfläche zeigt, daß es im Grunde – der Vorsitzende hat davon gesprochen – im Rückblick um das Trauma des 17. Mai ging und im Vorausblick um die eigene Orientierung in der Zukunft, um die Aufgabe, die Grundüberzeugung der Union vom Fortbestand Deutschlands – Rainer Barzel hat im Bundestag sicher mit aller Zustimmung gesagt, daß wir uns als Deutsche fühlten und auch in Zukunft nicht

minister in Bayern. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 36 Anm. 6. – Vgl. „Münchner Merkur“ vom 16. Februar 1973 „Huber drängt auf Steuerreform“.

als Bundesrepublikaner – zu verbinden mit einer realistischen Politik, die überall und die insbesondere auch in der jungen Generation verstanden wird.

Und der dritte Bereich der Unsicherheit scheint mir das künftige Konzept der CDU in der Gesellschaftspolitik zu sein. Diese Frage hat zwar in den letzten Wochen noch eher im Hintergrund gestanden, sie wird sich aber um so eindringlicher stellen, je konkreter die Diskussion über Bodenrecht oder Steuerpolitik über Mitbestimmung oder Vermögensstreuung beginnt.

Alle diese drei Probleme lassen sich ganz gewiß weder durch schnelle Fraktions- noch durch Vorstandsbeschlüsse aus der Welt schaffen, noch erst recht lassen sie sich durch schönformulierte Communiqué-Formulierungen lösen. Die Union wird sich, wie ich meine, darauf einzurichten haben, mit diesen Problemen für die nächste Zeit zu leben, und sie wird diese schwierige Phase desto besser überstehen und desto überzeugender überstehen, je offener und unvoreingenommener sie sich der Diskussion stellt, und zwar zunächst der Diskussion in ihren eigenen Reihen.

Deswegen ist meine erste These die: Die CDU muß noch mehr als bisher, mehr als in der Vergangenheit eine diskutierende Partei werden. Die Vorbereitung unserer Parteitage in Berlin und Düsseldorf war dafür ein Beispiel, an das wir anknüpfen müssen. Allerdings möchte ich auch in diesem Kreise ausdrücklich darauf hinweisen, ich habe das schon im Bundesausschuß getan, aber der Vorstand war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr sehr gut besetzt, daß Diskussion in der CDU nicht nur und vielleicht nicht einmal in erster Linie eine Frage von Diskussionsvorgaben der Bundespartei sein kann. Es gibt in der Partei weithin eine Stimmung, die etwa im Rückblick auf den Wiesbadener Parteitag, der ja nun unter besonderen Umständen stand als Wahlparteitag, formuliert: „Ihr habt einen großartigen Diskussionsprozeß in Gang gesetzt mit dem Parteiprogramm vor Berlin und Düsseldorf, und dann ist gar nichts mehr passiert.“ Meine lieben Kollegen, ich meine, die CDU kann erst eine wirklich diskutierende Partei sein und werden und das zu ihrem politischen Alltag machen, wenn diese Initiativen der Bundespartei, wie sie sich in der Zielrichtung auf programmatische Parteitage ergeben, ergänzt werden durch Diskussionsvorlagen der Landes- und der Kreisverbände für ihren Bereich, um die unmittelbare Beteiligung der Mitgliedschaft – eben auch Anfragen der Landespolitik in Regierung oder Opposition, und Anfragen der Kreisparteiarbeit – sicherzustellen. Es gibt, wie wir alle wissen, eine ganze Reihe von sehr ehrenwerten Kreisverbänden, Kreisvorsitzenden, die in ein und demselben Atemzuge darüber schimpfen, daß die Bundespartei die Mitgliedschaft nicht an der Diskussion beteiligt, aber sich entschieden dagegen wehren, etwa ihre eigenen kommunalpolitischen Pläne mit einem größeren Kreis als ihrem Kreisvorstand oder bestenfalls ihrem Kreisausschuß zu diskutieren, weil das sonst gefährlich und zu umständlich werden könnte.

Meine Damen und Herren, Partei und Fraktion haben für die nächste Zeit übereinstimmend zehn Schwerpunktthemen genannt, die in der Partei diskutiert werden müssen und die zunächst vorgeklärt, vorbereitet, vorgearbeitet werden müssen in Kommissionen, die in der Partei oder in der Fraktion oder zwischen Partei und Fraktion zu bilden sind. Das Präsidium wird sich mit dieser Frage im einzelnen auf seiner näch-

sten Sitzung beschäftigen. Ich möchte Ihnen aber schon heute ein Schema vorlegen, aus dem sich die Federführung für die einzelnen Kommissionen und die Fristen, mit denen wir vorerst zu rechnen haben, ergeben. Darf ich Sie vielleicht bitten, diese Drucksache⁹ zur Hand zu nehmen, damit ich sie in einigen Worten erläutern kann.

Sie finden in der linken Spalte die zehn Schwerpunktthemen, die, ich wiederhole, übereinstimmend von der Bundestagsfraktion auf ihrer Sitzung in Berlin und vom Bundesausschuß auf seiner Sitzung vor einer Woche als erste Sammlung von vorrangigen Themenbereichen zusammengestellt und beschlossen worden sind. Ich beginne mit dem ersten Bereich, der Medienpolitik. Hier gilt gegenüber allen übrigen Bereichen etwas besonderes, indem nämlich die beiden Parteien, CDU und CSU bereits vor etwas über einem Jahr eine Kommission beauftragt haben, die unter dem Vorsitz unseres Freundes Fritz Zimmermann¹⁰ von der CSU und für den Bereich der CDU von Arthur Rathke steht und die bis zum Frühjahr das Ergebnis ihrer Arbeit vorlegen soll. Der Bundesvorstand wird sich dann unmittelbar und als erster mit der Vorlage zu beschäftigen haben. Und wenn der Bundesvorstand in der Lage ist, sich diese Vorlage zu eigen zu machen, dann bin ich der Meinung, daß wir mit ihrer Diskussion und ihrer Verabschiedung nicht bis zum Bundesparteitag warten sollten, sondern daß wir die Berliner Sondersitzung des Bundesausschusses dafür benutzen sollten, zumal die zusätzliche Tagung des Bundesausschuß im April das Thema „Parteiarbeit“ auf den April verlegt ist, so daß die Sondersitzung für eine solche politisch-thematische Diskussion zur Verfügung steht. Der Vorstand aber wird darüber zu entscheiden haben, wenn die Vorlage dieser Kommission ihm zur Kenntnis gebracht wird.

Im Bereich der Steuerpolitik hat eine Kommission der Partei unter dem Vorsitz von Herrn Schäfer in der vergangenen Legislaturperiode eine sehr eingehende Arbeit geleistet. An dieser Kommission war die Fraktion, war über die Fraktion auch die CSU beteiligt. Wir meinen, daß es jetzt darum geht, in der Arbeit der Fraktion diese Ergebnisse endgültig abzustimmen. Deswegen sollte die Federführung für diese Kommission bei der Fraktion liegen, was, ich wiederhole das, jeweils eine Frage der Federführung ist, aber nicht etwa die Beteiligung der Partei und umgekehrt der Fraktion ausschließt. Im Gegenteil, jede dieser Kommissionen soll ein Maximum an Koordinierung zwischen Partei und Fraktion und zwischen CDU und CSU erbringen. Die Frist ist offen, die Ergebnisse dieser Kommission sollten in der Fraktion verabschiedet werden, es sei denn, daß sie über den Rahmen des Berliner Programms hinausgehen und eine Befassung der Partei erforderlich machen.

Gleiches gilt für das Thema Familienpolitik, das, wie Sie wissen, ja sehr unmittelbar in den Bereich der Steuerreform hineinragt. Deswegen meinen wir, auch hier sollte die Federführung bei der Fraktion liegen. Hier hat das Berliner Programm sehr klare Aussagen gemacht. Auch hier müssen diese Aussagen nun ausgefüllt werden. Sofern nur

⁹ Auflistung der einzelnen Themen sowie Zuständigkeiten der Kommissionen und Fristsetzungen in ACDP 07-001-1406.

¹⁰ Dr. Friedrich Zimmermann (geb. 1925), Rechtsanwalt; 1948 CSU, 1955-1983 Generalsekretär der CSU, 1957-1990 MdB, 1963-1967 Landesschatzmeister, 1982-1989 Bundesminister des Innern, 1989/90 Bundesminister für Verkehr. Vgl. LEXIKON S. 410.

das geschieht, kann die Entscheidung bei der Fraktion liegen. Wenn es darüber hinausgeht, müßte die Entscheidung in der Partei gefällt werden.

Nächstes Thema: Bodenrecht. Dieses ist eine politische Frage, die, wie wir meinen, weit über den Rahmen der Bundestagsarbeit hinausweist. Deswegen hier Federführung bei der Partei. Außerdem sind wir der Meinung, daß dies ein Thema ist, was ungewöhnlich aktuell ist, was die Partei auch draußen an der Basis schon jetzt erheblich beschäftigt. Deswegen Arbeitsziel: Vorlage im Vorstand ebenfalls bereits bis zum Mai und wenn möglich Verabschiedung durch den Vorstand, so daß die Frage im Sommer diskutiert werden und gegebenenfalls auf dem Bundesparteitag im kommenden Herbst zur Entscheidung gestellt werden kann.

Nächstes Thema: Mitbestimmung. Auch dies eine so allgemein wichtige, bedeutende Frage, daß die Federführung bei der Partei liegen sollte. Die Meinungsbildung über die Fristen dieses Prozesses ist nicht abgeschlossen, Sie wissen, daß es starke Kräfte in der Partei gibt, die eine Entscheidung auf dem Bundesparteitag 1973 bereits herbeiführen wollen. Das wird sich nach der Arbeit der dazu eingesetzten Kommission und nach einer Abstimmung über die Dringlichkeit und über das Programm des Bundesparteitages entscheiden müssen.

Die nächste Frage: Berufliche Bildung. Hier ist im Präsidium länger darüber gesprochen worden, ob dies in der Federführung bei der Fraktion oder bei der Partei liegen sollte. Der Vorschlag des Präsidiums ist, es bei der Fraktion, die hier in der vergangenen Legislaturperiode ja eine erhebliche Vorarbeit geleistet hat, zu belassen, wenn im Vorsitz ein Kollege gefunden wird, der eine enge Verbindung zu den Ländern, den Landesregierungen, sicherstellt. Auch hier sind wir der Meinung, daß wir im Jahre 1973 zu einem Ergebnis kommen sollen. Auch hier ist im Präsidium neben der Möglichkeit einer Entscheidung auf einem speziellen Kulturkongreß die Befassung des Parteitages mit der Frage mit ins Auge genommen worden.

Nächster Punkt: Eigentum. Hier liegen, wie Sie wissen, in der Fraktion sehr gründliche und sehr eingehende Vorarbeiten vor, die aktualisiert werden müssen. Wenn es um die Aktualisierung des Burgbacher-Plans¹¹, des Plans des Beteiligungslohns geht, dann meinen wir, bewegt sich dies exakt im Rahmen des Berliner Programms, und auch die Entscheidung sollte dann bei der Fraktion liegen. Die nächsten drei Bereiche, Jugend, Frauen und Soziale Dienste sollen bei der Partei liegen. Die Fristen und die Form der Verabschiedung von Ergebnissen sollte sich aus der Arbeit dieser Kommission und aus ihren ersten Ergebnissen finden, wobei selbstverständlich darauf hingewiesen werden muß, daß bei der Kommission Jugend und bei der Kommission Frauen eine besonders enge Koordinierung im einen Fall mit der Jungen Union und dem RCDS, im anderen Falle mit der Frauenvereinigung selbstverständlich sein muß.

Meine Damen und Herren, daraus ergibt sich, daß nach diesem Zeitplan der Bundesparteitag in Hamburg sich außer den Wahlen zu beschäftigen hätte erstens mit dem bereits angekündigten zweiten Bericht oder der Fortschreibung des Berichts der Grundsatzkommission. Zweitens, ich komme darauf im einzelnen noch zu sprechen,

11 Vgl. Nr. 4 Anm. 27.

mit einigen Satzungsvorlagen der Organisationskommission, die nach der Bundestagswahl ihre Arbeit wiederaufgenommen hat. Und drittens mit folgenden möglichen Sachthemen: Bodenrecht, Berufliche Bildung, Mitbestimmung. Ich bin der Meinung, daß es selbst bei einem dreitägigen Parteitag völlig unmöglich ist, auch nur zwei dieser drei Themen so zu behandeln, wie es ihrem Umfang und ihrem Gewicht entspricht. Ich glaube nicht, daß es heute möglich sein wird, festzulegen, welches Thema behandelt wird und welches nicht, denn das hängt davon ab, was wir bis zum Frühjahr an ausgearbeiteten Vorlagen in die Partei zur Diskussion hineingeben könne. Die Grundsatzkommision hat für ihren Bereich eine solche Vorlage für den April zugesagt. Auf dieser Basis kann dann also in der ganzen Breite der Partei die Diskussion der Grundsatzproblematik erfolgen. Für die Sachthemen wird man das nach der Konstituierung der Kommissionen von dem Fortgang ihrer Arbeit abhängig machen. Die Entscheidung darüber sollte der Bundesvorstand auf einer Sitzung im Mai treffen.

An dieser Stelle ein paar Worte, weil auch dies den Bundesparteitag betrifft, über die Arbeit der Organisationskommission. Diese Kommission ist nach dem Bundesparteitag in Saarbrücken eingesetzt worden. Sie hat dann bis in den vergangenen Sommer hinein eine sehr fleißige und zügige Arbeit geleistet, in zwei Unterkommissionen, die unter dem Vorsitz von Herrn Göb, die eine, und von Herrn Hennig, die andere, stehen. Die Arbeit mußte dann wegen der Vorbereitung des Wahlkampfes unterbrochen werden, und sie ist jetzt wieder aufgenommen worden. Bis zum Frühjahr wird die Organisationskommission diejenigen Fragen abschließend behandelt haben, die eine Satzungsänderung erforderlich machen würden. Ich nenne dabei drei Punkte, die auch auf unseren Parteitagen schon eine Rolle gespielt haben, nämlich erstens die Frage des Delegiertenschlüssels für die Bundesparteitage, zweitens, die Frage des Stimmrechts des Bundesvorstands auf Bundesparteitagen, drittens die Frage der Mitgliedschaft von Ausländern. In diesen drei Bereichen muß in jedem Falle mit einer Statutendebatte gerechnet werden. Wir wissen alle aus unseren Erfahrungen, wenn überhaupt Statutendebatten auf der Tagesordnung stehen, daß sich das möglicherweise ausweitet; Endgültiges wird man darüber nach Abschluß der Arbeit der Organisationskommission im Frühjahr sagen können.

Meine Damen und Herren, darf ich in diesem Zusammenhang noch in der Vorbereitung des Bundesparteitages auf folgenden Unterschied gegenüber früheren Parteitagen in Berlin und Düsseldorf aufmerksam machen: Das System der damaligen Parteitage war eine Diskussion in zwei Phasen. Es wurde in die Partei sozusagen eine offene Kommissionsvorlage hineingegeben, mit der sich die Bundespartei nicht identifiziert hatte. Dies wurde diskutiert, zurückgegeben an den Bundesvorstand, und unter Berücksichtigung der Meinung der Partei machte dann der Bundesvorstand seine Vorlage an den Bundesparteitag, die erneut in die Diskussion kam. Aus dieser Diskussion ergaben sich die Zusatzanträge auf dem Bundesparteitag, die Einlassung der Delegierten. Dies wird nach Lage der Dinge im Vorfeld des Hamburger Parteitages nicht möglich sein. Wenn Sie die Sommerferien abziehen, haben wir nicht genug Zeit, um eine Diskussion in zwei Wellen zu führen. Das heißt also, die Vorlagen des Bundesvorstands, die in der Partei diskutiert werden müssen, müssen spätestens bis Ende Mai

im Bundesvorstand als formelle Vorlage für den Bundesparteitag verabschiedet werden und dann herausgehen, so daß dann die Partei in ihren Kreisverbänden und Landesverbänden entsprechende Anträge an den Bundesparteitag stellen kann.

Ich komme damit zu meiner zweiten These, die Partei muß sich dem Bürger öffnen. Meine Damen und Herren, bitte lassen Sie mich für diese wie für alle weiteren Thesen sagen, daß es sich im folgenden bei einer grundlegenden Aktivierung und teilweise Neuorientierung der Arbeit unserer Partei erstens in den wenigsten Fällen um ganz neue Ideen handelt. Es gibt in diesem Bereich nicht mehr viele Dinge, mit denen man andere in große Überraschungen versetzen kann, aber es gibt eine Fülle von Modellen, die in der einen oder anderen Kreispartei, in der einen oder anderen Landespartei erprobt worden sind, sich bewährt haben, aber bis heute nicht das allgemeine Bild der Partei und den Alltag in allen Kreisparteien bestimmen. Und das zweite: Es geht im wesentlichen um Initiativen, die die Bundespartei bereits in den zurückliegenden Monaten aufgenommen hat, insbesondere in der Zeit zwischen dem Saarbrücker Parteitag und der Vorbereitung des baden-württembergischen Landtagswahlkampfes, die aber dann durch die Landtagswahlen, durch die beginnende Debatte um die vorgezogenen Bundestagswahlen und durch den Wahlkampf zurückgestellt werden mußten und nun wieder neu aufgenommen werden müssen.

Meine Damen und Herren, jeder von uns weiß, aber ich fürchte, nicht jeder Kreis- und Ortsverband realisiert, daß die Parteien für unsere Bürger da sind und nicht umgekehrt. Es gibt in unserer Arbeit, wie ich meine, immer noch viel zu viele Beispiele, in denen die CDU darauf wartet, daß die Bürger zu ihr kommen, statt ihrerseits den Bürger in seiner Umgebung zu treffen. Das erfordert erstens, gerade bei der Vorbereitung unseres Bundesparteitages und bei Sachdiskussionen, sehr viel mehr offene Veranstaltungen, Veranstaltungen, die über den Kreis der Mitglieder hinausgehen und die interessierte und sachverständige Mitbürger miteinschließen, ja geradezu miteinladen. Es bedeutet zweitens, die Organisation von Begegnungen aller Art bis hin zu der Selbstverständlichkeit von Sprechstunden auf allen Ebenen der parlamentarischen Vertretungen, die leider doch, wenn man das mal Wahlkreis für Wahlkreis durchnimmt, noch keineswegs die Regeln sind. Es bedeutet drittens, mehr Engagement und geplanteres Engagement im vopolitischen Raum, d. h. in allen gesellschaftlichen Bereichen. Und hierzu scheint es viertens dringend erforderlich, daß organisierte Kontaktgespräche nicht wie bisher in vielen Fällen der Bundespartei und den Landesverbänden überlassen bleiben, sondern daß das, was auf Bundes- und Landesebene geschieht, planmäßig in den Kreisverbänden aufgenommen und fortgeführt wird.

Das Präsidium wird seine Tagungsordnung in den nächsten Monaten so einrichten, daß im jährlichen Durchschnitt zwölf Kontaktgespräche des Präsidiums mit wichtigen Organisationen und Verbänden möglich sind, die ergänzt werden selbstverständlich durch andere Gespräche, an denen der Fraktionsvorstand, an denen einzelne Präsidiumsmitglieder beteiligt sind, vom Bauernverband bis zum Sportbund und von den Gewerkschaften bis zum Journalistenverband – quer durch also.¹² Aber ich meine, wir

12 Unterlagen zu den Präsidiumskontaktgesprächen 1973/74 in ACDP 07-001-1553.

sollten über die Landesverbände hinaus dieses Programm auf Landes- und auf Kreisebene ergänzen. Ein Leitfaden für die Kreisverbände, mit wem solche Gespräche zu führen sind, wie sie zu führen sind, ist zur Zeit in Vorbereitung. Wenn wir dies von unseren Kreisverbänden erwarten, dann müssen wir allerdings die Kreisverbände mit mehr und mit anderem Material ausrüsten als bisher. Unsere normalen Rednerdienste, unsere normalen Informationen sind zwar für den politischen Redner nützlich, sie sind sicher nicht geeignet, um einen Kreisvorstand in stand zu setzen, über irgendein wichtiges aktuelles Thema eingehende Diskussionen im vorpolitischen Raum mit interessierten Verbänden und Organisationen auf Kreisebene zu führen. Wir haben zum erstenmal versucht, die erste bis dritte Lesung des Grundvertrages mit einem solchen Rahmenprogramm an Publikationen der Bundespartei zu begleiten. Ich kann dazu nachher, wenn es gewünscht wird, Näheres im einzelnen sagen. Wir müssen sehr viel mehr als bisher die Erfahrungen ausnützen, die in anderen Bereichen, etwa in der Industrie, mit modernen Informationsmethoden wie dem programmierten Lernen gemacht werden. Wir müssen Diskussionen und Entscheidungen vorbereiten und das materialmäßig erleichtern.

Und wir müssen schließlich in unserem Einsatz die Kreisverbände nicht nur unterstützen in großen Parteiveranstaltungen, sondern in ihrer Arbeit im vorpolitischen Raum. Die Vorlage, die Ihnen vorliegt nach einer Ankündigung des Präsidiums, die die Mitglieder des Parteipräsidiums und die Landesvorsitzenden zu einem bestimmten zentral geplanten und vermittelten Einsatz verpflichten soll und die sich außerdem an alle Mitglieder des Bundesvorstands und der Bundestagsfraktion wendet, soll zwar auch den Kreisverbänden im Jahr eine öffentliche repräsentative Großveranstaltung ermöglichen, aber das Schwergewicht dieser Einsätze soll in der regionalen und der lokalen Pressearbeit, der Arbeit im vorpolitischen Raum liegen, weil wir meinen, daß es in der Vergangenheit hier mehr als an anderer Stelle gefehlt hat. Daß wir hier bis hin zu den kirchlichen Akademien, aber auch bei allen möglichen anderen Foren einfach nicht in dem Maße vertreten waren, wie das von der CDU gewünscht werden muß.

Damit komme ich zu dem dritten Punkt, der sich nun mit dem einzelnen Mitglied und seiner Aufgaben und seiner Rolle beschäftigt. Wir brauchen, wie wir meinen, ein neues Selbstverständnis, ein neues Rollenverständnis für die Mitglieder der CDU. Wir wissen, daß Mitgliedschaft in einer politischen Partei bisher weithin verstanden worden ist als Mitwirkung an politischen Entscheidungen in einer Ortspartei, in einer Kreispartei, maximal mit Wirkung in der Kommunalpolitik. Aber das Vorstellungsbild der CDU entsteht nicht allein durch ihre Politik in den Parlamenten; in der Opposition entsteht es vielleicht nicht einmal in erster Linie durch diese Politik in den Parlamenten. Nehmen Sie als Beispiel die Entwicklung der SPD in den 50er und 60er Jahren. Es läßt sich sicher die These wagen, daß das Erscheinungsbild der SPD gerade in seinen positiven Zügen, mit dem wir es heute, wie die langfristigen Analysen ergeben haben, zu tun haben, sehr viel mehr geprägt worden ist an der Basis, in der Kommunalpolitik, in der Präsentation der SPD vor Ort als etwa allein in ihren politisch-parlamentarischen Initiativen und Aktivitäten. Wenn die CDU als die freiheitliche und soziale Volkspartei ins Bewußtsein einer Mehrheit kommen will, dann muß sie sich eben des-

halb auch draußen als eine politische Gemeinschaft darstellen und bewähren, die überall im Alltag für Freiheit und für soziale Gerechtigkeit eintritt. Das erfordert, wie ich meine, zunächst einmal einen Umdenkungsprozeß für manche von uns, wenn es richtig ist, daß die CDU bisher ihre Aufgabe viel zu sehr darin gesehen hat, sich, wo sie auch stand mit dem Staat, wie er war, zu identifizieren. Die 50er und die 60er Jahre in der Auseinandersetzung mit der SPD haben innerhalb der CDU, wie ich meine, zu einem Verständnis der eigenen Aufgabe geführt, das mehr dazu half, die Verhältnisse zu verteidigen als etwa Mißstände zu kritisieren. Die Aufgabe der CDU in ihrer Oppositionsrolle im Bund aber bis hinein in ihre Arbeit an der Basis muß in Zukunft sehr viel mehr in einem kritischen Wächteramt liegen. Auch gerade gegenüber allen Mißständen in der Verwaltung, in der Öffentlichkeit, in den Betrieben, in den Schulen. Und dies gilt um so mehr, als wir in weiten Bereichen, auch in der Kommunalpolitik, die Oppositionspartei sind und deswegen keine falschen Rücksichten nehmen sollten.

Es kommt hinzu, daß Bürgerinitiativen – unabhängig von Wahlkämpfen – immer häufiger werden, eine immer üblichere Form des politischen Engagements werden, aber daß es bisher wohl eher mehr Beispiele gibt, an denen diese Bürgerinitiativen an der CDU vorbeigehen, als Beispiele, wo die CDU die führenden Mitglieder, die Initiatoren solcher Initiativen stellt. Dritter Bereich, ich meine wir sollten es unseren Kreisverbänden, Ortsverbänden, unseren Mitgliedern zu einer besonderen Aufgabe machen, sich der Randgruppen in unserer Gesellschaft anzunehmen. Ich nenne beispielsweise das Gastarbeiterproblem, das Problem der alten Menschen, das Problem der Behinderten. Und die CDU sollte hier sehr viel mehr als bisher die Gewährung und die Organisation konkreter Hilfen, wie es etwa Rentenberatung ist, bis hin zu Schularbeitszirkeln für Kinder berufstätiger Mütter, mit dem Begriff und dem Engagement der CDU assoziieren. Dies alles gibt es, aber das gibt es bisher viel zu wenig, es gibt es bisher viel zu wenig systematisch. Es wird bisher viel zu wenig mit der CDU identifiziert und assoziiert.

Und dies führt schließlich zu meinem letzten Punkt in diesem Bereich: Wenn wir in unserer Grundsatzkommission auf unserem Parteitag in der künftigen Arbeit von Sozialen Diensten sprechen, dann sollten wir uns nicht darauf verlassen, daß hier auf Landes- oder auf kommunaler Ebene manches zusätzlich geschehen kann, sondern dann sollten wir wiederum in unserer Mitgliedschaft beginnen, uns in diesen Sozialen Diensten beispielhaft zu engagieren. Das bedeutet nicht ihre Politisierung. Aber es bedeutet in einem mittelfristigen Prozeß, daß sich in der Öffentlichkeit das Bild einer Partei durchsetzt, die ein Anwalt derer ist, die Hilfe brauchen und die auf diese Hilfe anzusprechen sind.

Dies gibt, wie ich meine, nicht nur der CDU mehr Ausstrahlung, sondern wenn ich an all die vielen Diskussionen in unseren Kreis- und Ortsverbänden im Zusammenhang mit der Mitgliederwerbung denke, warum man denn eigentlich Mitglied in der CDU werden solle, was man denn tun könne in der CDU, dann meine ich, daß gerade für Frauen und für junge Menschen, aber nicht nur für diesen Bereich, soziales Engagement eine ganz wichtige Motivation für Mitgliedschaft in einer politischen Partei werden kann. Ich meine also, daß wir auch die Mitgliederwerbung der CDU und deren

Aktivierung auf diesem Wege erleichtern können. Die Bundesgeschäftsstelle wird für alle diese Bereiche bis zum Frühjahr entsprechende Anregungen und Leitfäden vorbereiten. Diese Leitfäden können sich fast überall auf bewährte Erfahrungen stützen. Sie können von Beispielen ausgehen; das Problem unserer praktischen Parteilarbeit bisher war, daß diese Beispiele zu wenig bekannt waren und daß ein zu geringer Erfahrungsaustausch zwischen einzelnen Wahlkreisen, zwischen einzelnen Kreis- und Ortsverbänden stattfand, daß es nicht möglich war, bewährte Modelle wirklich anderen zur Nachahmung anzubieten und zu empfehlen.

Daran schließt sich meine vierte These an. Wir brauchen in der CDU nicht nur mehr, sondern auch aktivere Mitglieder. Lassen Sie mich dazu viererlei sagen. Erstens: Mitgliederwerbung. Mitgliederwerbung ist eine laufende Arbeit, die wir in der Vergangenheit betrieben haben, im letzten Jahr – wie Sie wissen – mit großem Erfolg. Die wir immer zu betreiben haben, aber bei der wir mehr als bisher aus der bewährten Erfahrung und aus weniger bewährten Erfahrungen lernen sollten. Die Bundespartei hat vor der Bundestagswahl drei Modellversuche mit entsprechenden Landes- und Kreisverbänden durchgeführt und zwar in Bielefeld, in Heidelberg und im Rhein-Sieg-Kreis.¹³ Das Ergebnis war, daß auch bei dem größtmöglichen Material- und Mitteleinsatz die Wirkung da am stärksten war, wo das persönliche Gespräch und der persönliche Kontakt am intensivsten geführt wurde. Dies also gilt es zu organisieren. Wir haben die Folgen aus den beiden Versuchen in Bielefeld und hier im Rhein-Sieg-Kreis in einem dritten Modell in Heidelberg eingesetzt. Das Ergebnis war dort innerhalb von sechs Wochen die Werbung von insgesamt 250 neuen Mitgliedern. Ich glaube, daß allein diese Zahl ein Anreiz ist, systematisch diese Modellversuche fortzusetzen.

Aber die Mitgliederwerbung – und damit der zweite Punkt – hat keinen Sinn, wenn die neuen Mitglieder in unserer Partei nicht wirklich in diese Partei aufgenommen und eingeführt werden. Die Schwierigkeit in einer Vielzahl unserer Kreis- und Ortsverbände ist die, daß neue Mitglieder von dem Augenblick an, wo sie ihr Beitragsformular unterschrieben haben, in dieser Partei über die Kartei genauso geführt werden wie diejenigen, die seit 20 oder seit 25 Jahren dabei sind. Es scheint mir, wie das in manchen Kreisverbänden geschieht, aber eben nur in sehr wenigen, dringend erforderlich, daß wir überall neue Mitglieder besonders betreuen, gesondert ansprechen, in ihrer Arbeit in die CDU einführen. Und ich glaube, daß unsere Kreisverbände nicht überfordert sind, wenn man jedem von ihnen zur Pflicht macht, etwa dreimal im Jahr die in diesem Zeitraum neu eingetretenen Mitglieder mit den Mandatsträgern, mit dem Vorstand einzuladen; und zwar nur die neu eingetretenen Mitglieder, um ihnen das Gefühl zu geben, daß sie hier nun wirklich willkommen sind und aufgenommen werden.

Dritter Punkt: Wir sind stolz darauf, daß die Union inzwischen 430.000 Mitglieder hat. Aber wir vergessen zu oft, daß diese 430.000 Mitglieder natürlich 430.000 ganz verschiedene Mitglieder sind. Von diesen 430.000 sind viele, für die die Mitgliedschaft

13 Unterlagen zum „Modell Bielefeld“ in ACDP 07–001–12178. Aus der Aktion hervorgegangen ist „Teil III: Leitfäden der CDU – Leitfäden für Mitgliederwerbung“. Eine Ausweitung der Aktion auf weitere KV war vorgesehen.

der CDU die Formalisierung eines politischen Bekenntnisses ist ohne die Bereitschaft oder die Möglichkeit zu irgendeiner besonderen Aktivität. Für manche ist es der Ausdruck der Bereitschaft, für diese Partei finanzielle Opfer zu bringen, durch sie informiert zu werden oder aber eben auch sich aktiv für sie einzusetzen. Wenn wir schon mit großer Mühe und mit nicht unerheblichen Kosten eine zentrale Mitgliederkartei aufgebaut haben, im Bund und in den Landesverbänden, sollten wir alles tun, um bis zu den nächsten Landtags- und erst recht zur nächsten Bundestagswahl zu wissen, welche dieser Mitglieder wir wirklich als aktive Helfer ansprechen können, weil wir uns dadurch die Vorbereitung von Wahlkämpfen sicher erheblich erleichtern.

Und schließlich der vierte Punkt: Die normale Struktur unserer Partei endet auf der Ortsebene. Der letzte Bundestagswahlkampf hat, wie ich meine, gezeigt, daß dies in der modernen Form von Wahlkampfführung, in der modernen Form von Public Relations von Organisationen nicht ausreicht. Das beste Beispiel dafür war, daß sich im Wahlkampf spontan innerhalb der Ortsverbände Untergliederungen gebildet haben, die entweder lokal orientiert waren bis hin zur Wohnblockorientierung oder die orientiert waren auf einzelne Schulen, auf einzelne Betriebe. Hier ist eine Menge geschehen, aber ich meine, dies muß in der organisatorischen Arbeit der Partei systematisiert werden. Wir müssen über das System der Ortsverbände hinaus differenzierter an die Bevölkerung und zwar als Wohnbevölkerung ebenso wie als arbeitende Bevölkerung herankommen. Und wir sollten um Himmels willen hier nicht die Scheu alter bürgerlicher Parteien haben, daß dies Organisationsformen wären, die zunächst in anderen Parteien entwickelt worden sind. Es darf für uns nicht darum gehen, wer solche Organisationsformen entwickelt hat, sondern wie effektiv sie sind. Und wir brauchen sie heute nicht nur im Hinblick auf Wahlen, sondern gerade im Hinblick auf eine laufende Öffentlichkeitsarbeit der Partei.

Fünftens, für die wichtigsten Zielgruppen ist die ganze Partei verantwortlich. Selbstverständlich kann niemand den Vereinigungen ihre entscheidende Rolle nehmen, aber die Partei kann sie nicht alleine lassen und kann nicht sagen, für die Frauen haben wir ja eine Frauenvereinigung, für die Arbeitnehmerschaft haben wir ja die Sozialausschüsse, für die Jugend, junge Generation haben wir ja die Junge Union. Ich habe mich sehr gefreut, nach einer Diskussion auf unserer letzten Vorstandssitzung, daß inzwischen sowohl der Vorsitzende wie auch der Generalsekretär einen Brief des Bundesgeschäftsführers¹⁴ der Jungen Union Deutschlands bekommen haben, in dem dieser ausdrücklich darüber Klage führt, daß die Bundespartei bei der Bundesgeschäftsstelle noch immer keinen Jugendreferenten hätte, dies sei doch unbedingt erforderlich, um eine Anlaufstelle für Fragen der Jugendpolitik, aber auch der Jugendarbeit zu schaffen. Ich habe Ihnen bereits auf der Klausurtagung gesagt, daß das zu meinem Plan und meinen Zielen gehört, dies in Zusammenarbeit mit der Jungen Union und mit dem RCDS aufzubauen und einzurichten. Und ich brauche nur mit einem

14 Peter Helmes (geb. 1943), Volkswirt; 1972–1979 JU-Bundesgeschäftsführer, 1980–1989 Tätigkeit in der Wirtschaft, 1990–1996 Hauptgeschäftsführer der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, 1996 Gründer der Helmes Consulting. – Korrespondenz JU-CDU-Bundesgeschäftsstelle in ACDP 04-007-177/1, -177/2 und 07-001-11388, -11400.

Stichwort hinzuzufügen, daß in diesem Bereich natürlich auch das Thema der Universitäten etwas ist, was die Bundespartei im Zusammenhang mit Junger Union und RCDS stärker als bisher beschäftigen muß.

Wir werden zu prüfen haben, wie weit die beiden Kommissionen für die spezifischen Frauen- und Jugendthemen in diese Arbeit einbezogen werden können. Jedenfalls muß es darum gehen, ohne daß die Selbständigkeit der Vereinigungen im Rahmen des Statuts angetastet werden soll, daß die Bundespartei mit den Vereinigungen sich verantwortlich fühlt für diese Bevölkerungsgruppen und zwar in ihrer Politik wie in ihrer praktischen Arbeit, zumal wir ja erlebt haben, daß gerade diese drei Gruppen im Wahlkampf in den Analysen des Wahlergebnisses für uns die schwierigsten Bereiche waren, nämlich die Frauen und die Arbeitnehmerschaft und die junge Generation.

Damit komme ich zum sechsten Bereich, der unsere Informationsarbeit betrifft. Unsere Informationsarbeit muß einerseits gezielter, und sie muß andererseits breiter angelegt sein. Wir haben hierzu einen ersten Anlauf für eine wirkungsvollere Koordination zwischen Partei und Fraktion, zwischen Bund und Ländern und zwischen der Partei und ihren Vereinigungen bereits zu Beginn des vergangenen Jahres unternommen. Leider ist dieser Versuch im Vorfeld der Bundestagswahl steckengeblieben, denn vor einer Wahl ist es eine harte Sache, Publikationen zusammenzulegen, Publikationen, die sich nicht bewährt haben, einzustellen oder neue Versuche mit neuen Publikationen zu machen.

Die Bundespartei wird Ihnen bis zum Frühjahr ein Informationsprogramm vorlegen. Wenn das heute noch nicht möglich ist, liegt es daran, daß dies erhebliche finanzielle Implikationen hat. Dies ist wiederum auch ein Grund, warum der Haushalt für das Jahr 1973 Ihnen noch nicht vorliegt. In diesem Programm haben wir jede der bisher bestehenden Informationen auf Parteiebene, wie bei unseren Vereinigungen, daraufhin zu prüfen, ob sie ihre Aufgaben optimal erfüllen. Das wird für einige ganz sicher nicht der Fall sein. Dabei haben wir aber vor allem zu überlegen, daß nach dem bisherigen Stand der Arbeit der Bundespartei – Wahlkämpfe ausgeklammert – wir unsere Etatmittel zu 80 % einsetzen für die Informationen nach innen, in die Partei hinein und nur zu 20 % für die Information nach außen. In dem ersten Etatentwurf, der aufbaut auf dem bisherigen Informationssystem, gibt es insgesamt einen Titel für Informationsarbeit von 2,4 Mio. DM. Hiervon gehen lediglich 400.000 DM in die Öffentlichkeitsarbeit nach außen, und dies ist, wie ich meine, ein auf die Dauer unbefriedigendes Verhältnis. Damit wir uns das nicht im Vorhinein zu leicht machen, sage ich, der größte Posten ist dabei, wie Sie alle wissen, das „Deutsche Monatsblatt“. Nun sind wir alle sehr schnell bei der Hand zu sagen, das ist ja der erste Punkt, wo wir sehr schnell streichen können. Aber ich mache Sie auf folgendes aufmerksam: Es gibt eine Untersuchung, die eben auf den Tisch gekommen ist, über das Informationssystem innerhalb der Partei mit einer systematischen Befragung von Mandatsträgern, von hauptamtlichen Mitarbeitern und von Mitgliedern.¹⁵ Das Ergebnis ist eine Bestäti-

15 Wolfgang FALKE: Partei und Führung. Zu den innerorganisatorischen Aufgaben der CDU (Konrad-Adenauer-Stiftung/SFK). Alfter 1972, hier S. 36–81.

gung meiner Vermutung. Das „Deutsche Monatsblatt“ wird von den Mandatsträgern und den hauptamtlichen Mitarbeitern praktisch vollständig abgelehnt beziehungsweise nicht beachtet. Was hier wichtig ist, sind die Informationen aus Partei und Fraktion und zwar mit Vorrang die nichtgedruckten Informationen mit einem gelben Strich durch, die dem Leser das Gefühl geben, er sei ein Eingeweihter und erfahre eine publizistische Sonderbehandlung (*Katzer*: Aber nicht lange!)

Bei dem „Monatsblatt“ sieht es immerhin so aus, daß auf einer Basis von 1.400 Befragten, also wirklich einem repräsentativen Querschnitt der Mitgliedschaft, 53 % der Mitglieder angeben, daß sie das „Monatsblatt“ regelmäßig lesen und 45 % ihm für ihre politische Information eine mittlere und 40 % eine hohe Bedeutung beimessen. Wenn Sie weitergehen würden, was diese Umfrage nicht zuläßt, dann würden Sie sicher zu dem Ergebnis kommen, daß die 40 %, die dem „Monatsblatt“ eine hohe Informationsbedeutung zumessen, diejenigen unserer Mitglieder sind, die außer ihrer Heimatzeitung keine andere politische Informationen bekommen. Und das ist ein beträchtlicher Teil unserer Mitgliedschaft. Und die Frage, die wir zu prüfen haben, ist, ob wir auf eine durchgehende politische Information aller unserer Mitglieder verzichten können. Wenn wir es nicht tun wollen, meine Damen und Herren, mache ich Sie darauf aufmerksam, es wird nie möglich sein, für 440.000 CDU-Mitglieder mit der unterschiedlichen Struktur, dem unterschiedlichen Informationsgrad, bei monatlichem Erscheinen eine Publikation zu schaffen, von der wir in diesem Kreise sagen, wenn sie auf den Tisch käme, sei sie die erste Lektüre, die wir begierig nähmen, weil wir selber glaubten, wir könnten davon noch etwas profitieren. Hier liegen also strukturelle Probleme, und ich hoffe, daß wir Ihnen bis zum Frühjahr hier einen ausgewogenen und dann auch finanziell kalkulierten Vorschlag machen können.

Unabhängig von dem schriftlichen Informationssystem gibt es im Bereich der Presseabteilung drei wichtige Aufgaben für die allgemeine Arbeit. Nämlich erstens, eine Intensivierung unserer Pressekontakte hier in Bonn durch häufigere, auch thematisch bestimmte Pressekonferenzen der Parteiführung und der Fraktion. Zweitens, mehr Pressekonferenzen auch der Bundespartei und ihrer führenden Repräsentanten der Fraktion draußen im Lande und drittens, mehr Redaktionsbesuche draußen im Lande. Ich habe das Gefühl, daß wir hier in der Vergangenheit unnötig eine ganze Menge von Lücken gelassen haben, die uns zusätzliche Öffentlichkeitswirkung bringen können, die uns im Grunde nichts kostet.

Neben dieser Intensivierung und Aktivierung der Pressearbeit kommt der Arbeit im Funk und im Fernsehen, wie wir alle wissen, fast noch größere Bedeutung zu. Das gilt zunächst für die Zusammenfassung unserer Aktivitäten unserer Freunde in den einzelnen Anstalten. Ich selber gehöre dem Fernsehrat des ZDF an, für mich war es mit unseren Freunden dort von Beginn der Gründung des ZDF an selbstverständlich, daß es unter den Fernseh- und Verwaltungsratsmitgliedern zuzusagen eine CDU/CSU-Fraktion gibt, wir nennen das höflicherweise „Freundeskreis“; es ist leider bisher noch keineswegs in allen Anstalten gelungen, unsere Freunde, die dort in den Aufsichtsgremien sitzen, zu ähnlichen Organisationsformen zu veranlassen. Dies ist sicher eine vorrangige Aufgabe. Wenn wir diese Aufgabe lösen, dann muß die zweite Aufgabe

sein, einen sehr viel engeren, systematischeren Informationsaustausch zwischen den CDU-Vertretern in den einzelnen Gremien herbeizuführen. Weil nämlich – wir haben aktuelle Erfahrungen aus dem ZDF – beispielsweise die SPD sich im einen Sender im Angriff auf bestimmte Dinge ganz anders einläßt als im anderen Sender in der Verteidigung bestimmter Dinge. Und dies kann nur ausgenützt werden, wenn unsere Freunde wechselseitig darüber informiert sind.

Drittens haben wir eine ständige Aufgabe, die Personalbetreuung in den Anstalten weiter erheblich zu intensivieren. Und viertens haben wir die Aufgabe, sehr viel mehr als bisher die Programme im Fernsehen und im Rundfunk aufzunehmen und auszuwerten, wobei ich hinzufüge, daß die Bundespartei selbst über ihre gegenwärtige finanzielle Besetzung hinaus nie in der Lage sein wird, das über die zentralen bundesweiten Fernsehprogramme hinaus zu machen. Dies wird eine Frage an unsere Landesverbände und vielleicht auch an unsere Landesregierungen sein, wie weit wir regionale Programme auch regional aufnehmen und auswerten können. Für eine geschlossene Medienpolitik der CDU scheint mir das aber unerläßlich zu sein.

Und schließlich, auch wenn die Erfahrungen in der Vergangenheit hier noch nicht zu besonders ermutigenden Erfolgen geführt haben, sollten wir erneut für Presse und Fernsehen die Frage zentral oder regional organisierter Leserbriefinitiativen beziehungsweise Zuschauerbriefinitiativen aufnehmen. Ich habe den Eindruck, daß wir uns auch hier um Wirkungen bringen, die sehr viel größer sind und mit geringeren Mitteln erreicht werden können, als wir das normalerweise glauben. Ich nenne in diesem Zusammenhang, ohne es hier vertiefen zu wollen, das Stichwort „Auslandsarbeit“. Dies ist nicht nur Aufgabe eines zusätzlichen Informationsdienstes, den wir zu schaffen haben, sondern einer Intensivierung unserer Kontakte. Ich habe darüber vor drei Wochen schon kurz gesprochen. Der Wahlkampf 1972 ist von der SPD ja in ungeheuer starker Weise unter Einschaltung des Auslands, der ausländischen Presse, geführt worden. Dies kann uns nur veranlassen, die Vertretung unserer eigenen Politik nicht nur gegenüber unseren Freunden, sondern auch gegenüber der ausländischen Presse im Laufe der nächsten vier Jahre sehr viel intensiver und systematischer zu betreiben.

Siebter Punkt: Wir müssen unsere politische und unsere publizistische Arbeit sehr viel systematischer, um nicht zu sagen, wissenschaftlicher planen, als wir das in der Vergangenheit getan haben. Wir haben im Zuge der Wahlanalysen sehr viel darüber gesprochen, welche Bedeutung Meinungsumfragen haben, ob man ihnen folgen soll oder nicht. In diesem Zusammenhang geht es mir weniger um Meinungsumfragen als um Motivationsanalysen. Gerade wenn wir der öffentlichen Meinung nicht folgen wollen und nicht folgen können, dann müssen wir die Motivstrukturen kennen, weil nur von daher sich unsere eigene Politik überzeugend vertreten läßt, und weil wir nur von daher die Möglichkeit schaffen, die öffentliche Meinung wirklich zu verändern. Das zweite ist, auch dieses Stichwort hat es in unserer Klausurtagung schon gegeben, eine planmäßigere Absicherung unserer politischen Sprache. Ich möchte das an einem Beispiel klarmachen, das wie alle diese Beispiele die Bundespartei und mich persönlich ganz unmittelbar betreffen, am Begriff der „humanen Leistungsgesellschaft“. Meine

Damen und Herren, dieser Begriff ist in der Diskussion um unser Wiesbadener Regierungsprogramm entstanden. Und wir haben alle mehr oder weniger diesen Begriff im Wahlkampf aufgenommen. Er kommt in diesem Regierungsprogramm vor. Wir haben nicht einmal systematisch untersucht, was dieser Begriff eigentlich an Assoziationen weckt, wie dieser Begriff verstanden wird. Es gibt Untersuchungsansätze, die zeigen, daß der Begriff der „Leistung“ mindestens in der Arbeitnehmerschaft alles andere als positiv, und zwar begrifflich, verstanden wird und daß der für uns zwingend ergänzende Begriff der „humanen“ Leistungsgesellschaft überhaupt nicht verstanden wird und deswegen nicht die Funktion hat, die wir ihm in dem abgewogenen Verhältnis des Gesamtbegriffs beigemessen haben. Wir werden also Formen finden müssen, um die Grundbegriffe unserer eigenen Sprache und unserer politischen Programme doch sehr viel gründlicher daraufhin zu untersuchen. Ich habe den Eindruck, daß die Bundesregierung und daß die SPD auf diesem Gebiet im Laufe der letzten nicht nur Monate, sondern bereits der letzten 1 ½ Jahre eine sehr planmäßige Arbeit leistet.

Dritter Punkt in diesem Zusammenhang: Wir haben in der Bundespartei, in der Bundesgeschäftsstelle immer wieder begonnen, ein Referat für das, früher nannte man es Ic-Wesen, also Feindbeobachtung, aufzubauen. Ausgereicht hat es nie, dies sollte uns nicht entmutigen, im Gegenteil, ich meine, daß wir auch unsere Feindbeobachtung verstärken und systematisieren müssen.

Und schließlich der vierte Punkt: Wir haben uns in allen Klausurtagungen darüber verständigt, daß wir in der Partei über die aktuellen politischen Fragen hinaus, wie sie etwa in diesen zehn Themen zum Ausdruck kommen, ein langfristiges Vordenken brauchen. Eine Basis dafür, ein Instrument dafür ist die Grundsatzkommission. Aber wir werden mit der Grundsatzkommission, wir werden zwischen Partei und Fraktion und Stiftungen hier Formen zu finden haben, die über diese Legislaturperiode bis in die 80er Jahre hinein reichen. Darf ich in diesem Zusammenhang zum Thema „Koordination“ ein Wort sozusagen unter dem Strich sagen: Diese Koordination muß natürlich, und hier im Vorstand sage ich das sehr offen, die Einrichtungen der uns befreundeten Stiftungen miteinschließen. Aber ich bitte Sie dringend, in Äußerungen vor größeren Kreisen und in Schriftstücken, die an 250 oder 300 Adressen herausgehen, nicht den Eindruck zu erwecken nach außen hin, als seien die Stiftungen eine Verfügungsmasse der Partei. Wer die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts kennt, kann nur dringend, dringendst davor warnen, und diese Warnung richtet sich auch ein bißchen an unsere Bundestagsfraktion. Ich bitte das gar nicht in der Sache, aber in der Sprache, zu berücksichtigen, weil wir sonst hier eines Tages sehr schlimme Folgen erleben könnten.

Schließlich, der achte Punkt: Wir brauchen informiertere und geschultere Mitarbeiter und Mitglieder. Dafür bietet sich vor allem jetzt, in dem fast wahlfreien Jahr 1973, aber auch am Beginn einer neuen Legislaturperiode, eine neue Chance. Hier liegt eine wichtige Aufgabe der Akademie in Eichholz¹⁶, die in diesem Jahr mit einem neuen

16 Institut der KAS bei Wesseling. Vgl. Günter BEAUGRAND: Die Konrad-Adenauer-Stiftung. Eine Chronik in Berichten und Interviews mit Zeitzeugen. Sankt Augustin 2003.

Lehrgangstyp für die hauptamtlichen Mitarbeiter anfängt. Aber ich meine, daß das nicht ausreicht, zumal wir uns nicht nur an unsere eigenen Mitarbeiter zu wenden haben, sondern ein lebhafter Bedarf auf diesem Gebiet auch bei unseren aktiveren Mitgliedern besteht. Das können wir nicht allein durch Lehrgänge, Seminare und Kurse erreichen. Auch nicht, wenn wir alle uns befreundeten Stiftungen und Institutionen dafür einsetzen. Ich meine, daß wir auch hier eine ganze Menge lernen können von dem, was in anderen Bereichen, ich nenne noch einmal die Industrie, auf dem Gebiet von Fernkursen und von programmiertem Lernen, entwickelt worden ist, was wir gar nicht etwa pauschal in die Parteiarbeit übernehmen können, aber was wir bisher viel zu sehr unbeachtet draußen vorgelassen haben. Immerhin gibt es hier eine Menge didaktische Erfahrungen, und wir sind dabei zu prüfen, was davon für die Partei übernommen werden kann.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich habe in meiner Eingangsbemerkung von der Unsicherheit in der Partei gesprochen. Andererseits gibt aber die gleiche Situation auch eine große Chance, wie wir sie kaum je vorher gehabt haben. Nämlich, ich glaube, daß es in der CDU noch nie mehr Bereitschaft gegeben hat, bis in unsere Kreisverbände hinein, eingefahrene Wege nicht einfach fortzusetzen, sondern sie kritisch und selbstkritisch zu überprüfen. Diese Chance, die sich jetzt bietet und die sich womöglich in einem Jahr schon nicht mehr bietet, müssen wir auf allen Bereichen wirklich jetzt nutzen. Und deswegen auch in diesem Zusammenhang meine herzliche Bitte an uns alle miteinander, daß wir dafür sorgen, daß die Personaldebatte im Blick auf den nächsten Parteitag, die natürlich die Partei im Ganzen beschäftigt und beschäftigen wird und beschäftigen muß, diese Arbeit und diese Aktivität nicht überlagert und nicht belastet. Das Jahr 1973 darf für diese Arbeit nicht verschenkt werden. Ich habe mich selber bemüht, für meine Person einen bescheidenen Beitrag zur Versachlichung dieser Arbeit gerade im Blick auf die nächsten Monate zu leisten. Ich kann nur Sie, gerade auch die Landesvorsitzenden, bitten, daß Sie alle Aktivitäten, alle Initiativen der Bundespartei unterstützen, aufnehmen, daß wir hier eine gemeinsame Arbeit leisten. Diese Arbeit ist kaum je wichtiger als im Augenblick gewesen und wenn ich die Aufgeschlossenheit der Partei für neue Ideen, für neue Wege, für mehr Aktivität sehe, dann meine ich, sie hat auch kaum je mehr Chancen gehabt. An uns liegt es, diese Chancen jetzt auszunützen. Herzlichen Dank! (*Beifall.*)

Barzel: Ich danke dem Herrn Generalsekretär für seinen guten und mit Recht umfassenden Bericht. Es stehen noch aus die Berichte der Präsidiumsmitglieder, die wir uns erstatten lassen wollten, insbesondere zur Gewerkschaftsfrage, zu Medien und Jugend und zu den Frauenfragen. Bevor wir die Diskussion über den Bericht des Generalsekretärs eröffnen, kriegt das Wort der Kollege Stoltenberg. Wir hatten das verabredet wegen der aktuellen Entschließung. Ich hoffe, wir haben sie bald verabschiedet.

Stoltenberg: Also, was hier kurz vorzutragen ist, gehört zu dem Thema 1c bei Herrn Kollegen Kraske, nämlich Feindbeobachtung und Feindbekämpfung. Wir sind uns ja darüber einig, daß wir bei aller Sorgfalt und Gründlichkeit, mit der wir unsere eigenen Konzepte erarbeiten, uns mit uns selbst im positiven Sinne beschäftigen, die politische Auseinandersetzung aufnehmen müssen. Wir haben das bei anderen Anlässen getan,

die Fraktion, die Partei. Und wir sind uns sicher darin einig, daß die Beschlüsse vom Wochenende der Bundesregierung¹⁷ nun die Menschen wie nichts anderes beunruhigen und z.T. auch erregen, weil hier etwas geschieht, was jeder Einzelne, fast jeder Einzelne in seinem Geldbeutel spürt. Die vorhergehende Währungsdebatte hat die Menschen auch beunruhigt und bewegt, aber das war etwas oberhalb der Ebene des eigenen Lebens und der eigenen Einkommen und der eigenen konkreten Belastungen. Die Sache ist zunächst einmal zu einem überraschenden Ende gekommen durch die amerikanische Entscheidung.¹⁸ Wir wissen, daß das natürlich noch weitergeht, vor allem im Feld der Handelspolitik. Aber was die Bundesregierung jetzt gemacht hat auf dem Gebiet der Steuererhöhung, ist nach den ersten Eindrücken, die wir im Präsidium ausgetauscht haben, etwas, was draußen lebhaft und auch kritisch debattiert wird.

Es hat gestern die ersten Stellungnahmen gegeben des Parteivorsitzenden, des Kollegen Strauß, einiger anderer.¹⁹ Die stimmen, wenn man die Zeitungen heute liest, in der Gesamtrichtung überein. Ich glaube deshalb auch und kann das für das Präsidium sagen, daß wir heute ein Stück weitergehen sollen in der Verdeutlichung der Probleme, allerdings nur einen kleinen Schritt. Ich möchte gleich empfehlen, daß wir diese Stellungnahme, die wir so oder anders hier abgeben, nicht zu sehr mit der Einzelbewertung befrachten. Wir müssen hier für die Fraktion, für die Fachausschüsse der Partei – wir sind hier in besonderer Weise in einer schwierigen Lage oder in einer wichtigen Funktion –, auch für den Bundesrat noch ein Stück der Präzisierung offenlassen. Dazu brauchen wir noch etwas Zeit bis zum ersten Durchgang im Bundesrat und Bundestag. Auf der anderen Seite wäre es ganz falsch, wenn wir die Möglichkeit, heute vor dem Bundesvorstand etwas Weiterführendes zu sagen, nicht wahrnehmen. Daraus ergibt sich, daß der kurzen, ich will das mal so sagen, etwas summarischen und harten Verurteilung von gestern, die richtig war, jetzt eine Äußerung folgt, die etwas differenziert – unter Bekräftigung dessen, was gestern gesagt wurde –, aber nicht zu sehr ins Detail geht. Davon würde ich abraten. Ich habe diesen Text entworfen und nach der Erörterung im Präsidium ihn aufgrund der dortigen Debatte etwas geändert. Ich wäre nur dankbar – er kann natürlich hier verbessert werden wie alles –, wenn wir davon ausgehen, daß wir nicht zu sehr in Details hineingehen.

Die Sache ist folgendermaßen: Hier wird unter dem Motto „Stabilität“ etwas angekündigt, was teilweise Stabilitätspolitik sein kann von der Regierung, was auch auf der Linie dessen liegt – und das müssen wir beachten –, was vom Sachverständigenrat und von der Bundesbank noch mal sehr dramatisch gefordert wurde.²⁰ Aber die Bundes-

17 Beschlüsse der Bundesregierung zur Wirtschafts- und Finanzpolitik vom 17. Februar 1973 in BULLETIN Nr. 20 vom 20. Februar 1973 S. 173–178. Vgl. FAZ vom 19. Februar 1973 „Drastische Steuererhöhungen zur Jahresmitte“; NZZ vom 19. Februar 1973 „Steuererhöhungen und Stabilitätsanleihe in der Bundesrepublik“.

18 Eine Währungskrise in den USA führte zu einer erneuten Abwertung des US-Dollars, vgl. AdG 1973 S. 17661–17665.

19 Vgl. dpa vom 18. Februar 1973 „Strauß sieht Vorwand zur Beschwichtigung des Steuerzahlers“; „Barzel spricht von ‚erster Stufe des Offenbarungseides‘“; „Stoltenberg: Steuererhöhungen nicht nötig“; „Industrie vermißt Beitrag der öffentlichen Hand“.

20 Am 6. Dezember 1972 hatte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirt-

regierung hat sich ins Unrecht gesetzt und uns die Ablehnung erleichtert dadurch, daß sie auch etwas ganz anderes macht. Mit der Mineralölsteuer, wo ja auch die öffentliche Erregung natürlich am größten ist, weil das praktisch jeden trifft in breiten Schichten der Bevölkerung, will sie unter Stabilität etwas verkaufen, was nichts weiter ist als eine kräftige Finanzierung von Herrn Schmidt zur Lösung der unmittelbaren Haushaltsprobleme. Denn hier ist ja auch gesagt worden, daß man diese Mittel verwenden will zum Haushaltsausgleich. Und dies scheint mir der stärkste Anhaltspunkt, sowohl stabilitätspolitisch wie von der populären Wirkung, für den kritischen Einstieg zu sein. Wir müssen demgegenüber sagen, daß der Gedanke einer Stabilitätsanleihe, obwohl auch er einige Probleme aufwirft, nicht a limine abgelehnt werden kann. Der Gedanke, zu einer freiwilligen Abschöpfung von Kaufkraft zu kommen durch eine Anleihe, ist nicht von vornherein abzulehnen. Er bedarf zumindest noch einer gründlichen Prüfung. Das ist etwa auch das Kommentarbild in den qualifizierten Zeitungen heute. Das Mittelstück, die Sonderbelastung, vor allem für die Wirtschaft von 2,4 Mrd. ist natürlich sehr problematisch. Man ist hier aus sozialen Gründen auf die Firmen und die obersten Einkommensgruppen ausgewichen. Wir sollten uns auch nicht, das wäre unklug, hier zum Befürworter eines allgemeinen Konjunkturzuschlages machen, das ist nicht die Aufgabe der Opposition, obwohl natürlich die Konzentration auf die Wirtschaft die Gefahr der Überwälzung in dieser Konjunktursituation enorm vergrößert und damit also mögliche preistreibende Wirkungen kommen. Dann kommt diese sehr unschöne Sache mit der Verminderung der Investitionsförderung in den regional schwachen Gebieten, die genau das Gegenteil von dem ist, was wir für eine differenzierte Konjunkturpolitik – auch in der Initiative des Bundesrates – gefordert haben. Und es kommt der sehr unschöne Vorgang, den wir sehr herausarbeiten müssen. Das geschieht hier im vorletzten Absatz, daß die Bundesregierung dies alles macht in der Form im wesentlichen einer Vorfinanzierung für sich selbst, ohne daß die Gespräche über die anstehenden Fragen, etwa die großen Forderungen der Bildungsplaner – wir haben in dieser Woche eine Besprechung mit dem Bundeskanzler darüber, bei denen wir ja von der Bundesregierung sozusagen zu höheren Leistungen angehalten werden sollen – und ohne die ja nach den gesetzlichen Terminen anstehenden Verhandlungen zwischen Bund und Ländern auch für die Gemeinden über die Probleme der Steuerneuverteilung überhaupt begonnen haben.

Und dies weckt in der Tat die Befürchtung, die auch einige der intelligenten urteilsfähigen Wirtschaftsjournalisten haben, daß dies Ganze ein erster Schritt ist, um dann im weiteren Verlauf der Debatte mit der Länder- und Gemeindeseite oder über Bildungsfinanzierung im Grunde noch einmal kräftig zuzulangen und uns hier in eine Lage zu bringen, in der wir dann Schwierigkeiten bekommen. Ich würde mich im Au-

schaftlichen Entwicklung sein Jahresgutachten 1972 vorgelegt (BR-Drs. 612/72), in dem er für Steuererhöhungen eintrat. Vgl. „Die Welt“ vom 7. Dezember 1972 „Das Rezept der fünf Weisen: Gedämpfte Expansion“; „Rheinische Post“ vom 7. Dezember 1972 „Prof. Klotten mahnt Regierung und Wirtschaft: ‚Notfalls allein zur Stabilität‘“. – Vgl. „Hamburger Abendblatt“ vom 17. Februar 1973 „Bundesbank wirft das Handtuch“; „Frankfurter Rundschau“ vom 17. Februar 1973 „Bundesbank bittet Bundesregierung um Hilfe“.

genblick, wenn ich das empfehlen darf, auf diese etwa so kommentierten Bemerkungen, das ist der Inhalt dieser EntschlieÙung, beschränken. Daß das Ganze innerhalb der Koalitionsparteien auch noch Schwierigkeiten auslöst – auch in Verbindung mit den Berlin-Beschlüssen – wird vor allem an der Haltung der FDP sichtbar. Aber das sollte man vielleicht nicht in die EntschlieÙung hineinnehmen, das muß man nur einmal mündlich etwas deutlich machen. Sie können heute an den Kiosken die Montagsausgabe vom „Handelsblatt“ kaufen. Die hat immer einen frühen Redaktionsschluß. Und da hat doch unmittelbar vor den Beschlüssen der neue wirtschafts- und finanzpolitische Sprecher der FDP erklärt, das käme überhaupt nicht in Frage, daß irgendwelche Steuererhöhungen gemacht würden, die sich für die Bundeskasse auswirken.²¹ Der hat genau das Gegenteil von dem gesagt, was geschieht. Das ist für die weitere Erörterung im Bundestag von Bedeutung. Dies hat also auch eine Perspektive. Das sollte man nicht in den Text hineinnehmen, der die Frage der Rolle der FDP beleuchtet und die Frage des Verhältnisses Friderichs/Schmidt. Das wäre ein Beitrag für die weitere Diskussion. Ich empfehle also im Einvernehmen mit dem Präsidium, es auf diese Bemerkungen zu beschränken, wäre dankbar, wenn wir die EntschlieÙung nach einer kurzen Debatte verabschieden können. Wenn wir lange debattieren, haben wir nämlich den Redaktionsschluß verpaßt.

Barzel: Nur zu dem Punkt Stoltenberg jetzt.

Schäfer: Ich teile Ihre Auffassung, daß man im Moment keinen sehr breiten, in die Sache gehenden Kommentar abgeben kann, aber ein bißchen mehr Linie, glaube ich, kann man durch wenige Änderungen hineinbringen. Was ja frappierend ist, ist, daß hier eine Bundesregierung Stabilitätspolitik betreiben will unter Umgehung des Stabilitätsgesetzes. Das muß man ja irgendwo anmerken. Wozu haben wir eigentlich ein Stabilitätsgesetz? Das läßt sich einfach unterbringen, wenn man sagt, die von der Bundesregierung unter Umgehung des Stabilitätsgesetzes beschlossenen Steuererhöhungen bringen erhebliche Mehrbelastungen. Ich glaube nicht, daß es dagegen grundsätzliche Bedenken gibt. Denn wer das Stabilitätsgesetz kennt, den Art. 26, der weiß, was dort an Maßnahmen vorgesehen ist, wenn man tatsächlich ein Stabilisierungsprogramm machen will. Hier geht es ja eigentlich gar nicht um ein Stabilisierungsprogramm. Dann heißt es unten im nächsten Absatz, nur einige Anmerkungen: „Der im Grundsatz richtige Vorschlag“. Ich hätte Bedenken zu sagen, „im Grundsatz richtige“. Ob eine freiwillige Stabilitätsanleihe richtig ist oder nicht, das hängt von der Abstimmung mit dem gesamten Kapitalmarkt ab. Das lieÙe sich aber auch im Text unterbringen. Der Vorschlag einer freiwilligen Stabilitätsanleihe wird in seinem Erfolg in Frage gestellt, weil er offensichtlich weder mit den Anleihewünschen der öffentlichen Hand, noch der Wirtschaft abzustimmen ist, und bestenfalls zu einer Erhöhung des Zins-

21 Vgl. „Handelsblatt“ vom 19. Februar 1973 „FDP: Kein Steuergeld für die Bundeskasse. Lambsdorff: Keine etatpolitischen Steuererhöhungen“. – Dr. Otto Graf Lambsdorff (geb. 1926), Jurist; 1951 FDP, 1955–1971 Tätigkeit im Kreditgewerbe, 1960 Zulassung als Rechtsanwalt, 1968–1978 Landesschatzmeister der FDP NRW, 1972–1998 MdB, 1977–1984 Bundesminister für Wirtschaft, 1988–1993 Bundesvorsitzender der FDP. Vgl. KEMPF/MERZ S. 404–409.

niveaus führen kann, was außenwirtschaftlich nicht erwünscht ist. Wir müssen ... (*Stoltenberg*: Dann würde ich sagen, „der im Grundsatz erwägenswerte oder diskutabile.“) Herr Stoltenberg, Sie brauchen mir nicht entgegenzukommen. Ich mache einen Vorschlag. Den braucht niemand zu akzeptieren.

Im nächsten Satz heißt es dann: „Sie kann vor allem für die von der jüngsten Abwertung des Dollar stark betroffenen Branchen zu erheblichen Härten führen“. Ich hätte keine Bedenken, diese Härten zu nennen. Es gibt ja zwei Möglichkeiten. Die erheblichen Steuerbelastungen führen entweder dazu, daß notwendige Investitionen zur Produktivitätserhöhung unterbleiben oder auf den Verbraucher abgewälzt werden. In beiden Fällen sind neue Preiserhöhungen zu erwarten. Scharf zu verurteilen ist die Mineralölsteuer. Ja, dann wird hier unten gesagt: „Die verkehrsfernen strukturschwachen Gebiete“. Ich würde „verkehrsfern“ rauslassen. Es gibt auch strukturschwache Gebiete, die durchaus mitten in gut strukturierten, also infrastrukturierten Gebieten liegen. „Im Gegensatz zu den Erfordernissen einer differenzierten modernen Konjunkturpolitik“, und jetzt würde ich das doch expressis verbis ansprechen, läuft den Zielen des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur zuwider. Warum soll man das nicht ansprechen? Man muß doch deutlich machen, daß dies kein konsistentes Programm ist, daß es überall aneckt und die Regierung selbst in Schwierigkeiten gerät mit bestehenden Gesetzen.

Auf Seite 2 oben ist von den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände eigentlich nur die konstruktive Lösung für den Nahverkehr angesprochen. Mir wäre das ein bißchen zu wenig. Ich würde es also bei den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände belassen, aber das kann man auch so lassen. Aber einen Satz, glaube ich, muß man sagen, ergänzend zu dem Text, der hier liegt. Die Beschlüsse des Kabinetts enthalten keine konkreten Maßnahmen der Geld- und Kreditpolitik. Das muß doch auffallen. In der Diskussion vorher ist die Rede davon gewesen, daß wir eigentlich nur über die Geld- und Kreditpolitik Stabilität hinbekommen. Jetzt kommt ein Stabilitätsprogramm – keine Maßnahme, keine konkrete zur Geld- und Kreditpolitik –, und wir sagen nichts über die künftige Sicherung der außenwirtschaftlichen Flanke, ohne die eine Stabilitätspolitik keine Chance hat. Warum schicken wir den Schmidt dann nicht ins Feuer zurück? Wir tun ja auch schon so, als ob die außenwirtschaftliche Flanke kein Problem mehr ist, als ob das alles wunderbar gelöst sei. Nichts ist doch gelöst. Keine Aussage darüber in diesem Programm. Es fehlt jede Aussage über die Intensivierung des Wettbewerbs von innen und außen, die mehr zur Preisstabilität beitragen kann als jede einzelne dieser Maßnahmen. Dies als Anmerkung für uns. Es fehlt jede Aussage darüber.

Insgesamt gesehen sind also die Beschlüsse eine Summierung von steuerpolitischen, gesellschaftspolitischen und stabilitätspolitisch motivierten Maßnahmen, ohne daß den wichtigsten Anliegen in diesen Bereichen wirksam Rechnung getragen würde. Es ist ein nicht konsistentes unausgeglichenes Programm.

Müller-Hermann: Ja, wir werden dann im Laufe dieser Woche von der Fraktion her sicherlich noch mal zu dem Thema Stellung nehmen müssen oder können, und insofern würde ich sagen, können wir dies hier so passieren lassen, obwohl meines Erachtens

dieses Papier etwas mehr in der Kraft und Deutlichkeit der Aussage hinter dem zurückbleibt, was unser Parteivorsitzender gestern im Fernsehen gesagt hat. Meines Erachtens müssen wir in vier Richtungen operieren. Erstens: Ohne ein globales Stabilitätsprogramm, in das die Ausgaben der öffentlichen Hand drastisch einbezogen sind, ist Stabilität nicht wiederzugewinnen. Dieses Thema, Ausgaben der öffentlichen Hand, wird in dem ganzen Stabilitätsprogramm überhaupt nicht berührt. Punkt 2: Die Bürger werden zur Kasse gebeten, während die öffentlichen Hände, allen voran der Bund, keinerlei Disziplin zeigt, sondern im Gegenteil die Ausweitung im Bundeshaushalt weit über das nominelle und doch noch viel weiter über das reale wirtschaftliche Wachstum hinausgeht. (*Barzel*: Das haben wir morgen in der Fraktion.) Punkt 3: Es wird für die Mehrbelastungen des Bürgers nicht ein Mehr an Leistungen der öffentlichen Hand bewirkt, sondern sie dienen nur dem Stopfen der Löcher. Und zum vierten: Die Steuererhöhungen, das steht auch hier drin, wenn auch meines Erachtens etwas zu verklausuliert, werden direkt über Abrechnungen in die Preise oder indirekt über zusätzliche Lohn- und Gehaltsforderungen erfolgen. Es ist also ein Irrtum zu meinen, daß mit diesem Programm über die sogenannte Kaufkraftabschöpfung ein Schritt in die Stabilität komme. Das sind auch die Themen, die der Bürger heute versteht, wenn man ihn nur richtig drauf anspricht.

Noch eine letzte Anmerkung: Ich glaube, wir müssen überlegen, wie wir uns gegenüber der FDP verhalten, die ja doch nicht nur durch Graf Lambsdorff, sondern in der Erklärung ihres Präsidiums erklärt hat, 1973 gibt es keine Steuererhöhung. Sie ist hier umgefallen, wie Sie wahrscheinlich auch in der Mitbestimmungsfrage wieder umfallen wird. Und zum zweiten sollte man auch etwas im Auge behalten das Verhalten des DGB, der in einer ersten Erklärung geprahlt hat, daß die Bürger wunderbar geschont würden²², die Arbeitnehmer haben hier kräftig auch in die Kasse zu zahlen. (*Lorenz*: Vorgestern hat er noch das Gegenteil gesagt, nicht? Kaum war es beschlossen ...) Ja, kaum war das beschlossen, hat sich der DGB schon wieder schützend vor die Regierung gestellt.²³ Ich muß sagen, das sollten wir in der geeigneten Form in den nächsten Tagen auch einmal zur Sprache bringen.

Barzel: Ich möchte Sie herzlich bitten, in Fragen FDP, Ernst Müller-Hermann, jetzt nicht zu variieren. Ich habe versucht, in den verschiedenen Klausuren die Begründung zu liefern, daß wir die Opposition ganz besetzen müssen und nicht zulassen dürfen, FDP ist ein Oppositionöchen neben uns. Die müssen jetzt gerade in dieser Frage mit den anderen mit in die Pfanne gehauen werden. Was Herr Schäfer sagt – gesellschaftspolitische Hintergründe –, würde ich heute noch nicht sagen, genauso, wie ich nicht sagen würde, die Wirtschaft kann dies nicht verkraften für die Mittelbetriebe. Wir müssen sagen, was wir – die politische Linie ist hier schon richtig – verdeutlichen können. Und was den DGB betrifft, so glaube ich, werden die Arbeitnehmer dies selber merken. Wie hier der DGB – Zuruf von Herrn Lorenz eben – in 48 Stunden zwei

22 „Die Welt“ vom 1. Dezember 1972 „DGB lehnt konjunkturbedingte Steuererhöhungen ab“.

23 dpa vom 18. Februar 1973 „DGB: größte Sorge genommen“.

Stellungnahmen abgegeben hat. Das kann im Bundestag eine Rolle spielen. Möglicherweise gibt es einen solchen Druck der Öffentlichkeit, daß wir Donnerstag eine Aktuelle Stunde haben, wenn auch „nur“ über die Berlin-Sache. Das muß angefangen werden, das Thema müssen wir jetzt besetzen.

Köppler: Ich habe nur drei Anmerkungen. Ich bin durchaus dafür, daß wir diesen – dem Rang des Bundesvorstands angemessenen staatsmännischen – Text hier verabschieden, nur was wir noch brauchen, Herr Vorsitzender, ist natürlich ein Flugblatt, das eine etwas andere Sprache spricht als die feierliche staatsmännische, die hier ist. Vielleicht könnten wir doch einen Satz noch reinbringen, wo hier sachlich richtig, aber zu vornehm von der Überwälzung auf die Verbraucher die Rede ist. Es muß deutlich gesagt werden, daß die Zeche die breite Arbeitnehmerschaft in diesem Lande bezahlt. Zweitens, ich würde vorschlagen, nicht von der Sonderbelastung von 2,4 Mrd. DM zu reden, dann ziehen wir uns sofort in der Polemik draußen wieder die 100.000-, 200.000-DM-Einkommensleute an, sondern ich würde stärker betonen die Körperschaftssteuer, auch wenn die sachliche Auswirkung wahrscheinlich dieselbe ist, was hier die Überweisung angeht. Hier dürfen wir nicht in die falsche Komplizenschaft gerückt werden. Der dritte Punkt hat sich erledigt, das „verkehrsferne“ muß raus bei den Strukturgebieten.

Amrehn: Ich möchte mit in die Kerbe von Herrn Köppler hauen. Wir machen wieder eine Entschließung, die verständlich ist für die Fachleute. Sie nimmt nicht genügend Rücksicht darauf, daß wir eigentlich solche Erklärungen für das Wählervolk draußen abgeben, das die Zusammenhänge wenig versteht. Es ist im Augenblick wieder die Zeit zu knapp, um das Ganze in eine solche Sprache zu bringen. Aber wenn hier beispielsweise die Rede ist von der Erhöhung der Mineralölsteuer, dann müßte meines Erachtens ein Satz drin sein: „Die Regierung betrachtet offenbar den Kraftwagen noch als einen Luxus, während heute der Arbeitnehmer gerade dies als Gebrauchsgegenstand ansieht.“ Solche viel leichter aufnehmbare Formulierungen schießen mir für eine Wirkung, die wir doch erzielen wollen, bedeutsamer als eine volle wissenschaftliche oder auch praktisch sinnvolle Ausgewogenheit einer solchen Erklärung. Das Ganze ist unausgegrenztes Stückwerk! Ein solcher Satz würde wahrscheinlich mehr zitiert werden.

Drittens, ich glaube, man kann das Ganze nun wirklich nicht abschließen, ohne daß wir wenigstens sagen – zum Schluß stehen ja lauter Feststellungen –, „Steuererhöhung zum Zwecke der Füllung inflationärer Lücken im Haushalt werden von der CDU abgelehnt“. Ich glaube, dieser Satz bleibt richtig. Wir haben ihn früher benutzt. Und dann kommt das Ganze erst zu einem Fazit. In dieser Richtung möchte ich also Herrn Köppler unterstützt haben, daß unsere Aussagen werbe- und wählerwirksam sein müssen. Sonst nichts gegen den Inhalt.

Barzel: Meine Damen und Herren, bevor ich jetzt Stoltenberg das Wort gebe: Ich habe den Eindruck nach der Diskussion, daß die Anregungen von Herrn Schäfer überwiegend positiv aufgenommen sind, weil sie einiges zur Sache verdeutlichen und damit das sachliche Gewicht verstärken, daß sicherlich Herr Schäfer und Herr Stoltenberg das zusammen hinkriegen, ohne daß wir das noch mal miteinander redigieren müssen.

Kiesinger: Ich wollte nur zu dem, was Herr Amrehn gesagt hat, folgendes sagen: Wir reden ja immer zwei verschiedene Adressen an. Wir wollen ernst genommen werden von den Journalisten, die von den Dingen etwas verstehen. Die sollen das, was wir sagen, nicht einfach als eine der üblichen Routineübungen der Opposition auffassen, sondern die Leute haben die Finger in die Wunde gelegt. Und dann muß man manchmal Dinge sagen, die tatsächlich der einfache Mann nicht versteht. Da kommt man nicht drum herum. Das ist das eine. Und das zweite ist, daß man tatsächlich den einfachen Mann anspricht. Manchmal kann man das nur so machen, daß man zwei Dinge macht: eine Resolution und dann etwas, was im Flugblatt oder (*Zwischenruf:* Das ist genau der Vorschlag.) in etwas Ähnlichem dann in den kommenden Wochen (*Zwischenruf:* Das Flugblatt soll gemacht werden.) verwendet werden kann, was also über den augenblicklichen Anlaß hinausgeht. Mein Rat wäre der, daß man beides versucht. Das bedeutet nicht, Herr Köppler, daß wir deswegen nur ganz ruhig staatsmännisch in diesem Beschluß sprechen sollten, lassen Sie mich das anfügen, sondern man kann auch jetzt schon deutlich werden. Trotzdem würde ich sagen, zwei Dinge. Das eine zum Anlaß, das andere für einen längeren Gebrauch im folgenden.

Stoltenberg: Ich bin unserem Ehrenvorsitzenden sehr dankbar. Ich bin sehr für das Flugblatt, das auf die Sprache des Arbeiters im Ruhrgebiet und des Mittelständlers überall in der Bundesrepublik abgestellt ist. Ich bin sehr dafür, daß wir das machen. Hier kommt es natürlich ein bißchen darauf an, daß wir von der nicht zu unterschätzenden Gruppe der Meinungsmacher unter den Journalisten, die gewisse Ansprüche an uns stellen, auch aufgenommen werden. Wir können uns, glaube ich, in der Tat, Herr Vorsitzender, mit Herrn Schäfer schnell auf einen Text einigen. Ich will hier nur sagen, die Sache mit der Umgehung des Stabilitätsgesetzes müssen wir uns etwas überlegen. Wenn wir das sagen, wird sofort gefragt, wolltet ihr den Konjunkturzuschlag und ähnliche Dinge? – Ja, das steht aber nicht im Stabilitätsgesetz, lieber Rainer Barzel. Ich meine, es ist die Frage, ob wir uns ausdrücklich auf das Stabilitätsgesetz hier beziehen, denn da sind lauter Maßnahmen vorgesehen, außerhalb der Mineralölsteuer, die unpopulärer sind. Und das ist der Punkt. Aber ich glaube, Herr Schäfer und ich werden uns einigen.

Langguth: Ich wollte nach diesem Vorschlag mit dem Flugblatt fragen. Ich glaube, (*Starke Unruhe und Diskussion.*) daß es tatsächlich innerhalb der nächsten 14 Tage unter den Leuten sein sollte. (*Zwischenruf:* Das ist alles utopisch. Erstens schafft man es nicht, und zweitens bringt uns das nicht an die Menschen.)

Barzel: Wir haben heute Montag. Wann geht der Uid raus? Donnerstag. Können wir nach bewährtem Muster die letzte Seite als ein Musterflugblatt zur Verfügung stellen? Das sollten wir schaffen. (*Amrehn:* Flugblätter erreichen nicht die Millionen! – *Starke Unruhe.*)

Lemke: Ich mache auf eines aufmerksam. Ich möchte nicht erleben, daß die Erklärung rausgeht und nachher im Bundesrat zurückgestellt wird. Dann haben wir den Fall, daß wir uns also selbst ohrfeigen. Ich wollte nur darauf hinweisen und das mal festhalten.

Barzel: Darüber haben wir uns im Präsidium geeinigt, ich habe dies vorhin in einem

kurzen Satz vorgetragen. Meine Damen und Herren, damit kommen wir zur Diskussion des Berichts des Generalsekretärs. Ich habe zwei Wortmeldungen, zunächst Herr Dregger.

Dregger: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich möchte zunächst etwas zu dem Bericht insgesamt sagen. Dann zu den zehn Schwerpunktthemen. Und dann zu den Themen für den Bundesparteitag. Herr Kraske hat vier Hauptthesen vorgetragen, die er mit vielen Unterthesen variiert hat, und denen wird man zustimmen können. Die Partei soll mehr diskutieren, sie soll sich mehr dem Bürger öffnen, obwohl man das ja vorsichtig nach außen formulieren muß, weil das ja so aufgenommen werden könnte, als wenn wir uns bisher nicht geöffnet hätten. Was Sie sicherlich nicht sagen wollen. Das ist gefährlich. Wir wollen ein neues Rollenverständnis für die Mitglieder. Wir wollen nicht nur mehr, sondern auch aktivere Mitglieder. Aber ich meine, eine These fehlt, die ich für die wichtigste halte, und die ich jetzt zweimal formulieren möchte mit unterschiedlicher Betonung, wobei beide Betonungen wichtig sind. Nämlich, die Partei muß den Gegner *angreifen*, und die Partei muß den *Gegner* angreifen. Das ist das Hauptgeschäft der Opposition. Selbst die Regierungspartei muß das, und die SPD tut es zur Zeit als Regierungspartei. Sie greift uns unaufhörlich an. Ich bin heute gefragt worden, welches Thema ich wählen wollte für einen Vortrag. Ich habe gesagt, die Opposition im Angriff. Ich wäre sehr glücklich, wenn alle Mitglieder und alle Mandatsträger und Funktionsträger der CDU den Gegner unaufhörlich angreifen würden, und zwar immer da, wo er schreit, denn da tut es weh. Und da immer wieder nachstoßen. Ich möchte also doch sehr bitten, daß diese These aufgenommen wird in den Katalog von Herrn Kraske.

Nun zu den zehn Schwerpunktthesen. Herr Kraske hat gesagt, die Fraktion habe sie beschlossen. Es ist richtig, daß nach der allgemeinen Diskussion in Berlin – ob von Ihnen Herr Vorsitzender oder von einem anderen Kollegen – diese zehn Themen genannt worden sind, und wir haben dem zugestimmt. Aber zustimmende Kenntnisnahme und formulierte Beschlüsse sollte man etwas unterscheiden. Ich sage das nicht nur wegen dieses Punktes. Ich bin mit all diesen Themen einverstanden. Aber nach näherer Prüfung fällt mir folgendes auf. Erstens, es sind nur innenpolitische Themen. Es fehlt jedes außenpolitische Thema. Ich meine, Außenpolitik findet weiterhin statt, und wir sollten außer innenpolitischen Themen auch wenigstens ein außen- und verteidigungspolitisches Thema wählen.

Zweitens, mir fällt auf, daß in der Innenpolitik ein Thema fehlt, was dem Gegner besonders weh tut. Nämlich „Innere Sicherheit“ mit den Unterthemen „Radikalismusabwehr“ und „Volksfrontpolitik“. Wenn man heute die Zeitungen liest, ergreift in allen Untergruppen der SPD die radikale Linke die Macht. In Frankfurt, in Franken, in Baden-Württemberg, in Ostwestfalen beschließt der Parteitag keine Vermögensbildung für den Arbeitnehmer, das wirke systemstabilisierend, statt dessen mehr Macht für die Funktionäre. Ich finde, das ist doch ein so wunderschönes Thema, daß wir es ständig behandeln sollten. Das sollte wenigstens ein Schwerpunktthema sein.

Nun zum Bundesparteitag. Wenn ich diese drei Themen sehe, die vorgeschlagen werden, „Mitbestimmung“, „Bodenrecht“, „Berufliche Bildung“, so fehlt auch dar-

unter wieder jedes Thema, das dem Gegner weh tut. Wir müssen doch auf dem Bundesparteitag etwas haben, wo wir uns nicht selber nur weh tun, sondern vor allem, wo wir vor allen Dingen dem Gegner wehtun, und deswegen möchte ich vorschlagen, daß dieses Thema „Innere Sicherheit, Volksfrontpolitik“ auch als Thema vorgesehen wird, eben mit der Zielrichtung, den Gegner anzugreifen. Ich glaube, daß das am besten auch die Partei integriert und nach vorne bringt.

Barzel: Nur zu den zehn Themen, Herr Dregger. Wir hatten am Schluß der Bundesvorstandssitzung das zusammengefaßt, das waren viel mehr als die zehn Themen, einschließlich außenpolitischer. Und wir haben dann gesagt, laßt uns mal drei heute nennen. Das war Eigentum, Berufliche Bildung und noch was. Mit dem Blick auf die Fraktion – wir wissen ja, welchen Ärger das gibt – haben wir dann der Fraktion die zehn genannt, unter der Mitteilung, dies ist keineswegs abschließend. Wenn Sie den hier vorliegenden schriftlichen Bericht von Seiters²⁴ gelesen haben, sehen Sie, daß da weitere Themen sind. Da ist sehr viel Platz für andere Dinge. Sie greifen, was Außenpolitik betrifft, einer Anregung von mir vor. Ich will mit Marx besprechen, ob wir nicht so sichtbar, wie wir eine hervorragende Ostkommission haben, eine Westkommission einsetzen, allein um dieses Thema mit einer Kommission zu belegen, die dann auch einen gewissen Rang bekommt. Da kommen sicherlich andere Themen noch dazu. Was zum Radikalismus zu sagen ist, das ist eine ständige Aufgabe. Sie haben ja auch den Beschluß gesehen der SPD in Baden-Württemberg.²⁵ Das ist ja noch viel mehr als der kleine ostwestfälische Verein, der da getagt hat – in der Radikalismussache ganz klar abgehend von den Ministerpräsidentenbeschlüssen. Ich glaube, dies alles werden wir tun, aber wir wollten ja nun gerade die etwas mittelfristigen Themen, die wir selbst zur Sache mit neuen Konzeptionen belegen wollen, pflegen. Ich finde es deshalb eine gute Vorarbeit. Uns liegt auch aus der Bundesgeschäftsstelle vor die Dokumentation zu den einzelnen Themen, d. h., haben wir dazu in den verschiedenen Programmen oder in anderen Wahlaussagen, die verpflichtend sind, schon etwas gesagt. Die Dokumentation dazu ist gut aufgearbeitet. Ich glaube, dabei kommt was raus. Zur Geschäftsordnung hat Frau Wex ums Wort gebeten.

Wex: Ich wollte nur fragen, in welcher Form die Ausführungen von Herrn Kraske uns zur Verfügung gestellt werden können, oder ob es überhaupt nicht gedacht ist, daß aus diesem ein Kurzprotokoll gemacht wird. Es war ja aufgelistet, so daß wir das unbedingt noch mal haben müssen.

Kraske: Ich würde zunächst eigentlich lieber, wenn es hier eine allgemeine Billigung dieser Aufgaben gibt, Ihnen in den nächsten zwei Monaten Ergebnisse dieser

24 Arbeitsvorlage von Seiters vom 19. Februar 1973 über die Ergebnisse der Klausurtagung der CDU/CSU-Fraktion in Berlin in ACDP 07–001–1322.

25 Baden-Württemberg hatte als letztes Bundesland Richtlinien für einen Radikalenerlaß festgelegt (vgl. „Südwest-Presse“ vom 15. Februar 1973 „Der liberale Südwesten gab klein bei“). Die SPD sprach sich auf ihrem Landesparteitag am 17./18. Februar 1973 in Stuttgart, auf dem Erhard Eppler zum neuen Landesvorsitzenden gewählt wurde, gegen den Richtlinienentwurf zur Überprüfung der Verfassungstreue aus (vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 19. Februar 1973 „Eppler neuer Landesvorsitzender der SPD“).

Aufgaben zur Verfügung stellen, nämlich, was sich hier heute ergibt an Plänen für die Bundespartei gegenüber den Landes-, den Kreisparteien. Aber ich kann gerne daraus ein Papier machen und Ihnen das zur Verfügung stellen. Das ist kein Problem.

Amrehn: Meine Freunde, dieser Anrede werde ich mich auch dann weiter bedienen, auch wenn das Bonmot in letzter Zeit aktiviert worden ist, daß die höchste Steigerung von Gegner der Todfeind sei und das identisch sei mit Parteifreund. Ich glaube, wir sollten das Wort des Vorsitzenden aufnehmen, solidarisch Politik zu machen. Daraus folgt, daß wir – wahrscheinlich mit der heutigen Sitzung – hoffentlich die Diskussion über die Gründe des Wahlverlustes beenden und auf diese Weise lernen, den Blick durch gemeinsame Entscheidungen nicht nur nach vorn zu richten, sondern auch nach vorn solidarisch Politik zu machen. Aber ich hatte das letzte Mal die Gelegenheit schon benutzt zu sagen, daß die Solidarität auch umfassend sein müsse, wenn jeder zu seinem Teil am Erfolg mitwirken will, und ohne daß also nachgekartet wird. Herr Vorsitzender, ich möchte doch auch einige Bemerkungen machen zu den Ausführungen, die heute denen von Freund Kraske vorausgegangen sind, weil sie ja damit zusammengehören und die Diskussion darüber ja auch zusammengebunden werden sollte.

Zunächst möchte ich auch von meiner Seite bestärken, was der Vorsitzende gesagt hat, daß also das Verfahren, wie es hier geübt worden ist von einer Gruppe der Finanzsachverständigen, so nicht fortgesetzt werden kann. Es ist nicht das erste Beispiel, aber es sollte doch das letzte sein – ich habe mir das eigens für den Vorstand mitgebracht –, daß wir hier wieder beinahe durch öffentliche Erklärungen der Experten festgelegt werden, sogar auf bestimmte Steuerarten und Steuersätze, ohne daß wir ein einziges Mal darüber in diesem Kreise diskutiert hätten. Hier wollte ich den Vorsitzenden nur unterstützen, und dann aber auf eine zweite Sorge zu sprechen kommen, die er selbst angedeutet hat. Diese Sorge, meine Freunde, betrifft heute stärker als früher die Frage des Verhältnisses zur CSU. Mir fällt wiederholt auf, daß wir gar keinen Abgesandten mehr der CSU in unserer Vorstandssitzung haben. Liegt dem etwas zugrunde? Ist darüber gesprochen worden? Aber wer die letzte Fraktionssitzung mitgemacht hat, muß doch auch fühlen, daß sich da nicht etwas geglättet hat, sondern daß da sich etwas neu spannt und daß da wirkliche Gefahren für unsere Zusammenarbeit schlummern.

Ich glaube, das sollte hier im Vorstand auch erörtert werden, und damit muß ich nun doch auch ein Wort der Kritik an dem Vorsitzenden verbinden. Auf der letzten Bundesparteiausschußsitzung²⁶ war eine solche Entwicklung fast vorhersehbar. Sie hat mich veranlaßt, dagegen zu sprechen, daß der Bundesparteiausschuß einen Beschluß faßt zur Verfassungsgerichtsklage, ohne daß die CSU im Augenblick der Entscheidung beteiligt war und wir sie vor vollendete Tatsachen insoweit stellen könnten. Die Quidung kam sehr schnell, daß dann also ein entgegengesetzter Beschluß gefaßt worden ist. Ich will nicht recht einsehen, daß das ausschließlich in den tieferen sachlichen Überzeugungen begründet ist, sondern daß hier gewisse Prestige-Gesichtspunkte eine Rolle gespielt haben. Nun bin ich wirklich der Meinung, der Vorsitzende hätte auf

26 Vgl. Anm. 4.

der Parteiausschußsitzung meinem Vorschlag folgen oder ihn unterstützen können, nach der Diskussion, die dort stattgefunden hat, einen förmlichen Beschluß zu verhindern. Ich habe in aller Vorsicht angedeutet, das stand nicht auf der Tagesordnung, wir können also nicht beschließen. Aber wenn das nicht genüge, fuhr ich fort, würde ich mich vielleicht auf etwas anderes berufen, daß wir nicht hinreichend vertreten seien auf dem Bundesparteiausschuß. Darauf kam die Antwort: „Wir sind beschlußfähig“. Womit ich der Zahl nach widerlegt zu sein schien, und ich wollte da ja auch nicht insistieren. Meine Freunde, es muß auch das gegenseitige Vertrauen beeinträchtigen, wenn hier gehandelt worden ist gegen die klaren Vorschriften unserer Satzung. Freund Kraske, das schließt Sie ein. Der Bundesparteiausschuß hat Entscheidungen zu treffen nach gehöriger Einladung von einer Woche unter Nennung der Tagesordnungspunkte auf der Tagesordnung. Er ist nur beschlußfähig, wenn wenigstens die Hälfte der Vertreter anwesend ist. Ich habe mir inzwischen sagen lassen, wir seien 128 Mitglieder. Ganz genau habe ich es von Herrn Kraske noch nicht erfahren können. Und bei der ersten Abstimmung 40:10 mußte festgestellt werden, daß wir gar nicht beschlußfähig sind. Ich habe das nicht im Bundesparteiausschuß aufgeworfen noch einmal, weil mir klar ist, welche zerstörerische Wirkung von solchen Auseinandersetzungen ausgehen kann. Aber wenn man sich nun immer beruft darauf, der Parteiausschuß hat beschlossen, dann muß ich hier sagen, dieser Beschluß ist nicht ordnungsgemäß zustande gekommen, er ist sogar nichtig. Wir sollten uns darauf also nicht mehr berufen.

Und ein letztes Wort in diesem Zusammenhang: Es kommt immer wieder zu einer Debatte über das Trauma, die Wunde des 17. Mai. Ich habe mich nach Möglichkeit mit Ausnahme dieser einen Feststellung in einem Satz auch schon in der letzten Vorstandssitzung an dieser Diskussion nicht beteiligt, weil sie uns nicht helfen kann. Weil sie uns zwar im Hintergrundbewußtsein doch auch Lehren erteilt, wie wir in Zukunft uns zu verhalten haben, obwohl wir aus dem einen oder anderen Dilemma, das vor uns steht, überhaupt nicht herauskommen mit Verfassungsgericht und UNO und ähnlichem, was wir jetzt zu entscheiden haben und wo wir durch müssen und wo wir uns mit jeder Entscheidung irgendeiner Kritik in der Partei oder von draußen aussetzen. Das können wir nicht verhindern. Aber wenn hier der Vorschlag gemacht worden ist, man sollte mal eine Dokumentation machen zur Befriedung der Atmosphäre gewissermaßen, dann habe ich gar nichts dagegen, aber ich verspreche mir auch nicht sehr viel Nützlichkeit für den innerparteilichen Frieden. Herr Vorsitzender, wenn das also nicht immer wieder zum Gegenstand der inneren Diskussion werden soll – und der Vorsitzende hat dem offenbar bedeutend mehr Wichtigkeit heute zugemessen, als ich das sonst tun würde –, dann darf die Meinungsbildung über die Vergangenheit nicht nur einseitig betrieben werden. Freund Gradl wird es mir nachsehen, ich habe ihn das letzte Mal schon darauf angesprochen. Er hat hier in der letzten Sitzung gesagt, es war doch klar, daß mit der Unterzeichnung der Berlin-Vereinbarung – und er sprach als einer, wie er sagte, der eng mit den Vorgängen vertraut war – die Frage des Moskauer Vertrages sich anders entwickeln würde, die Unterzeichnung des Berlin-Abkommens war am 3. September 1971, die andere Entscheidung im Mai 1972. Wenn das so zutrifft, daß die Kundigen gewissermaßen schon Monate vorher in einer anderen Richtung

gedacht haben, als wir sonst miteinander diskutiert haben, ist das auch etwas, was, wenn man es dokumentieren wollte, erneut Diskussionen hervorruft. Ich will es nicht. Aber ich möchte umgekehrt auch nicht, daß gewissermaßen nur in einer Richtung geprügelt wird. Ich darf das, glaube ich, sagen, weil ich immerhin auch sachliche wie persönliche Veranlassung hätte, die Entscheidung am Ende zu kritisieren. Ich fühle aber mittlerweile, daß man da auch noch in eine Ecke gedrängt wird, in die ich nicht gestellt werden möchte.

Barzel: Darf ich zu den zwei Fragen eben etwas sagen, Freund Amrehn? Was die Beschlußfähigkeit betrifft, so bin ich, glaube ich, 15 Jahre Mitglied des Bundesparteiausschusses. Als ich noch etwas jünger und stürmischer und drangvoller war, hatte ich auch manchmal das Bedürfnis, am Schluß zu sagen, wer sind wir eigentlich, können wir noch was machen? Ich bin dann belehrt worden von dem damaligen Vorsitzenden: „Also lieber Freund, tu das bitte nicht, denk mal an die Schlagzeilen, die das gibt.“ Seither habe ich mir abgewöhnt, im Bundesparteiausschuß oder auch im Bundespartei Vorstand am Schluß der Sitzung über Beschlußfähigkeitsfragen nachzudenken, und finde es sehr klug, wenn das keiner tut, denn wo kommen wir dann hin? Und was die Fraktion betrifft, haben wir wegen dieser Erfahrungen vor langer Zeit einen Beschluß in der Satzung, daß wir immer beschlußfähig sind, weil das hilfreich ist. Was nun den Beschluß des Bundesparteiausschusses zur Sache und zum Verfahren betrifft, hat es keinen Zweck, dies erneut zu diskutieren. Wir haben im Bundesparteiausschuß einen ganz klaren Antrag gehabt, man wolle jetzt entscheiden. Da ist für und gegen gesprochen worden mit unterschiedlichen Argumenten. Der Bundesparteiausschuß wollte souverän sein, er wollte entscheiden, und der erste Beschluß hieß: Wir wollen heute eine Empfehlung beschließen. So war dies, und ich glaube, man soll also gerade wenn man Parteireformen – das ist ja eine ewige Aufgabe – will, dann muß man eben Parteigremien auch in ihren Souveränitätsentscheidungen ernst nehmen. Ich habe ja gewußt, was das bedeutet mit dem Blick auf die Fraktion. Wir haben ja den ersten Stoß auch dann gleich am Abend erlebt. Das gehört dazu. Ich glaube, es hat also keinen Zweck, in diesen beiden Fragen noch einmal die vergangene Woche zu diskutieren. Herr Kraske ist in der Frage der Beschlußfähigkeit auch noch angesprochen.

Kraske: Lieber Freund Amrehn! Meine Mitarbeiter haben während Ihres oder während des Jäger'schen²⁷ Diskussionsbeitrages erneut die stimmberechtigten Mitglieder gezählt und sind auf ein Ergebnis gekommen, das zwei über dem Quorum lag, bei 66. Sie haben dies dem Vorsitzenden gesagt und unter dieser Mitteilung stand seine Erklärung: Wir sind beschlußfähig. Meine Mitarbeiter sagen mir, daß bei der ersten Abstimmung sich mindestens drei Anwesende nicht an der Abstimmung beteiligt haben, die im Saal waren.

27 Claus Jäger (geb. 1931), Jurist; 1952 RCDS, 1953 CDU, 1969–1972 Leiter des Finanzamtes Wangen, 1972–1987 und 1988–1994 MdB, 1981–1987 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. – Jäger hatte im Bundesausschuß am 12. Februar 1973 aufgrund der schwachen Besetzung den Antrag auf Nichtbefassung der Frage gestellt, das Bundesverfassungsgericht anzurufen.

Zweiter Punkt: Dieser Beschluß ist in jedem Fall, wenn wir schon über Satzungen und über Formalien sprechen, formell rechtskräftig, denn im Unterschied zur Fraktion kann zwar im Bundesausschuß die Beschlußfähigkeit angezweifelt werden, aber sie muß ausdrücklich angezweifelt werden, und es hat lediglich zwei Wortmeldungen gegeben, nämlich von Ihnen und von Herrn Jäger, in denen ausdrücklich gesagt wurde – ich habe mir das Stenogramm noch einmal vorlegen lassen –, man wolle ja nicht die Beschlußfähigkeit anzweifeln. Unter diesen Umständen kann ich nur sagen, war nicht anders zu verfahren im formellen Sinne. Und, lieber Freund Amrehn, im politischen Sinne will ich Ihnen nun mal sagen, der Bundesausschuß hat in unserer Partei, wie Sie wissen, seit zehn Jahren, seit 15 Jahren, ohnehin schon eine schwierige Position und ist in seinem Selbstbewußtsein als Gremium, sagen wir mal, also sehr unterentwickelt.

Wenn Sie diesem Gremium, was aber gleichzeitig nach dem Statut auch noch das zweithöchste nach dem Parteitag ist, in einer Frage, die nun wirklich für die Öffentlichkeit eine große Bedeutung hat, dann auch noch sagen, du darfst nicht beschließen oder du sollst nicht beschließen, und das bei einem Vorstand, der selber nur noch zu etwa einem Viertel vertreten ist, damit begründen, wäre in meinen Augen der Schaden für die Partei größer als die Folge.

Amrehn: Aber es ist alles falsch, was Sie sagen. Ich möchte mich auf den Satz beschränken, bin im übrigen bereit, das zu erläutern und zu sagen, warum das so einfach gar nicht gehen kann. Darf ich in wenigen Sätzen?

Barzel: Ich würde sagen, es ist alles richtig, ich habe die Mehrheit dort auch zu vertreten und zu verteidigen.

Amrehn: Nein, der Vorsitzende hat bei Zettelwahl die Beschlußfähigkeit festzustellen, die ergab sich augenfällig. Dann hat er die Sitzung aufzuheben. Das habe ich vermeiden wollen. Aber man muß sich fragen, welchen Sinn Statuten überhaupt haben, wenn wir unsere eigenen Rechtsvorschriften nicht achten. Aber damit wollte ich das abgeschlossen haben von meiner Seite, ich möchte das nur nicht künftig weiter so hinnehmen.

Kiesinger: Herr Amrehn, ich möchte es auch nicht, aber ich kann Ihnen nur folgendes sagen: In den meisten Fällen habe ich selber feststellen müssen, daß der Parteiausschuß regelmäßig beschlußunfähig war, weil zu wenige Mitglieder anwesend waren. Das ist ein Problem gewesen, das haben wir seit vielen Jahren mit uns geschleppt. Ich will es nur erwähnen. Ich will daran erinnern. Es liegt – Sie wissen es doch – in der Institution. Deswegen würde ich vorschlagen – mit Ihnen bin ich der Meinung – man soll versuchen, das in Zukunft exakt zu machen, wenn es irgend geht. Aber ansonsten finde ich, hat das, was wir jetzt diskutieren, wenig Sinn. Wir verlieren unsere Zeit und sollten uns nicht weiter damit plagen. (*Unruhe.*)

Von Weizsäcker: Herr Vorsitzender, Herr Amrehn! Darf ich auch noch eine Bemerkung dazu machen? Ich glaube nicht, daß das Problem der Beschlußfähigkeit uns weiterhilft, und zwar weder in bezug auf die Vergangenheit noch in bezug auf die Zukunft. Aber das dahinterstehende sachliche Problem habe ich sehr ähnlich wie Sie beurteilt, Herr Vorsitzender, natürlich sollen wir hier nicht rumrühren in Sachen, die geschehen sind. Aber auf der anderen Seite ist doch ein Bundesvorstand auch dazu da, eine kriti-

sche Überlegung anzustellen in bezug auf die Art und Weise, wie Bundesvorstand und Bundesausschuß ihren eigentlichen Zielen gerecht werden können und sollen. Gerade weil ich mit großer Entschiedenheit, wie Sie wissen, Herr Amrehn, gegen Karlsruhe votiert habe, gerade deshalb habe ich auch – und das habe ich ja auch geäußert im Bundesparteiausschuß – vor der Beschlußfassung Sorge gehabt. Nun gut, das ist so gelaufen, denn es war ja ein wirklicher Konflikt, der vor uns lag und den ja keiner einfach mit seinem Standpunkt, den er dann nun hat, lösen kann, denn auf der einen Seite ist es eben praktisch nicht möglich und politisch auch nicht ratsam, einen Bundesausschuß an der Wahrnehmung seiner Rechte zu hindern. Auf der anderen Seite war die psychologische Rückwirkung jedenfalls bis zu einem gewissen Grade vorherzusehen und daher, also von meinem persönlichen politischen Blickpunkt aus, eine Gefahr. Nun, das ist so gelaufen, und ich glaube, wir können trotzdem mit dem, wie es dann schließlich gelaufen ist, auch ganz gut leben.

Herr Vorsitzender, darf ich zu den zehn Punkten noch eine Anmerkung machen? Ich möchte gar nicht eine kritische Bemerkung zu diesem Schema hier machen, was hier uns vorliegt. Da kann man das eine oder andere vielleicht noch daran ergänzen, aber so, wie die zehn Punkte hier verstanden sind als solche, für die die Federführung aufgeteilt und für die die Fristen und das Beschlußgremium ins Auge zu fassen sind, finde ich das eine gute und notwendige Arbeit. Die Schwierigkeit wird möglicherweise gar nicht hier im Bundesvorstand, sondern in der Fraktion dadurch auftreten, daß Herr Seiters wahrscheinlich ganz zu Recht hier zehn Punkte genannt und dann weitere Themen angefügt hat, aber wenn sich daraus so eine Art von Prioritätenbeschluß über Schwerpunkte einerseits und weitere Themen andererseits ergeben sollte, dann allerdings würde ich Bedenken haben. Herr Dregger hat zwei angemeldet. Ich würde das nicht unter das Thema Sicherheit bringen. Aber was er damit meint, finde ich in der Tat einen wichtigen Punkt. Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich von meinem Blickfeld daher, daß unter den sogenannten weiteren Themen nach meinem Verständnis eine ganze Reihe von Themen sind, die überhaupt nur verständlich werden im Zusammenhang mit denen, die unter den sogenannten innenpolitischen Schwerpunkten vorweggenommen sind. Also Freizeit und humane Arbeitswelt. Humane Arbeitswelt, das kann man gar nicht ohne Zusammenhang zum Mitbestimmungsthema sehen. Freizeit kann man nach meinem Verständnis gar nicht ohne Zusammenhang zum Thema Soziale Dienste sehen. Ähnliches gilt für Altenhilfe. Dann, Kommunalpolitik hat natürlich mit Bodenrecht unmittelbar etwas zu tun, das ist ja jedem von uns bewußt. Ich meine, daß das wohl nicht jetzt auszudiskutieren ist. Wir sollten, wenn wir etwas über dieses Papier beschließen, damit nicht vorwegnehmen, daß wir die zunächst einmal zur Diskussion gestellte Aufzählung von Herrn Seiters davon befreien, daß das eine Art von Prioritätenkatalog nach Schwerpunkten einerseits und weiteren Themen andererseits wird. Das glaube ich, müssen wir, wenn etwas Derartiges gemeint wäre, dann doch noch einmal in der Fraktion oder im Fraktionsvorstand durchprüfen. Denn das finde ich noch nicht ganz homogen, und auch nach dem Prioritätengesichtspunkt noch nicht ganz befriedigend, z.B. auch das Thema Kommunikation mit dem geistigen Deutschland. Das ist in gewisser Weise ja ein ganz übergreifendes Thema, nicht ein

auf die Fraktion beschränktes Thema. Also das paßt in das Schema nicht so ganz rein, das wollte ich nur anmerken zu diesen zehn Punkten.

Barzel: Ich habe zu den zehn Punkten in der Öffentlichkeit gesagt, sie seien weder vollständig, noch das Ganze, noch geben sie unsere Prioritätenliste wieder. Es sei der Teil, den wir der Öffentlichkeit zu dem Zeitpunkt, wie wir dies getan haben, mitzuteilen wünschten. Genau dieser Vorbehalt ist gemacht. Anders kann es auch gar nicht sein. Aber jetzt wollen wir versuchen, hier an die Arbeit zu gehen. Bei den anderen Dingen werden wir – ich habe das ja gesagt – einzelne Kollegen bitten, mal ein Papier zu machen, um zu sehen, wie tasten wir uns ran, brauchen wir eine Arbeitsgruppe oder sonst etwas.

Von Weizsäcker: Dann darf ich nur zur Präzisierung sagen, die Entschlußfassung für dieses Papier darf noch nicht zu einer Präjudizierung dessen, was unter Ziffer II in dem Papier Seiters steht, führen.

Barzel: Dies habe ich versucht zu sagen.

Katzer: Ich, Herr Kollege Amrehn, habe bei der letzten Sitzung im Parteyausschuß dafür gestimmt, erstens, daß wir darüber abstimmen, und zweitens auch, daß wir nicht nach Karlsruhe gehen. Es kommt immer das Argument, Herr Kollege Dregger ist im Augenblick nicht da, das stand nicht auf der Tagesordnung. Sie haben es auch gesagt. Ich will jetzt mal vom Selbstverständnis der Partei sprechen. Die währungs- und finanzpolitischen Probleme, die vorhin angesprochen sind, stehen auch nicht auf der Tagesordnung. Die sind von der Regierungspartei gestern auf die Tagesordnung der Politik gesetzt worden. Wenn wir ein politisches Gremium werden wollen, dann werden wir uns doch mit der Lage auseinandersetzen müssen, wie sie uns gegeben ist, und wenn da was nicht auf der Tagesordnung steht, dann können wir zu Beginn von mir aus sagen: Wollen wir das auf die Tagesordnung setzen? Und wenn dann die Mehrheit der Meinung ist, das wollen wir tun, dann sollten wir das tun.

Zweiter Punkt: Ich glaube, wir können nicht Wochen und Monate lang jetzt darum ringen, das Selbstverständnis der Partei anzusprechen und dann erstaunt sein, daß die Partei tatsächlich in Funktion tritt. Was ist denn nun eigentlich dagegen einzuwenden, wenn der Parteyausschuß der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands – ich lasse jetzt mal die Vollzähligkeit und dies da noch weg – zu einer Sache sagt: Ich empfehle der Fraktion, dies so und so zu tun. Das entspricht meinem Selbstverständnis von der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, daß wir mit einer gemeinsamen Fraktion dies so tun. Ich sage ganz ehrlich, eine der für mich unverständlichsten Einlassungen des Kollegen Marx in der letzten Sitzung war, daß er sagte, er fürchtete, daß die Entscheidung in der Sache beeinträchtigt würde, wenn wir jetzt so votierten und daß manch einer in der Sache vielleicht anders entscheiden würde, wenn wir nicht votierten. Da hört es bei mir auf. Da fängt bei mir der Punkt an, wo ich sage, was ist eigentlich mit der Sachentscheidung einer Kommission zu halten, wenn sie andere als Sachgründe mit für ihre Entscheidung geltend macht? Das war für mich eine der trübsten Erfahrungen, die ich in diesem Punkte da gemacht habe.

Der dritte Punkt: Wir hier, dieser Teil ist doch nicht der, der mit der CSU Konfrontation sucht. Doch wahr ist – wenn wir die Wahlnacht mal ausnehmen, wo es ja noch

halbwegs ging – zwei Tage später fing es doch an, nicht von uns, sondern von der CSU-Seite. Ich habe heute im Präsidium²⁸ gesagt, ich wiederhole es hier: Ich glaube, wir werden über den 17. Mai keine Ruhe und keine Befriedigung finden, wenn wir nicht für jedermann sichtbar die Dinge noch mal säuberlich nach allen Seiten nachzeichnen. Da gibt es ja hochinteressante Telegramme von Leuten, die uns heute Vorwürfe machen, die uns aber damals beglückwünscht haben, daß wir diesen Weg gegangen sind. Da gibt es ja hochinteressante Dokumente von Leuten, die heute sich auf ein Pferd setzen, auf das sie überhaupt nicht gehören. (*Unruhe.*) Ich sehe so, wie es jetzt steht, kein Ende der Diskussion. Bei irgendeiner Geschichte kommt es dann wieder; ja, am 17. Mai, dies sitzt tief, und da müssen wir noch mal drüber reden.

Dann wollen wir diese Punktationen lieber von uns aus machen. Das braucht nicht an die große Glocke und an die Öffentlichkeit gehängt werden, nur damit jeder von uns sich vollkommen darüber im klaren ist, was ist hier vorgegangen, wie ist die Einlassung wirklich gewesen. Ich fürchte, Herr Parteivorsitzender – das habe ich im Präsidium gesagt, ich wiederhole es –, wir kriegen sonst in unserem eigenen Laden keine Ordnung.

Deshalb ist mir lieber, daß wir den Stier bei den Hörnern packen, die Sache sauber bei uns aufhängen und dann wirklich den Schlußstrich ziehen, den wir brauchen. Der erste – Herr Dregger ist leider nicht da – der erste Satz heißt, also ich bin das jetzt leid mit dieser Analyse, ich will jetzt eine Überschrift setzen: Die Opposition im Angriff. Und der nächste Satz heißt, ja, aber der 17. Mai, und dieser Vorgang da. Und da sind wir genau wieder in der Sache drin. Deshalb meine Meinung: Wenn das nicht anders ist, lassen wir bitte diesen Schlußstrich ziehen, in fairer Weise, mit einem Ausleuchten der Argumente, wie sie damals gewesen sind. Mit den Unterlagen, wie wir sie haben. Und dann kann jeder sehen, wie er sich darauf einläßt, und dann sollte wirklich Schluß gemacht werden.

Letzter Satz, Herr Kollege Amrehn und Herr Dregger, obwohl er nicht hier ist: Ich hatte immer die Sorge, und die hat sich heute bei mir verstärkt, daß diese Wahlniederlage bei uns erst ein großes Aufrühren bringt, daß man dann in der Aufrührstimmung zu ganz mutigen Schritten und Bewegungen kommt. Die drei Punkte, die wir erst genannt haben, und dann noch die zehn, Herr von Weizsäcker, das war ja kein Zufall, sondern das war ja mitgeprägt unter dem Eindruck der Wahlniederlage. Das war nicht endgültig, aber man sagte, hier wollen wir rangehen, um überhaupt auch mal ans sachliche Arbeiten heranzukommen. Jetzt habe ich eine große Sorge: Die Fraktion, die etabliert sich, der eine zieht wieder in sein Zimmerchen, und dann richtet man sich ein, und dann kommt alles das, was wir hier mit mühsamen Wahlanalysen gemacht haben, wieder weg, und dann wird gearbeitet wie zuvor. Vorgestern haben wir uns noch ganz kräftig eingelassen zum Wettbewerbsrecht. Ich bin mal neugierig, wie das aussehen wird, wenn wir zur Abstimmung kommen. Jetzt bei den Steuern geht alles schon wie gehabt wieder los. Wenn ich heute noch dazu komme, meinen Bericht zu geben, Herr Vorsitzender, würde ich nicht nur über die gewerkschaftlichen Dinge, sondern über

28 Protokoll in ACDP 07–001–1406.

die Gesellschaftspolitik gerne sprechen, weil ich nicht haben will, daß wir jetzt so tun, als wenn die Abteilung „Selbstbuße“ abgeschlossen ist. Die hängen wir jetzt in den Kleiderschrank, und jetzt kommt die Abteilung „Nach Vorne“. Nur nach vorne wird gar nicht gegangen, sondern es wird alles wieder – so wie gehabt – wieder aufgeführt. Das halte ich nicht für gut, und deshalb bin ich der Meinung, Freund Amrehn, über Ihre Ausführungen, die ich vom Ton immer gerne höre, muß man diskutieren. Das ist mir viel lieber als das, was draußen passiert. Das habe ich sehr gerne. Aber da bin ich der Meinung, da müssen wir wirklich klaren Tisch schaffen, und zu diesem klaren Tisch gehört dann in der Tat, daß wir diese Dokumentation, für die ich schon von Anfang an plädiert habe, vorlegen. Dann sollten wir mit der CSU ein Gespräch führen, wie wir das ja schon mehrfach gehabt haben.

Aber ich sage noch einmal, wer die Ausführungen von Herrn Kollegen Strauß in der Fraktion noch einmal in Ruhe auf sich wirken läßt, fragt sich nach dem Selbstverständnis der Christlich-Demokratischen Union. Meines wird dadurch etwas lädiert werden. Das bin ich doch mir selbst und unserer Partei schuldig, daß man sich so nicht in eine Ecke stellen läßt. Ich habe das an dem Abend bewußt nicht getan, obwohl es mir schwer war, gerade, nachdem Blüm in dieser nicht gerade vornehmen Weise angegriffen wurde. Wir haben uns besprochen und haben gesagt, wir tun das jetzt nicht, denn was dann raus kommt, wissen wir ja überhaupt nicht mehr, wenn jetzt diese Holzerei in den ganzen Zeitungen steht. Aber leicht ist mir das nicht gefallen, und ich weiß heute noch nicht, warum es klug war, ob es nicht besser ist, wenn schon eine Wunde da ist, daß man die säubert, als daß man das schwelend hinzieht. Denn bei der nächsten Gelegenheit – wenn einem was nicht paßt, was aus einer ganz anderen Ecke kommt, – kommt der 17. Mai wieder hoch, und dann sagt man, das haben wir ja noch nicht vergessen. Deshalb bin ich dafür, wir wollen es aufarbeiten, wir wollen dieses Stück wirklich, sachlich, mit allen Positionsstellungen darstellen, und dann wird manch einer, der jetzt sehr laut da redet, etwas zurückhaltender in der Diskussion sein.

Köppler: Ich hätte zunächst eine Bitte an Freund Amrehn bei allem Verständnis. Ich habe das Verständnis für das, was er hier zum Bundesausschuß gesagt hat, aber ich glaube, das führt uns nicht weiter, wenn wir hier mit der Feststellung noch operieren, daß dieser Beschluß richtig ist. Das Problem der Beschlußfähigkeit, das ist wiederholt gesagt worden, ist ein altes, so lange es den Bundesausschuß gibt. Ich glaube, wir sollten jetzt auch diesen Beschluß des Bundesausschusses nicht erneut in die innerpolitische und die innerparteiliche Diskussion tragen. Diese Bitte hätte ich bei allem Verständnis dafür, daß hier im Bundesausschuß dazu auch noch einmal eine Art Manöverkritik stattfindet.

Ich möchte aber zu den zehn Punkten noch eine Anmerkung machen, den zehn Arbeitsthemen, die hier gestellt sind. Ich verstehe sie auch so, daß das einmal ein pragmatischer Anfang ist, nicht etwa ein komplexer Plan für die Arbeit der Partei. Insofern vermissem ich auch in diesen zehn Arbeitsbereichen nicht etwa das Thema Innere Sicherheit oder das Thema Angriff auf den politischen Gegner. Das zweite ist eine Selbstverständlichkeit, die wir vielleicht ein bißchen mehr jetzt draußen auch in den Reden, in den Versammlungen beherzigen sollten, statt uns immer nur mit uns selber

zu beschäftigen. Aber das ist kein Arbeitsthema für die Partei, das hier thematisch aufzuarbeiten wäre. Das gilt auch in der Frage der inneren Sicherheit. Ich wäre dankbar, wenn dazu irgendwem etwas Neues einfiel. Ich stoße immer wieder, wenn es zum Thema Innere Sicherheit geredet wird, an die Grenzen dessen, was unser Freund Schwarz als Vorsitzender der Innenministerkonferenz hier unter dem jubelnden Beifall der Sozialdemokraten zu Papier bringt, und das ist eigentlich optimal, was hier an Programm der inneren Sicherheit sachgerecht vorgelegt wird. Hier sollten wir ein bißchen vorsichtig sein, wenn wir hier glauben, wir könnten sachlich sehr viel Neues über das hinaus sagen, was an Kooperation auf der Länderebene mit dem Herrn Genscher und mit dem Bundesinnenministerium entwickelt wird.

Ich möchte aber noch mal meine Bedenken anmelden zu der Federführungs- und Verabschiedungsproblematik des Themas Berufliche Bildung. Wenn hier einfach steht, Herr Kollege Seiters, daß das in der Fraktion, oder möglicherweise, wie Herr Kraske sagte, durch einen Vorsitzenden, der persönlich dazu neigt, Verbindungen mit den Ländern zu halten, verabschiedet werden soll, dann geht die Sache schief. Das sage ich Ihnen mit tödlicher Sicherheit voraus. Zwar ist unser Bundeskulturausschuß nicht richtig zusammengesetzt, um genau dieses Thema der beruflichen Bildung auf die Hörner zu nehmen. Aber wir kommen wahrscheinlich nicht daran vorbei, hier eine speziell auf diese Thematik zugeschnittene Kommission zwischen der Bundestagsfraktion, zwischen den Landesparteien und den Regierungen bzw. Oppositionsfraktionen zu finden, sonst geht das thematisch für den Bundesparteitag schief. Bei allem Verständnis dafür, daß die Fraktion, die ja auch schon einiges Gute und Beherzigenswerte gesagt hat. Aber machen wir uns doch nichts vor, der eigentliche Schwerpunkt des Nachholbedarfs in der beruflichen Bildung liegt zur Zeit – bei aller Problematik auch im praktischen Bereich der Berufsbildung – im schulischen Bereich. Und hier ist nun mal Länderzuständigkeit gegeben, trotz Herrn von Dohnanyi. Und wenn wir hier mit den Ländern und dem, was in den Landtagsfraktionen, in unseren Landesregierungen zu diesen Dingen alles ins Laufen gebracht worden ist, nicht engste Verbindung halten, wird die Sache wahrscheinlich zu mehr Zerreißproben als zu einem guten Ende führen.

Zu dem anderen Punkt, praktisch Punkt 2 von Herrn Kraske, nur eine ganz konkrete Anmerkung. Das ist alles schön und gut, daß wir hier wieder groß organisieren, wie die Parteiprominenz übers Land verschickt wird. Aber wenn mir meine ostwestfälischen Freunde sagen, daß abgesehen von Herrn von Hassel und Frau Dr. Wex sämtliche Mitglieder dieses Bundesvorstandes die Bitte, im Kommunalwahlkampf in Ostwestfalen einzusteigen, abschlägig beschieden haben, dann nützen mir ... (*Zwischenruf*: Es ist keine Aufforderung gekommen bisher.) Aber die, die aufgefordert worden sind, haben abgesagt, so ist es mir gesagt worden. Unter diesem Gesichtspunkt, meine ich, sollten wir auch die Prioritäten richtig setzen. (*Zwischenruf*: Also, das würde ich trotzdem noch mal zu überprüfen bitten.)

Barzel: Wir haben vor 14 Tagen, in diesem Falle sogar auch noch durch einen Brief, gefragt, tun wir genügend? Was können wir noch tun?

Köppler: Herr Vorsitzender, das haben Sie getan, sogar einen Brief dazu geschrieben, aber Ihr Büro hat inzwischen erklärt, alles besetzt.

Barzel: Nein. Ich habe hier doch einen ganzen Haufen Termine dort. Lassen Sie sich das von Herrn Pürsten²⁹ sagen. (*Unruhe.*)

Kraske: Herr Köppler, ich sehe also nicht das Heil der Welt in einem Hyperzentralismus, aber wenn der Landesverband bilateral jeden Einzelnen anschreibt und Körbe bekommt, ist es natürlich für die Bundespartei völlig unkontrollierbar. Wenn wir einen solchen Beschluß haben, müssen solche Dinge – genauso wie der 8. April in Baden-Württemberg – selbstverständlich hier schwerpunktmäßig miteinbezogen werden. Aber dann gehört dazu, daß wir Kontakt aufnehmen und die Absagen auf Ihre Verpflichtung hin prüfen. Ich gebe mich nicht der Illusion hin, daß wir am Ende wirklich 30 mal 25 Termine nachweisen können, aber wir sollten mindestens so viele zentral vermittelte Termine erreichen, wie uns das bei Bundesrednereinsätzen in Wahlkämpfen gelungen ist, und das wäre für die laufende Arbeit schon ein Vielfaches von dem, was sich hier bisher in früheren Jahren getan hat. Das ist der Punkt.

Lorenz: Zunächst eine Bemerkung: Der Herr Vorsitzende hat vorhin darauf hingewiesen, daß er es aufgegeben habe, Beschlußfähigkeiten nachzuprüfen, sowohl im Bundesausschuß als auch im Bundesvorstand. Dazu möchte ich folgendes sagen: Ich wäre außerordentlich dankbar, wenn es möglich wäre, die Termine für den Bundesvorstand, was den zeitlichen Beginn betrifft, so zu legen, daß man einen Tag vor sich hat und ihn einhält. Ich weiß, daß das dieses Mal nicht ging. Ich bitte mich zu entschuldigen, natürlich wird es einige von uns geben, zu denen auch ich gehöre, die sich also nur, nachdem es ursprünglich um 10.00 Uhr anfangen sollte, terminlich für morgen früh festgelegt haben. Ich muß also heute abend weg. Ich bitte, in Zukunft möglichst darauf Rücksicht zu nehmen.

Zweitens: CSU. Vorhin sind so ein paar Andeutungen gemacht worden, daß im Präsidium über Schwierigkeiten gesprochen worden sei, die sich unter anderem wohl auch auf das Verhältnis zwischen CDU und CSU beziehen. Ich kenne nicht alle Fakten, aber ich weiß – ich sage das jetzt hier mal ganz offen –, daß mich bei der Fraktions-sitzung in Berlin z. B. der Richard Stücklen mit etwas merkwürdigen Äußerungen angesprochen hat, man müsse also rechts von der CDU eine neue Partei gründen. Und auf meine Frage – das hat ja inzwischen auch ein bißchen in der Öffentlichkeit nachgewirkt –, ob er denn damit meine, daß die CSU sich separieren solle und so eine Art Rechtspartei im Bundesmaßstab werden solle, sagte er, nein, das sei nicht gemeint, sondern man müsse gemeinsam bemüht sein, eine andere ins Leben zu rufen. Da muß ich ganz ehrlich sagen, das halte ich so ungefähr für das Letzte, was ich mir als Politiker in Deutschland vorgestellt habe, daß ich dazu mithelfe, eine Konkurrenzpartei hochzuzüchten. Wir haben dann keine Gelegenheit gehabt, uns darüber mehr auszusprechen, nur ist das natürlich nach meiner Auffassung hoch gefährlich für unsere gemeinsame politische Arbeit. Ich will nur sagen, ich hoffe, daß der Herr Vorsitzende – und alle sonst sich angesprochen Fühlenden oder Zuständigseienden – darauf achtet

29 Albert Pürsten (1923–1980), Lehrer; 1952 CDU, 1953–1958 Kreissprecher der JU Lübbecke, 1957–1962 Bezirkssprecher und 1958–1962 2. Landesvorsitzender der JU Westfalen-Lippe, 1958–1980 MdL Nordrhein-Westfalen.

und in den bevorstehenden Gesprächen mit der CSU auch diesen Punkt möglichst klärt und zur Sprache bringt und, falls Gefahr im Verzuge ist, den Bundesvorstand der CDU rechtzeitig unterrichtet.

Nun zu den zehn Punkten. Ich möchte mich ganz kurz fassen. Ich bin der Auffassung, daß man zunächst mal so anfangen sollte, wobei ich großen Wert darauf legen würde, daß bei der Bearbeitung solcher brisanten Themen wie beispielsweise Bodenrecht, Mitbestimmung usw., man sich nicht nur des Rates unserer bewährten Parteifreunde bedient, sondern auch womöglich alles ausschöpft, was an Sachkenntnis, Intelligenz und Rat in Deutschland sonst zu bekommen ist, um nach Möglichkeit auch – ohne großen Wert darauf zu legen, daß die Leute nun irgendwelche Ämter haben müssen oder sonstige ersessene Kompetenzen –, dann auch wirklich der Partei dazu etwas vorzulegen, was in die Zukunft weist und was nach allen möglichen Richtungen hin durchdacht, überlegt und abgesprochen ist.

Ich weiß jetzt nicht, Herr Vorsitzender, ob ich auch noch zu dem was sagen kann, was der Herr Generalsekretär sonst gesagt hat, aber ich nehme an, die Aussprache geht nicht nur über die zehn Punkte. Dann möchte ich zwei Dinge erwähnen und möchte da um Initiative bitten. Es ist sehr richtig gesagt worden, daß in einer Parteilbasis soziales Engagement notwendig sei. Ich kann das aus meiner Erfahrung nur außerordentlich unterstützen. Ich habe immer wieder festgestellt, daß die Bevölkerung uns in dem Maße unser politisches Engagement und unsere politischen Aussagen glaubt, in dem wir gleichzeitig durch persönliche praktische soziale Tat beweisen, daß wir uns ihrer alltäglichen Sorgen annehmen. Es ist also völlig illusionär anzunehmen, eine Partei hat das nicht zu tun. Diese Zeiten sind längst vorbei, falls sie jemals bestanden haben. Ich möchte ein Beispiel sagen. Wir haben einmal in Berlin großes Aufsehen damit erregt, als folgende Situation bestand. Es war plötzlich ein großer Kälteeinbruch im Winter, und zwar so frühzeitig, daß keiner daran gedacht hat, daß rechtzeitig Kohlen in die Wohnungen kommen müßten. Wir haben ja noch sehr viele Wohnungen mit Ofenheizung in Berlin. Die Kohlenhändler sahen sich aber außerstande, jetzt plötzlich in die vielen Rentnerwohnungen Kohlen hinzutransportieren, weil sie einfach keine Arbeitskräfte hatten. Da hat die CDU erklärt, wir machen das, und hat einen Kohlendienst für Rentner und alleinstehende alte Leute organisiert. Das hat so eingeschlagen, daß die SPD sofort, also binnen weniger Tage, nachziehen mußte, und hat lange durchgewirkt, weil viele gesagt haben, Donnerwetter, die Leute nehmen sich ja der praktischen täglichen Sorgen der Bürger an. Und immer dann, wenn wir dann gekommen sind – im übrigen meinen wir politisch das und das – waren die Leute geneigter, uns das auch abzunehmen, weil sie sagten: „Na wenn Ihr Euch so einsetzt, werdet Ihr Euch da vielleicht auch Gedanken gemacht haben.“ Wir haben das dann noch in einzelnen anderen Fällen gemacht. Immer noch zu wenig.

Aber ich möchte nun aus diesem Komplex eine Bitte anfügen. Wir haben fast seit Bestehen der CDU seit 1945, 1946 einen karitativen Verband, das Unionhilfswerk. Wir haben seinerzeit versucht, das auch über Berlin hinaus zu organisieren. Das ist uns nicht gelungen. Unter anderem deshalb – ich will gar nicht die Berechtigung solcher Einwände, mindestens für die damalige Zeit, nachprüfen –, weil uns gesagt wurde, das

geht nicht, wir machen damit Caritasverband und Innerer Mission Konkurrenz, und da arbeiten viele Leute von uns mit. Aber die Situation ist ja jetzt nach 25 Jahren doch durchaus noch mal überprüfbar, liebe Freunde. Unser Verhältnis zu den Kirchen ist ein anderes geworden. Und selbst solche Konkurrenzüberlegungen spielen möglicherweise heute in vielen Bereichen unseres Landes lange nicht mehr die Rolle, die sie noch vor 20 oder 25 Jahren gespielt haben. Auf der anderen Seite, dieses Unionhilfswerk ist in Berlin Mitglied des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, gelangt also auch in den Genuß öffentlicher Förderung und hat dadurch die Möglichkeit, einen nicht kleinen Prozentsatz von alten und bedürftigen Leuten zu erfassen und zu betreuen. Und wenn der Generalsekretär früher mal gefragt hat, wie es eigentlich möglich ist, daß in Berlin, immer noch viel zu wenig, aber prozentual mehr Mitglieder, wesentlich mehr Mitglieder der CDU angehören als beispielsweise in Hamburg und Bremen oder in anderen deutschen Großstädten, so möchte ich darauf hinweisen, daß vielleicht nicht zuletzt diese Tatsache dabei eine Rolle gespielt haben mag. Und dabei kommt außerdem noch dazu, daß man mehr Auswahl hat für Möglichkeiten für Leute, die in Sozialkommissionen arbeiten usw., und dann also die Möglichkeit hat, diesen Bevölkerungskreis besser zu bedienen. Ich will gar nicht sagen, daß das alles bei uns nun schon vorbildlich ist, ich will nur darauf hinweisen, daß es so was gibt, und bitte die CDU zu prüfen, ob nicht unter den heutigen Umständen das Ins-Leben-Rufen eines karitativen Verbandes, der der CDU nahesteht, eine zweckmäßige Form und vielleicht eine zeitgemäße Form auch der Parteiarbeit wäre.

Nächste Sache: Mitgliederarbeit. Sehr richtig hier angesprochen worden. Wir überlegen uns seit langem, wie wir folgendes Problem besser in den Griff bekommen können. Es gibt eben, besonders jetzt, nachdem wir einen Haufen Mitgliederzuwachs dankenswerterweise haben, auch noch lange nicht genug, aber eben doch ständig, eine Anzahl von Mitgliedern, die führende Funktionen in anderen Gesellschaftsbereichen bekleiden. Und die infolgedessen, erstens, weil sie zeitlich sehr beansprucht sind – und auch aus anderen Gründen – nicht geeignet sind, in Ortsverbänden oder auf der untersten Ebene Parteiarbeit zu leisten. Die aber andererseits mit der ihnen zur Verfügung stehenden Fachkenntnis und auch Zeit gerne der Partei helfen wollen, aus ihrer jeweiligen Situation herauszukommen und wieder die führende Kraft in Deutschland zu werden. Es hat sich gezeigt, daß unsere Organisation über Orts- und Kreisverbände nicht genügt, um eine vernünftige und sinnvolle Mitarbeit dieses Personenkreises für die Partei hervorzubringen. Wir haben schon im Lauf der Jahre ein paar Veranstaltungen überlegt, was man da machen kann, wir haben das aber niemals so richtig in den Griff bekommen. Auch hier würde es sich nach meiner Auffassung lohnen, mal Erfahrungen anderer Kreis- und Landesparteien zu vermitteln, die vielleicht besser dabei weggekommen sind, bessere Erfahrungen gemacht und bessere Erfolge erzielt haben, und auch mal diese Frage auf Bundesebene zu untersuchen und uns Vorschläge zu machen, wie man so was machen kann. Es gibt da eine Reihe von Problemen. Man kann es nicht nur mit Förderern machen; übrigens das ganze Problem derjenigen, die nun also Bekenntnisanzeigen für uns abgegeben haben, spielt ja dabei auch eine Rolle, wie man die nun auf die Dauer erfassen kann. Man darf auch nicht den Eindruck

erwecken, daß das nun Mitglieder etwa erster Güte sind und die armen, die da in den Ortsverbänden arbeiten, Mitglieder zweiter Güte, das geht auch nicht. Andererseits muß es auch so gemacht werden, daß man mal den einen oder anderen aus dem Kreise in irgendeine Funktion in einem Parlament hereinbringen kann, was wieder bedeutet, daß irgendeine Kommunikation mit den Orts- und Kreisparteien da sein muß, denn die stellen die ja nicht einfach aus dem Leeren auf, sondern die müssen die vorher kennen. Sie verstehen, ich habe das bloß angedeutet. Da gibt es noch mehr Probleme. Aber die Sache ist nach meiner Auffassung wichtig genug, um auch von einer Bundespartei untersucht und angefaßt zu werden, weil ich glaube, daß wir wesentlich effektiver werden können, wenn wir einen besonderen Kreis von Mitgliedern stärker für unsere Arbeit nutzbar machen.

Barzel: Ich will zu der ersten Frage ganz wenige Sätze sagen, weil ich sie nicht in meinem Bericht hatte. Neue Partei, Erklärung der CSU. Ich glaube, hier ist unsere Position so klar, daß ich das nicht erneut abzufragen und zu bestätigen brauche. Wir haben anlässlich des Bemühens, die Deutsche Union zu lancieren, die Frage oftmals erörtert und dann uns in dem Beschluß gefunden, wer im Gebiet der CDU kandidiert, kandidiert gegen uns. Das ist eine ganz klare Geschichte, die gilt für jeden anderen auch, wir können nicht eigene Kräfte verwenden, um andere zu pflanzen. Ich habe das auch zweimal in der letzten Woche im Fernsehen zurückgewiesen und glaubte mich dazu legitimiert, weil dies eine hier beschlossene grundsätzliche Linie ist.

Langguth: Ich will nur zwei Anmerkungen machen. Ich wußte nicht, daß Herr Dr. Dregger Marcuse³⁰ so gut gelesen hat, denn Marcuse sagt, in der Negation selbst steckt schon das Positive. Ich habe es vielleicht etwas übertrieben, dieses Marcuse-Zitat, wenn ich das direkt auf Herrn Dregger anwende. Ich sehe aber ganz ernsthafte Bedenken, wenn wir nur sagen, die CDU im Angriff auf den Gegner, daß wir dann nicht mehr in der Lage sind zu einer positiven Selbstdarstellung. (*Unruhe.*) Ich bin selbstverständlich für eine offensive Politik der CDU, bin aber der Auffassung, daß man diese offensive Politik nur dann machen kann, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt sind: a) im konkreten Sachproblem auch konkrete Sachaussagen. Und deswegen begrüße ich sehr, wenn es zur Bestimmung von Kongressen usw. kommt. Und b) – und da leite ich auf Punkt 2 über – mit den Fragen, wie kann man wiederum politisch inhaltlich, wie kann man in eine geistige Offensive kommen? Und hier, Herr Vorsitzender, habe ich an Sie die Frage, was Sie denn nun zu tun gedenken oder wie Sie vorschlagen, wie man mit dem Papier von Herrn Dr. Schwarz-Schilling und mir – Überlegungen zu einer langfristigen CDU-Politik – verfahren solle. Denn ich sehe nämlich, wenn ich ganz ernsthaft mir heute überlege, wie wir die Diskussion hier bereits wieder gemacht haben – abgesehen davon, daß sich auch hier die Reihen wieder zu lichten beginnen, was z. T. natürlich mit dem Todesfall zusammenhängt –, die große Gefahr, daß wir wieder sachhubern, um es

30 Dr. Herbert Marcuse (1898–1978), Philosoph; 1932/33 Mitarbeit im Institut für Sozialforschung Frankfurt/Main, 1934 Emigration in die USA, 1942–1951 Tätigkeit im Office for Strategic Services (OSS), 1954 Professor für Philosophie und Politologie Brandeis University, ab 1965 Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin.

so auszudrücken. (*Barzel*: Wie bitte?) Sachhubern, heißt das im studentischen Bereich, (*Köppler*: Hat aber mit Huber nichts zu tun? – *Heiterkeit*.) daß wir nicht in der Lage sind, hier als Bundesvorstand unserer langfristigen Aufgabe nachzukommen, nämlich langfristig bestimmte politische Akzente zu setzen. Da muß ich sagen, dieses Papier von Dr. Schwarz-Schilling und mir ist zumindest ein Versuch. Überhaupt habe ich die Frage, welche Funktion hat denn z. B. das Papier, das letztes Mal auch von Herrn Ministerpräsident Dr. Lemke vorgelegt wurde, und auch das andere zweite Papier von mir in Sachen CDU und Jungwähler? Ich möchte sagen – auch im Namen von Herrn Dr. Schwarz-Schilling –, daß wir unsererseits auf einer Behandlung dieses Papiers selbstverständlich bestehen, weil wir damit eine Initiative setzen wollen, wie man bestimmte Probleme angeht, die bisher übersehen wurden oder zumindest noch nicht die Gewichtung erhalten haben, wie wir sie für dringlich halten, weil hier der Bundesvorstand einen Beitrag zu einer längerfristigen Politik machen muß.

Barzel: Ich glaube, daß das zunächst im Bundesparteiausschuß, wo es ja hingehörte, noch eine Rolle spielen muß, daß ein Teil der jugendpolitischen Dinge entweder in die Grundsatzkommission oder in die Jugend-Kommission kommen muß. Das Papier Schwarz-Schilling und Langguth ist überhaupt noch nicht aufgearbeitet, und wenn ich mir den bescheidenen Hinweis erlauben darf, ein Großteil der theoretischen und allgemeinen und grundsätzlichen Ausführungen des Generalsekretärs und des Parteivorsitzenden sind auch noch nicht aufgearbeitet. Dies muß im Bundesparteiausschuß spätestens geschehen. Aber heute, so hatten wir uns verabredet, wollten wir diese Sachen auf den Weg geben, damit die praktische Parteiarbeit verzahnt mit der Fraktion laufen kann. Das war der Sinn der Sitzung heute. Für mich ist es aber nicht erledigt, sondern noch nicht fertig.

Kraske: Darf ich ein Wort hinzufügen, Herr Langguth. Es gab bei mir, wie Sie gehört haben, beide Stichworte. Nämlich erstens „Langfristige Planung“, zweitens „Jugendarbeit“. Über das Thema „Jugendarbeit“ hoffe ich in nächster Zeit mit Ihnen sprechen zu können. Daß dabei Ihr Papier eine Rolle spielt als Grundlage für die weitere Arbeit, ist völlig klar. Genauso wie aus dem anderen Papier wir das herausnehmen müssen, was an konkreten Hinweisen für die Organisation, die inhaltliche Bestimmung dieser langfristigen Arbeit notwendig und erforderlich ist. Diese Papiere sollen also wirklich in gar keiner Weise untergehen. Es ist nur schwierig, ein solches Papier nun in seinem ganzen Umfang formell zu verabschieden, was z. T. aus Analyse besteht, z. T. aus konkreten Arbeitsplanungen. Darüber muß man vielleicht noch mal jeweils sprechen, was dann in den Bundesausschuß auf dessen nächster Sitzung hereinkommen soll zur Verabschiedung.

Langguth: Ich bin nicht der Auffassung, daß man sagt, das ist zunächst Sache des Bundesausschusses. So wurde es, glaube ich, auch nicht direkt gesagt. Aber ich bin der Auffassung, daß wir hier im Bundesvorstand eine Vorklärung vornehmen sollten. Und daß wir dann – und das betrifft ja überhaupt wiederum die Frage des Rollenverständnisses dieses Gremiums – möglicherweise auch versuchen, sowohl im Bundesausschuß als auch auf dem nächsten Bundesparteitag hier zu einem möglichst – zumindest in bestimmten politischen Sachfragen – einheitlichen Auftreten zu kommen.

Und ich kann noch mal sagen, ich lege Wert darauf, daß wir nach Möglichkeit in diesem Bundesvorstand – und das ist ja zunächst auch als ein Papier für den Vorstand gedacht –, über diese Papiere sprechen. Wenn hier die Feststellung getroffen wurde, die CDU hat die geistige Führung verloren, dann kann man selbstverständlich darüber diskutieren, ob es sinnvoll ist, diesen Satz jetzt noch zu beschließen als Bundesvorstand. Ich bin der Auffassung, daß wir erst einmal über diese Papier diskutieren müssen, bevor Herr Dr. Schwarz-Schilling oder ich dann hier sagen, gut, wir sind eventuell bereit, da eine Formulierung möglicherweise so zu setzen, daß sie hier auch möglichst Zustimmung erhalten kann. Wir legen Wert darauf, daß eine bestimmte Priorität beim Parteivorstand liegt, bevor dann wieder eine beschlußunfähige Bundesausschußsitzung einberufen wird.

Barzel: Verzeihen Sie, es gab noch was anderes. Ich versuche unseren schönen Satz, „Nach den Wahlen bitte zahlen“ noch morgen in die „Bild-Zeitung“ zu bekommen.³¹

Müller-Hermann: Ich habe die Sorge, daß unser Verhältnis zur CSU in den vor uns liegenden Monaten noch eine Reihe von Belastungsproben erfahren wird. Und vielleicht hätten wir schon mal bei passender Gelegenheit in der Vergangenheit gut daran getan, in der Auseinandersetzung zwischen den beiden Parteien deutlich zu machen, daß wir uns nicht von der CSU majorisieren lassen, ebenso, wie wir ja ständig bemüht sind – ich glaube, das kann man uns da wirklich unterstellen –, immer wieder einen Konsensus mit der CSU herzustellen. Aber gerade einige Äußerungen von Herrn Strauß in den letzten Wochen lassen doch fast den Schluß zu, daß hier in einer mitunter fast provokatorischen Weise versucht wird, uns jetzt eine Auseinandersetzung aufzuzwingen. Gegen die müssen wir uns wappnen, und das können wir nur, Herr Kollege Amrehn, indem wir nun auch einmal versuchen, mit der Vergangenheit Schluß zu machen, und in größtmöglicher Solidarität nach vorne Politik zu machen, denn sonst werden wir gerade auch von der CSU auseinandermanövriert werden, und das würde ich also mit besonderem Bedenken beobachten. Aus diesem Grunde müssen wir verstehen, was Herr Dregger meines Erachtens meinte, daß wir bei der nötigen und unausweichlichen Selbstanalyse und bei der programmatischen Selbstausrichtung durch unsere Parteigremien nicht die politische Auseinandersetzung mit unserem Gegner vergessen. Das ist nämlich im Augenblick eine Gefahr, die auch an der Basis gesehen wird, daß wir soviel nur noch über uns selbst sprechen, daß wir die geistige Auseinandersetzung mit den Kräften, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen, nicht mehr wahrnehmen, aber die CSU das tut und uns damit wieder in eine falsche Ecke manövriert, als ob wir nicht in der Lage seien, diese geistige Auseinandersetzung zu bestreiten.

Die Frage der Kommissionen, Herr Vorsitzender, die muß noch einmal sorgfältig durchdacht werden. Das Thema Bodenrecht ist auch mir viel zu eng gefaßt. Und ich möchte einmal darauf hinweisen, was die meisten auch in diesem Kreise offenbar nicht

31 Nicht ermittelt. – Hintergrund war die geplante Erhöhung der Mineralölsteuer (vgl. ZDF-Sendung vom 22. Februar 1973 „Journalisten fragen – Politiker antworten“ BPA/Abt. Nachrichten Ref. II/4).

wissen, daß wir in der Frage des Bodenrechts in der Ausarbeitung unseres eigenen Standpunktes so weit sind, daß wir jederzeit ein ausgewogenes Programm vorlegen könnten. Das Thema ist meines Erachtens weitgehend vorgeklärt in den Kreisen der Fraktion, daß wir uns gar nicht so zu verstecken haben mit einer Meinungsäußerung, wie das mitunter als Eindruck erweckt wird. Bloß müssen wir sehen, daß das Thema Bodenrecht isoliert nicht ausreicht für eine Arbeitsgruppe, sondern daß das hineinreicht in die ganzen Fragen des Wohnungs- und Städtebaus, (*Barzel*: Ganz klar!) der Kommunalpolitik usw.

Den andern Punkt habe ich verschiedentlich angeschnitten. Ich muß das hier noch einmal aussprechen, Herr Vorsitzender. Es nützt nichts, wenn wir nachher zu einer Reihe von Sachthemen schöne Konzeptionen und Programme vorlegen und uns nachher die Frage stellen lassen müssen: „Wie wollt Ihr das alles finanzieren?“ Deswegen können wir dem Thema nicht ausweichen, wie wir uns den Umfang und die Ausgestaltung der öffentlichen Investitionen in der Zukunft vorstellen, welche Vorstellungen wir von einem ausgewogenen Wirtschaftswachstum in unserem Lande haben. Dieses Thema bitte ich also unter allen Umständen einer besonderen Arbeitsgruppe anzuvertrauen, weil wir sonst in Widerspruch geraten werden bei den schönen Erklärungen, die wir nachher als Konzeption für einzelne Sachgebiete anbieten. Dieses Thema, wie soll das im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Wachstums auch finanziell und wirtschaftlich dargestellt werden, ist ein so wichtiges Thema, daß wir unter keinen Umständen ihm ausweichen dürfen. (*Barzel*: Ich glaube, das letztere müssen wir aufnehmen.) Das muß alles unter Steuerpolitik betrachtet werden. Die Gestaltung unseres Steuersystems, aber nicht die Frage, was soll daraus aufgebracht werden.

Seiters: Ich würde mich zum Thema Bundesausschuß gar nicht mehr äußern, wenn ich nicht das Gefühl hätte, daß uns dieses Thema, Herr Amrehn, auch in den nächsten Wochen und Monaten noch beschäftigen wird, und zwar auch in den Gesprächen mit der CSU. Ich glaube nicht, daß dieser Eindruck trügt. Da muß man eben rechtzeitig wissen, wie es damals gelaufen ist in dieser Sitzung des Bundesausschusses.³² Ich war dagegen, daß der Antrag überhaupt gestellt wurde. Aber nachdem er im Raume stand und die Gruppe um Breidbach³³ nicht bereit war, diesen Antrag zurückzuziehen – und es sind doch entsprechende Vorschläge erfolgt und es ist doch mit Breidbach besprochen worden, es gab eine Gruppe in der Bundesausschußsitzung, die unbedingt eine Entscheidung der Partei wollte –, wäre es meines Erachtens falsch gewesen, wenn der Bundesausschuß den Beschluß gefaßt hätte, er befaßt sich nicht mit dieser Frage. Denn ich darf einmal die Frage hier stellen, wie die Wirkung in der Partei und in der Öffentlichkeit gewesen wäre, wenn wir einen solchen Beschluß nicht gefaßt hätten? Ich glaube, das hätte uns nicht sehr gut getan. Und wenn man dann sich erinnert an die Rede

32 In der Sitzung am 12. Februar 1973 wurde beschlossen, das Bundesverfassungsgericht wegen des Grundvertrages nicht anzurufen. Gestellt wurde der Antrag von Ferdinand Breidbach. Vgl. Anm. 5.

33 Ferdinand Breidbach (geb. 1938), Schlosser; 1956 CDU, 1962 Tätigkeit als Gewerkschaftssekretär und Pressereferent beim DGB-Bundesvorstand, 1969–1980 MdB.

von Franz Josef Strauß³⁴, und an die Reaktion der CSU zu diesem Punkte, dann möchte ich einmal folgendes sagen: Wir haben doch die Erfahrungen in der Fraktion in den letzten Jahren oftmals gehabt, daß die CSU, bevor die Fraktion Beschlüsse faßte zu Themen, Landesgruppensitzungen einberufen hatte und entsprechende Vorher-Beschlüsse gefaßt hatte. Auch in Fragen Ostpolitik. Und wir lasen am Dienstag dann in der Zeitung, wie die Haltung der CSU war. Ich kann mich an sehr viele Gespräche gerade mit jungen Kollegen erinnern, die immer wieder gesagt haben, wie sie sich beschwert fühlen davon, daß hier eine Präjudizierung bestimmter Fraktionsbeschlüsse erfolgt sei durch die CSU. Mit anderen Worten, die CSU ist nicht zimperlich gewesen, wenn es darum ging, ihre Haltung und ihre Meinung in der Fraktion durchzusetzen, und sie hat sich keineswegs zurückgehalten mit einer Festlegung ihrer Haltung bis zur Sitzung der Fraktion. Von daher glaube ich, sollte die Partei – ich gebe zu, daß das unglücklich gelaufen ist insofern, als der Antrag überhaupt gestellt wurde –, doch so selbstbewußt sein, daß wir auch sagen, daß hin und wieder auch der Bundesausschuß, nachdem die Dinge nun mal so waren, das Recht hatte, zu einer solchen Frage Stellung zu nehmen, zumal vorabgegangen waren die Erklärung der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge und die anschließende Replik des Fraktions- und Parteivorsitzenden³⁵.

Das zweite zu den Schwerpunkten. Herr von Weizsäcker hat darauf hingewiesen und auch andere. Ich habe ausdrücklich in meinem Papier festgehalten auf der Grundlage dessen, was wir in Berlin gesagt haben bzw. was dort ohne Widerspruch zunächst einmal zustimmend zur Kenntnis genommen worden ist, daß es darum geht, vornehmlich aus diesen Bereichen Schwerpunkte zu setzen, daß das aber kein abgeschlossener Katalog ist, und ich habe, Herr Müller-Hermann, beispielsweise Ihr Thema ausdrücklich mitaufgenommen. Ich habe alle Themen genannt, die in Berlin genannt worden sind. Und jetzt wird es eben darauf ankommen, daß nach der Sitzung des Bundesvorstandes auch die Fraktion entsprechende Aufträge vergibt. Nur, ich möchte davor warnen, daß wir eine Ausuferung vornehmen bei der Einsetzung von Arbeitsgruppen. Ich würde es für falsch halten, wenn wir 20 oder 25 Arbeitsgruppen einsetzen. Wir können Aufträge vergeben an einzelne Kollegen in der Fraktion und im Bundesvorstand, damit sie uns ein Papier vorlegen. Aber die Zahl der Arbeitsgruppen – abgestimmt zwischen Partei und Fraktion – sollte beschränkt werden.

Und im übrigen darf ich darauf hinweisen, daß es das Anliegen der Fraktion war – das ging aus vielen Diskussionsbeiträgen in Berlin hervor –, daß die Arbeit der Fraktion sich nicht zersplittert, sondern daß sie zusammengefaßt wird in einem Koordinie-

34 Redebeitrag von Strauß in der Fraktionssitzung am 13. Februar 1973 (Protokoll in ACDP 08–001–1931/2).

35 Auf der Bundesdelegiertenversammlung der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Ost- und Mitteldeutschenvereinigung der CDU/CSU am 10. Februar 1973 kam es zu einer Auseinandersetzung über den Grundvertrag und die mögliche Anrufung des Bundesverfassungsgerichts. Vgl. FAZ vom 12. Februar 1973 „Kontroverse zwischen Barzel und den Vertriebenen“; „General-Anzeiger Bonn“ vom 12. Februar 1973 „Streit in der CDU um Grundvertrag“.

rungsgremium, Planungsstab und Planungsgruppe. Weil es ja nicht allein darauf ankommt, Beschlüsse zum Bodenrecht zu fassen oder zur beruflichen Bildung oder zu anderen Themen, sondern daß es darauf ankommt, in einem Gremium eine planerische Arbeit zu leisten, die gerichtet ist auf die Gesamtdarstellung der Union in einigen Jahren. Ich glaube, dieses Anliegen ist hier auch deutlich geworden, und darum wird es auch jetzt bei der Einsetzung dieser Gruppen in der Fraktion gehen.

Schwarz-Schilling: Ich möchte nur einige wenige Worte zum Bundesausschuß sagen. Ich stimme Herrn Katzer zu, daß ein solches Parteigremium aus seinem Selbstverständnis heraus Entschlüsse dieser Art fassen muß. Ich habe allerdings dagegen votiert, daß dieser Entschluß gefaßt wird. Aus dem einfachen Grunde, weil man die Vorbereitungen, die dafür erforderlich sind, nicht auf dem Tisch hatte. Ich muß sagen, wenn man einen solchen Entschluß faßt, dann muß auch der Vorsitzende der Kommission, Herr Dr. Marx, die Berechtigung oder die Legitimation erhalten, dann vor diesem Gremium auch die Ergebnisse der Kommission vorzutragen und nicht mit einem großen Geheimnis zu sagen, wir haben da eine Kommission. (*Unruhe.*) Ja, gut, aber dann hätte man ja zumindest die Problematik, auch den Stand der Kommissionsarbeit erläutern können, denn wozu ist sie dann da, wenn das zweithöchste Parteigremium nunmehr eine Empfehlung faßt. Dann sollte es zumindest den Informationsstand haben, die eine Kommission bis dahin hatte. Und da das nicht geschah und man eigentlich nicht wußte, was nun für Gesichtspunkte dafür und dagegen sprechen, sah ich mich zumindest überfordert, überhaupt zu dieser Frage verbindlich Stellung zu nehmen, wenn man das nicht aus einer Emotion heraus macht und aus einer oberflächlichen Beurteilung heraus. Jedenfalls ist das wohl für die Fraktionsmitglieder etwas anders, die sich ja auch etwas länger damit befaßt haben als für jemanden, der aus der Landespolitik kommt, vor diese Frage gestellt wird und nun abstimmen soll. Nun muß man ja zumindest mal das Für und Wider sachlich von irgendeinem vorgetragen bekommen, und da wäre Dr. Marx sicherlich in der Lage dazu gewesen, und es wäre eigentlich richtig gewesen, wenn er vor diesem Gremium, bevor eine solche Abstimmung stattfindet, das Für und Wider, wie es sich in der Kommission dargeboten hätte, darstellt.

Was Herr Kollege Köppler gesagt hat über die Berufsbildung, möchte ich weitgehend unterstreichen. Wir haben auch im hessischen Landesverband ein weitgehendes Berufsbildungsprogramm für die nächsten zwei, drei Jahre erarbeitet. Wir haben bereits ein Sofortprogramm, ein mittelfristiges Programm in den Landtag eingebracht. Da müssen die Dinge eng verzahnt werden, wenn wir nicht in große Schwierigkeiten geraten seitens der Bundesplanung. Wir hatten das bisher sehr gut abgestimmt, auch mit dem Berufsbildungsprogramm der Fraktion in der letzten Legislaturperiode, so daß da überhaupt keine Schwierigkeiten waren. Nur das muß dann auch jetzt sicher gestellt sein, es kann nicht nur eine Frage der Fraktion sein, sondern die Länderaspekte, die ja gerade auf das staatliche Berufsschulwesen den wesentlichen Akzent setzen, müssen hier berücksichtigt werden.

Das, was Herr Dr. Dregger gesagt hat, halte ich für richtig, daß wir nicht nur Probleme auf dem Parteitag besprechen dürfen, die nach innen auch auf unsere Partei

gerichtet sind, sondern die auch nach außen gerichtet sind. Ich möchte z. B. die Frage stellen, wie sieht das aus mit dem staatlichen Bildungsauftrag in einer von uns so aufgefaßten pluralistischen Gesellschaft, wenn wir heute in Hessen feststellen, daß dort Rahmenrichtlinien für den Deutsch- und Gesellschaftskundeunterricht erstellt werden, die meines Erachtens mit dem Selbstverständnis eines demokratischen Staatswesens schon nicht mehr in Übereinstimmung stehen, weil sie nämlich hier schon einer bestimmten Weltanschauung von Staats wegen eine Priorität einräumt. Ich weiß nicht, ob das auch legislative Reaktionen hervorrufen müßte, um so was zu verhindern. Aber ich bin der Auffassung, daß man sich mit diesem Problem mehr denn je befassen muß. Wir haben z. B. am nächsten Samstag in Gießen einen Kongreß über diese Rahmenrichtlinien³⁶, wo die Staatssekretärin Laurien auch referieren wird und auch unsere Herren. Wir halten das für eine Katastrophe, was sich dort anbahnt. Wenn das in den sozialdemokratischen Ländern nun tatsächlich Usus wird, können wir gar nicht rechtzeitig genug gegen diese kalte Indoktrination unseres Schulwesens von einer Ideologie angehen, wenn – etwa aus freiem Entschluß – ein Lehrer seiner Weltanschauung entsprechend dort etwas vorträgt, was nunmehr bereits Richtlinie des Kultusministers ist. (*Zwischenruf*: Ja, das ist die Frage, das führt dazu, daß das Abitur in Hessen nicht überall anerkannt wird!) Da müßte meines Erachtens auf dem Bundesparteitag auch eine ganz klare Abgrenzung erfolgen, damit (*Unruhe*) wir auch wirklich ein offensives Thema haben gegen diese radikale Unterwanderung. Ich glaube, das ist auch wichtig, daß wir hier ein Thema haben, was uns sicherlich alle einigt und verbindet, damit wir nicht nur kontroverse Themen behandeln – ich nehme an, es sind nicht alles kontroverse Themen –, sondern damit auch hier ein klarer Akzent gesetzt wird.

Zu dem, was gesagt wurde, auch vom Kollegen Langguth und Dr. Dregger, möchte ich eines sagen. Ich glaube, wir sollten das eine tun und das andere nicht lassen. Wir müssen sowohl in die Offensive gehen wie auch natürlich unsere Analyse fortsetzen und nicht sagen, dieses Thema ist für uns beendet. Ich glaube, wir sollten hier in Toleranz eine gewisse Arbeitsteilung insoweit uns selbst auferlegen, als derjenige, der sich mehr für analytische Fragen und vielleicht für etwas tiefer gehende Begründungen eignet, dann auch diese Aufgabe vollziehen soll, und der andere, der sich mehr im normalen Angriff befindet, auch diese Aufgabe vollziehen muß. Unsere Partei erwartet beides, und insofern soll man auch beides tun. Nur man sollte es nicht so weit überziehen, daß die Tätigkeit des anderen in Mißkredit gerät. Daß man also nicht sagt, jetzt Schluß mit Analyse, nur noch Angriff. Das ist genauso falsch, als wenn man sagt, gar nichts mehr sagen und nur noch Selbsterkenntnis und Selbstmeditation. Ich glaube, diese Toleranz müssen alle haben, und wir müssen hier eine gewisse Arbeitsteilung haben, und dann wird dabei das Beste herauskommen.

36 Zur Fachtagung „Rahmenrichtlinien in der Diskussion“ am 24. Februar 1973 in Gießen vgl. Presseerklärung des CDU-Landesverbandes Hessen vom 24. Februar 1973 (ACDP Dokumentation 9/929/4 Hess) sowie FAZ vom 27. Februar 1973 „Kritik an hessischen Rahmenrichtlinien“. Zu den Rahmenrichtlinien des Kultusministers von Friedeburg vgl. „bildungspolitische informationen“ hg. vom Hessischen Kultusminister Nr. 1/73 „Zur Neuordnung der Zweiten Phase der Lehrerausbildung“ (ACDP Dokumentation 9/929/9–4 Hess).

Nun zunächst noch mal zu dem Vorschlag von Kollegen Lorenz. Was Sie gesagt haben, darüber haben wir uns auch in Hessen schon lange Gedanken gemacht. Sie sind sicherlich etwas in der Vorhand. Ich meine jetzt in den Fragen, wie Sie Parteimitglieder, die bestimmte Aufgaben in der Gesellschaft erfüllen, nun auch in die passenden Gremien unserer Partei einbeziehen können, weil die sich in einem Ortsverband verloren vorkommen. Das ist natürlich in einem Flächenstaat wie im Land Hessen noch viel, viel schwieriger. Das läßt sich in einer Stadt noch eher an Modellen zeigen als in einem Land. Die Konsequenz dieser Aufgabenstellung ist bei uns die, daß wir bei bestimmten mittleren Schichten, die bestimmte Sachfragen brennend interessieren, einen ungleich größeren Zulauf zu Ausschüssen auf Landesebene haben. Ich weiß mir gar nicht zu helfen, wieviele Leute ich in den wirtschaftspolitischen, in den gesellschaftspolitischen, in den kulturpolitischen Ausschuss alle hineinlasse, so daß diese Ausschüsse eigentlich nicht mehr arbeitsfähig sind. Auf der anderen Seite sind das hochinteressante Leute, die auch Multiplikatoren sind in ihrem Bereich, und die natürlich auf der Ortsebene bei der Mitgliederversammlung dort total daneben liegen und die sich nicht mit der Kommunalpolitik dieses einen Ortes befassen, wo sie nur zufällig wohnen, sondern irgendwelche wichtigen Funktionen in unserer Gesellschaft ausüben. Es muß tatsächlich ein Modell erreicht werden, daß diese Leute in einer Art von Beratergremien zu unseren Ausschüssen zugeordnet oder wie immer funktionsfähig eingesetzt werden. Also, ich würde dieses Anliegen von Herrn Lorenz sehr, sehr warm unterstützen. Wir haben uns auch viele Gedanken gemacht. Wir sind leider noch zu keinem guten Schluß gekommen. Das Problem brennt uns auf den Nägeln.

Als nächsten Punkt möchte ich noch sagen, daß auch meines Erachtens die Frage sehr wichtig ist, was für eine Dienstleistung wir in der Bundesgeschäftsstelle auf den verschiedensten Ebenen erwarten können. Das ist auch für verschiedene nicht bekannt. Zum Beispiel die Frage, wenn wir eben schnell irgendwo in einer Podiumsdiskussion zu einem Thema sprechen müssen, oder – wir wissen ja, wie das ist – an drei Tagen im Fernsehen mit dem und dem im Regionalprogramm. Dann saugen wir uns noch alles aus den Papieren, die wir irgendwo haben, heraus, und machen uns mühsam ein Konzept. Wahrscheinlich ist das in der Bundesgeschäftsstelle aufbereitet, dokumentarisch, was man in ein, zwei Tagen sofort zugeschickt bekäme, noch vielleicht ein Konzept mit der und der Fragestellung mit den wichtigsten aktuellen Fragen dazu. Das müßte man wissen, wie weit man darauf zurückgreifen kann, daß auch die Mitglieder einer Landtagsfraktion bei solchen Themenstellungen, die sie ja laufend mitzubehandeln haben, die bundesmäßig sind, auf diese Dinge effizient zurückgreifen können, und daß das auch den einzelnen Mitgliedern bekannt ist. Denn, ich glaube, hier wird riesige Doppel- und Dreifacharbeit geleistet, und die ist schlechter als eine gute Arbeit hier in der Geschäftsstelle.

Dann, Herr Vorsitzender, habe ich mit Befriedigung gehört, daß diese Papiere in irgendeiner Weise aufgearbeitet werden. Nur möchte ich wirklich darum bitten, daß, ehe jetzt irgendeine Beschlußvorlage in den Bundesausschuß geht, wir doch die Möglichkeit erhalten, auch über diese vielleicht nicht so hoch aktuellen Fragen, aber doch einmal nicht weniger wichtigen Fragen in diesem Vorstand eine echte Diskussion füh-

ren. Eben jetzt mal nicht über die Frage, wie sieht es in den nächsten Monaten mit der CSU aus, wie sieht jetzt unsere Position im Bodenrecht aus, sondern doch einmal wirklich die langfristige Entwicklung, die wir seit den 50er Jahren hatten, in den 60er Jahren hatten, was wir versäumt haben und was wir wirklich für eine langfristige Zukunftsentwicklung in die 80er Jahre hinein brauchen. Wo sind unsere Positionen? Welche Positionen hat die Gegenseite bereits besetzt? Wo sind die dünnsten Stellen in der Mauer, wo wir angreifen müssen? Wo sollten wir im Moment etwas zurückstrecken für die nächsten Jahre? Wo liegen die Dinge, die uns voranbringen, und vor allen Dingen, wie können wir auch wieder eine Vision einer Politik hervorbringen, die die Jugend begeistert? Das ist, glaube ich, eines der wichtigsten Probleme, denn wir haben sehr viele Leute 1972 wieder zu uns zurückgebracht – wie ja auch die Analysen zeigen –, die 1969 von uns weggegangen sind, aus den mittleren Angestellten- und aus den aufsteigenden Schichten. Deswegen waren wir auch alle so euphorisch, weil wir zu den Leuten den größeren Kontakt hatten und jeder sagte, ja, der hat mir auch gesagt, nie wieder SPD. 1969 haben wir sie noch gewählt, aber jetzt machen wir das nicht mehr. Und aus diesem Grunde gab es auch einen Eindruck – und ich war selbst der Meinung, ich gebe das ganz klar zu –, daß wir ein anderes Wahlergebnis haben werden. Aber was wir eben vergessen haben, ist, daß diese 69er-Entwicklung sich in den Arbeiterkreisen überhaupt erst fortgesetzt hat, daß die nämlich das nachvollzogen haben, was die mittleren und leitenden Leute 1969 glaubten, es sei schicker, moderner, vernünftiger, jetzt SPD zu wählen. Das hat sich also jetzt nach unten fortgesetzt, und zum zweiten auch bei der Jugend in ganz überwiegender Maße. Bei den Frauen ist es ja etwas anders, da sind es ja etwas die Älteren, das hängt natürlich auch mit den Schichtungen zusammen, ich möchte das jetzt nicht näher analysieren.

Ich glaube nur, daß diese Fragen für uns von wirklich so entscheidender Bedeutung sind, daß wir uns einmal einen Tag für diese Fragen reservieren sollten, fernab der aktuellen Politik. Diesen Wunsch hätte ich, und daß man dafür einige wirkliche Grundlagen hier erarbeitet, die uns auch dann für eine langfristige Strategie weiterbringen, und zwar ehe wir einen Bundesausschuß mit ein paar Formulierungen aus diesen Papieren befassen.

Barzel: Das würde praktisch bedeuten, daß wir noch einmal einen ganzen Tag im Bundesvorstand brauchen vor dem 2. April.

Schwarz-Schilling: Ja, oder Sie machen das noch nicht in dem Bundesausschuß, man kann das ja auch vielleicht zum Bundesparteitag machen. Daran sollte es nicht scheitern.

Barzel: Dann finde ich das eine gute Anregung.

Kraske: Herr Schwarz-Schilling, darf ich zu drei Punkten schnell was sagen. Erstens noch mal zum Bundesausschuß. Dieser Einwand, die Kommission hätte berichten müssen, ist ja viel auch in der Fraktion gemacht worden. Aber nachdem Sie selber, glaube ich, an der Fraktionssitzung teilgenommen haben, werden Sie mir bestätigen, daß sich zwar Herr Marx und Herr Jaeger³⁷ sehr redlich und objektiv bemüht haben,

37 Dr. Richard Jaeger (1913–1998), Jurist; 1946 CSU, 1949–1980 MdB, 1965/66 Bundesminister

auch die Minderheitenmeinung darzustellen, aber daß der persönliche Vortrag von dem Professor Klein³⁸ eine ganz andere Wirkung hatte. Da es sich hier um eine politische Entscheidung gehandelt hat, genügt es in meinen Augen nicht, nun formell den Bericht eines Kommissionsvorsitzenden zu hören, und zwar eines Vorsitzenden mit einer ausgeprägten politischen Meinung in der Sache, die sein gutes Recht ist, ohne dann eine lange Modelldiskussion des Für und Wider in den Parteiausschuß hereinzunehmen, und das ist, glaube ich, eine sehr schwierige Sache. Abgesehen davon, daß der Bericht der Marx-Kommission nach seinem eigenen Urteil ja eben erst an dem Abend abgeschlossen wurde, nach der Sitzung. Wir sind uns einig, wir hatten uns diesen Termin für den Ausschuß nicht freiwillig gesucht, sondern da hätte sich manches günstiger timen lassen. Aber nachdem er so lag, kann ich nur sagen, es hätte zu einer hoffnungslosen weiteren Frustration dieses Parteigremiums geführt, wenn man diese Beschlußfassung irgendwie verhindert hätte. Sie haben es ja schon gesehen. Es waren, glaube ich, 25 Wortmeldungen allein zu diesem Thema. Daran sah man ja das Interesse.

Zweiter Punkt: Ich nehme gerne die Anregung auf, daß die Bundespartei noch deutlicher machen muß, was sie anbieten kann. Aber erlauben Sie mir ein kritisches Wort. Es gibt einen in der Sache – ich bitte um Entschuldigung für ein partielles Eigenlob – vorzüglichsten, aber in der Partei wie ein Aschenputtel behandelten Dienst, das ist „Union in Deutschland“. Für „Union in Deutschland“ gilt typisch das, was ich vorhin über die Dienste mit dem Strich gesagt habe. Wenn Sie Inhalte von „Union in Deutschland“ im halben Aufguß auf Saugpost mit einem Strich drüber schreiben, dann kriegen Sie begeisterte Zuschriften. Wenn Sie den Leuten sagen: „Dasselbe habt Ihr bereits vor zwei Tagen in UiD bekommen“, sagen sie: „Ach, habe ich gar nicht gelesen, das lege ich immer gleich weg, weil es gedruckt ist.“ In dem UiD steht, wenn nicht Woche für Woche, dann in regelmäßigen Abständen, das exakte Angebot der Bundespartei drin, was als Rednerdienst vorliegt, als Argumentationskarte, als Broschüre, Argumente, Dokumente, Informationen. Und gerade für einen Generalsekretär und stellvertretenden Landesvorsitzenden auf einer Landesgeschäftsstelle müßte es nun wirklich möglich sein, bei einer nur geringfügigen – ich will gar nicht sagen, Auswertung – nur Aufbewahrung des UiD dies Angebot zu haben. Aber trotzdem, das soll wirklich gar keine Rechtfertigung sein, wir werden überlegen, ob man das unseren Freunden noch hilfreicher anbieten muß. Gehen tut das. Es muß nur offenbar die Präsentation noch eindringlicher sein. (*Schwarz-Schilling*: Darf ich noch etwas sagen, das ist, glaube ich, ein Mißverständnis. Ich meine nicht diese Information, die halte ich für ausgezeichnet. Ich meine, daß man wissen muß, wie schnell der einzelne, wenn er zu einer konkreten Veranstaltung gehen muß, in der Lage ist, zu einem bestimmten Thema von der Bundesgeschäftsstelle eine Unterlage oder ein Konzept zu erhalten. –

der Justiz, 1967–1976 Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Vgl. LEXIKON S. 286f. – Protokoll vom 13. Februar 1973 in ACDP 08–001–1031/2.

38 Dr. Hans Hugo Klein (geb. 1936), Jurist; 1969 Professor für öffentliches Recht in Göttingen, 1970 CDU, 1972–1983 MdB, 1982/83 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz, 1983–1996 Richter am Bundesverfassungsgericht.

Unruhe und Diskussion.) Hier geht es mehr um Ihre Frage, was er erhalten kann, das finden Sie nämlich darin, aber – ich wollte hier nicht in technische Einzelheiten gehen – wir haben während des Wahlkampfes über diesen Wahlkampfdienst, der sich ja sehr bewährt hat und den wir in irgendeiner Form auch fortsetzen wollen in Ergänzung oder teilweise anstelle von UiD, weil das eben wirklich gelesen wurde, eine sehr nützliche und sehr positiv aufgenommene Einrichtung, nämlich eine bestimmte Telefonnummer in der Bundespartei, die nur dazu da ist, um solche Auskünfte abzurufen. Überlegung in der Geschäftsstelle ist, wie kann man eine solche Telefonseelsorge, wenn Sie mir den saloppen Ausdruck erlauben, auch außerhalb von Wahlkämpfen für den Kontakt mit unseren Leuten draußen schaffen? Ich unterstütze das sehr, ich hoffe, daß wir es personell leisten können.

Letzter Punkt: Ich stimme Ihnen zu, Befassung des Vorstands, wenn wir es nicht so kurzfristig sehen, mit langfristiger Planung. Ich würde nur sagen, aufgrund der zu diesem Thema ja nicht nur von Ihnen vorliegenden Papiere, sondern dem Schlußkapitel meines eigenen Berichts und einer Reihe von Kapiteln aus dem Bericht des Vorsitzenden, wäre es gut, wenn wir bis dahin zusammen mit der Grundsatzkommission schon etwas weiter sind in einer für diesen Kreis etwas konkreteren Vorlage. Was haben wir denn zu tun in der langfristigen Planung, welche Instrumente bieten sich dafür an, wie soll das sich abbilden, um eine solche Diskussion dann wirklich hier fruchtbar zu machen? Also gerade wenn sie nicht in den nächsten 14 Tagen stattfindet, sollten wir im Ausschuß nur das Thema erwähnen, ohne es zu vertiefen, ohne Beschlüsse zu fassen, aber für eine Befassung hier im Vorstand miteinander überlegen, wie man sie wirklich so effektiv wie möglich machen kann.

Wex: Herr Vorsitzender, ich habe nur zwei Anmerkungen zu machen. Erstens glaube ich, nach langer Zeit der Angehörigkeit zu diesem Gremium, daß bestimmte Appelle an Solidarität überhaupt nichts nützen, daß diese Solidarität nur dann wirklich effektuiert werden kann, wenn die Positionen so klar sind, daß die ständigen Tests auf die Möglichkeit, uns auseinanderzuidividieren, nichts fruchten. Und gerade aus diesem Grunde glaube ich – und da möchte ich an Herrn Schwarz-Schilling anknüpfen –, daß wir nur dann, wenn wir Grundsatzdiskussionen nicht nur ad hoc führen, sondern kontinuierlich führen zur ständigen Überprüfung unserer Situation, und gleichzeitig Aussagen besetzen – meinetwegen Mitbestimmung, Bodenrecht, und ich komme gleich auf Frauenfragen und Jugend –, überhaupt dieser Diskussion standhalten können. Jede Partei muß wissen, was sie an Kraft hat. Ich bin fest überzeugt, daß bei einer solchen Situation auch unökonomische Dinge getan werden müssen, damit man weiß, wo man überhaupt ökonomisch arbeiten kann, daß man aber auch die Erfahrungen, die an der Basis ja vorhanden sind, so effektiv macht, daß sie an der Spitze auch verwertet werden können für alle.

Und da komme ich eben auf die Frage der Basis und vor allen Dingen auf die Frage des Reservoirs, das wir an der Basis haben. Und da gibt es kein so großes Reservoir wie die Frauen, die nämlich nichts wollen – zu einem großen Teil als auch nichts anderes können, nicht aus Intellektualität, sondern aus familiären und biographischen Gründen –, als an der Basis zu arbeiten. Und da sollten wir einen Teil dieser Erfahrungen,

die an der Basis vorhanden sind, doch wirklich auch nutzen. Deswegen habe ich auf dem Delegiertentag³⁹, den wir vor uns haben, einen ganzen Arbeitskreis eingesetzt, Erfahrungen zusammenzustellen, die die einzelnen Frauen im Wahlkampf schon mitbringen, und die das ersetzen, was wir vielleicht sonst an theoretischen Überlegungen haben. Einen entscheidenden Punkt müssen wir dabei festhalten, daß junge verheiratete Frauen zwischen 25 und 35 mit einer erweiterten Bildung, also mit einem größeren Informationsgrad, zu 17 %, die 1969 abgewandert waren zur SPD, zu uns zurückgekommen sind. Das halte ich für einen guten Ausgangspunkt auch für die Frauen in anderen Bereichen, weil dann nämlich klar wird, daß die Frauen in Familie, Jugend und Bildung ihre Aussagen gerade im Erziehungsbereich in einem gesellschaftspolitischen Zusammenhang sehen. Wenn da unsere Information weitergeht, haben wir die Möglichkeit, hier neue Ansatzpunkte zu finden. Gerade über den Begriff der Erziehung wird da ein entscheidender Ansatzpunkt an der Basis sein, Herr Schwarz-Schilling, besteht doch bei den Rahmenvorschriften für die Frauen ein ganz besonders signalisierendes Element, als die einzige FDP-Abgeordnete in Hessen so intensiv, Frau Engel⁴⁰, hat doch so intensiv dem Friedeburg⁴¹ widersprochen in diesen Erziehungsaufgaben, daß wir da sehen, was es für einen entscheidenden Ansatzpunkt von weitergehender Zusammenarbeit gerade von der Seite informierter Frauen und damit auch der Basis gibt, den wir überhaupt nicht genug einschätzen können.

Herr Kraske, ich hätte noch vor einem halben Jahr widersprochen, wenn einer der Arbeitskreise „Frauen“ isoliert geheißt hätte, weil ich glaube, daß es gar keine einzelne Frauenpolitik geben kann, wenn die Partei im ganzen nicht überzeugend macht, daß sie die Fragen, die die Frauen speziell betreffen, in ihre Gesamtpolitik aufgenommen hat. Aber wenn Sie jetzt in den Ministerien sehen, was das Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit an Zuständigkeit und Koordinierungsfunktion für die Frauenarbeit zugeteilt bekommen hat, und mit welchem Stab sie da ausgerüstet werden, glaube ich, daß wir sehr wohl diese Sache aufnehmen sollten.

Ich habe noch zwei Vorschläge. Ich habe mit Herrn Vogel schon darüber gesprochen, bei der Frage § 218 haben wir den Beschluß gehabt des Bundesvorstands. Was jetzt ganz dringend notwendig wäre, ist am Anfang der Diskussion unsere flankierenden, vorbeugenden Maßnahmen mitvorzulegen. Ich habe gehört, daß der Begriff „flankierende Maßnahmen“, der bisher nur unserer war, schon jetzt im Justizministe-

39 8. Bundesdelegiertentagung der Frauenvereinigung vom 30. März bis 1. April 1973 in Kassel. Unterlagen zum Arbeitskreis II „Wirkungsmöglichkeiten der Frauenvereinigung“ in ACDP 04-003-069/2. Vgl. auch „Frau und Politik“ 19. Jg. Nr. 4/April 1973 S. 12f. „Bürger-nahe Politik“.

40 Dr. Eva Sibylle Engel (geb. 1920), Journalistin; 1969 FDP, 1970–1981 MdL Hessen (1974–1976 und 1978–1981 Vizepräsidentin), 1981–1983 MdB.

41 Dr. Ludwig von Friedeburg (geb. 1924), Soziologe; 1951–1954 Mitarbeiter im Institut für Demoskopie Allensbach, 1955–1962 Abteilungsleiter am Institut für Sozialforschung an der Universität Frankfurt am Main, 1962–1966 Professor für Soziologie und Direktor des Instituts für Soziologie an der FU Berlin, 1966 Universität Frankfurt/Main, 1969–1974 Kultusminister in Hessen (SPD), 1975–2001 Geschäftsführender Direktor des Instituts für Sozialforschung Frankfurt/Main.

rium und im Familien- und Gesundheitsministerium unter diesem Aspekt vorbereitet wird. Ich nehme noch etwas auf, Herr Vorsitzender. Sie haben bei dem Deutschen Frauenrat⁴² eine Enquete angeregt. Das ist aber etwas, was wir im Bundestag und in der Fraktion besprechen sollten; aber wir werden auf dem Delegiertentag hier schon bestimmte Vorarbeiten leisten.

Dann möchte ich noch auf etwas eingehen, was Herr Lorenz gesagt hat. Es ist ein ganz wichtiges Problem, daß wir uns unterhalten müssen über den Stellenwert der Basisarbeit im vorpolitischen Raum. Es muß eine Möglichkeit geben, Basis und jede Stufe der Arbeit gleichmäßig anerkannt zu kriegen. Es muß eine Möglichkeit geben, die Gleichwertigkeit herzustellen. Ich glaube, daß da die Frauen bei uns einen großen Nachholbedarf haben in bezug darauf, was die Arbeit für sie bedeutet, aber auch für die gesamte Partei bedeuten muß. Und gerade die Fragen der Erziehung und Bildung, die in diesem Zusammenhang mit der Jugend stehen, werden an diesem Punkt am besten angesetzt. Meine Bitte also: Wenn wir einen eigenen Ausschuß Frauen machen, daß wir den ganz besonders ausstatten, weil wir ja wissen, daß auf der anderen Seite eine dreifache Ausstattung, gerade für diese speziellen Fragen, sich ergeben hat.

Lemke: Herr Vorsitzender, ich werde, da es schon weit fortgeschritten ist, mich auf einige Thesen beschränken müssen, da es ja unnötig ist, wenn ich es in der Breite wiederhole. Herr Schwarz-Schilling, ich pflichte Ihnen mal wieder bei. Darf ich aber noch eines sagen: Wenn Sie an die Aufsteiger denken, denken Sie daran, daß die Aufsteiger nur 10 % sind, und die anderen 90 %. Die stellen die Masse dar und sind ein sehr einfaches und treues Volk, was also der Betreuung noch mehr bedarf als dem Nachlaufen hinter den Aufsteigern her. Und, gnädige Frau, bei der Anerkennung der Basisarbeit, wissen Sie, was da hilft? Da müssen Sie dauernd selbst zu diesen Menschen hingehen, die da unten die Kleinarbeit machen und mit denen zusammensein und sie anerkennen. Das macht das aus. Wenn Sie natürlich nur mal einen Weihnachtsbrief schreiben oder sagen, das ist ja sehr schön, daß Sie so arbeiten, damit kommen wir nicht weiter. Denn die Menschen brauchen Anerkennung, wir brauchen auch mal ein Lob. Das ist nun mal so. Morgen sitze ich mit 60 Junge-Union-Leuten zusammen und trinke mit denen ein Glas Bier, weil die im Kreis Segeberg ein immerhin noch respektables Ergebnis herbeigeführt haben. Das ist eben sehr schwierig, sehr lästig. Wir müssen runter, wir selbst, ich meine uns hier auch, und den Landesvorstand. Diese, die nach außen hin einen Namen, irgendein Amt haben, bekannt sind, die müssen sich bei der Basis sehen lassen, und noch besser natürlich dann gleich auch in den vorpolitischen Raum gehen. Das tun viele, und ich empfehle das immer wieder.

Ich möchte dem Herrn Vorsitzenden voll und ganz beipflichten, daß er die Dokumentation machen will. Ich erlebe es nämlich immer, wie unsere Zuhörer, auch unsere Freunde, die sich ja sehr damit beschäftigen, Mitglieder gerade, einfache Mitglieder,

42 Barzel schlug in seinem Grußwort auf der Jubiläumsveranstaltung des Deutschen Frauenrates am 8. Februar 1973 die Einrichtung einer Expertenkommission vor (Pressereferat der CDU/CSU Fraktion des Deutschen Bundestages).

die nicht irgendein Amt haben, plötzlich staunen, wenn man sich auch heute noch zum 17. Mai bekennt und sagt, ich unterstütze unseren Bundesvorsitzenden, habe ihn damals unterstützt. Das war ein richtiger Weg, den er gegangen ist. Da sind die erst ganz sprachlos – man kriegt nicht gleich Buhrufe, aber man merkt, wie die stocken –, wenn man das in drei, vier oder fünf Sätzen dann vorträgt, wie es gewesen ist. Bei diesem Geheimnis, das Sie ansprachen, Herr Amrehn, daß es da irgendeine bessere Information gegeben habe für einige wenige, weiß ich nicht, ob etwas Wahres dran ist. (*Barzel*: Das ist eine der böswilligen Sachen, die immer verbreitet werden.) Deswegen spreche ich es an, weg damit, Ihre Dokumentation ist richtig.

Genauso finde ich es sehr gut, daß Sie – und das nenne ich Angriff, nun ist Herr Dregger nicht da, Angriff der Opposition – diese Westkommission einsetzen wollen, damit wir wieder in concreto und mit Fakten diese Politik in Bewegung setzen. Das ist etwas, was ich sehr unterstützen würde. Nun noch eins, Herr Kraske. Ich wollte gerade den UiD erheblich loben, und zwar aus den einfachen Mitgliederversammlungen heraus. Die sagen mir folgendes: „Macht doch irgendwie den Verteiler des UiD größer.“ Und zwar, sagen wir mal, für den Level der Mitglieder des Ortsvorstandes. In diese Ebene hinein muß der UiD mehr hinein. Der UiD wäre vorzüglich, um zu informieren. Ob das nun möglich ist und wie das gemacht wird oder wieviel Geld das kostet, weiß ich nicht, jedenfalls ist es für die gehobenen Mitglieder, die also unten in der Basis stehen, für die Ortsvorstandsmitglieder interessant. Das „Monatsblatt“ ist für die nicht interessant, trotzdem respektiere ich Ihr Ergebnis. Ich kann mir denken, daß für die, die nur die Heimatzeitung lesen, vielleicht das „Monatsblatt“ auch noch etwas ist. Sie wollen ja damit zu uns wieder kommen bei der nächsten Sitzung.

Nur noch ein Wort zu dieser Tabelle. Darf ich eine Bitte aussprechen? Ich habe meistens ein gutes Gespür für die politische Zukunft. Die Mitbestimmungserörterung muß zum nächsten Parteitag fertig sein, nicht erst zum übernächsten Parteitag. Wir kommen ins Hintertreffen. Wir müssen auf diesem Gebiet irgendwie uns erklären. Ich habe keine Vorschläge, das habe ich neulich schon gesagt. Ich weiß bloß, dieses Kapitel ist heiß, hier verlangt man von uns ein Exempel. Deshalb sollten wir uns die Mühe geben, in diesem Punkt bis zum nächsten Parteitag zu einer Erklärung zu kommen. Das Band ist aber breit zwischen der abzulehnenden paritätischen DGB-Mitbestimmung und dem alten Modell, das wir mal beschlossen haben. Da ist ein breites Band, viele Möglichkeiten. Und ich würde diejenigen, die es können, und die dazu viel mehr Zeug mitbringen, bitten, mit allem Eifer, allem Nachdruck, dieses Kapitel zu behandeln, damit das zum nächsten Parteitag was wird. Was nützt das, wenn wir hinterherlaufen, wenn wir es nicht fertig haben im Oktober? Es ist wirklich notwendig, daß dieses Kapitel schleunigst von uns angegangen wird, meinewegen mit einem von mir nicht als positiv zu bewertenden Ergebnis. Das wollte ich noch sagen, dann bin ich auch fertig.

Barzel: Ich habe eben zur Mitbestimmung schon ein paar Worte gesagt, doch möchte ich dazu noch zwei Dinge sagen. Einmal zum Verfahren, und zweitens ein paar Worte zur Sache: Ich habe die Absicht, dem Präsidium – Mitbestimmung steht ja hier unter Partei – und entsprechend auch der CSU zu sagen, hier setzen wir zu Anfang

keinen Vorsitzenden und keinen Ausschuß ein. Weil zunächst einmal das Präsidium und der Vorsitzende selbst einige Vorgespräche führen muß, um zu sehen, wie sieht das eigentlich zeitlich und sachlich aus. Wenn das geklärt ist, werden wir einen Ausschuß einsetzen.

Zur Sache selbst muß man natürlich, wenn man Lemkes Faden aufnimmt, wissen, daß so, wie es sich im Augenblick sich uns darstellt, wir mit allem, was wir sagen werden, natürlich auf die Koalitionsentscheidung keinen Einfluß nehmen werden. Daraus folgern einige: Also tun wir gar nichts, beziehen wir eine kontroverse Position. Ich kann dem nicht folgen. Ich kann nur sagen, wir müssen hier eine Position beziehen, und werden mit der Düsseldorfer Position weder in der Partei noch in der Öffentlichkeit auf die Dauer durchkommen. Das ist meine Meinung. Ich sage sie nicht laut, ich sage sie hier im Vorstand. Und dann gibt es natürlich große Strategen, die raten: Nun guck doch mal hin – ich spreche das jetzt sehr salopp aus, weil es dann leichter gesagt und nicht so kompliziert ist –, da ist doch die FDP in Not, und die signalisiert doch nun immer im Bundestag, nun macht doch das, mit denen willst du ja übermorgen doch regieren, hilf denen doch mit den leitenden Angestellten. Und dann kommst Du auch koalitionspolitisch in ein besseres Fahrwasser. Aus diesem Grunde dem zu folgen, kann ich auf gar keinen Fall empfehlen, denn dann würden wir ein Stück unseres Selbstverständnisses aufgeben, und das ist für mich immer noch, wir wollen eine Mehrheit alleine haben. Dann gibt es andere, die sagen, das hat gar keinen Zweck, sich in dieser Frage überhaupt zu bewegen, solange der DGB so feindselig ist. Darüber muß man auch nachdenken, und das ist heute nicht die Stunde, über einige Versuche, tastend sich wieder an den DGB von beiden Seiten heranzubewegen, zu berichten, und das machen wir, wenn es ein bißchen weitergediehen ist. Es ist wirklich nicht berichtenswert, weil es zu jung ist.

Ich persönlich habe ein Gefühl, daß wir in dieser Frage bleiben müssen bei dem, was wir mal gesagt haben. Diese leitenden Angestellten gehören auf die allgemeine Arbeitnehmerquote und haben dort natürlich, wenn nötig, Minderheitenrechte oder Präsentationsgeschichten. Das weiß ich nicht, aber dem Gedanken der Nichtspaltung der Arbeitnehmerschaft habe ich persönlich immer eine ziemliche Priorität eingeräumt. Eines muß ganz klar sein. Wenn wir dies etwa – und nur deshalb rede ich jetzt, weil Lemke natürlich den Finger in die Wunde gesteckt hat –, da wir eine Einigungsmöglichkeit als sehr schwer oder ausgeschlossen ansehen, sagen, das ist so geheim, darüber reden wir gar nicht, können wir uns das nicht erlauben. Wir müssen über 7:5 nachdenken, müssen über den Düsseldorfer Beschluß nachdenken. Bis dahin muß der erbarmungslos gelten. Und da rundet sich nun der Kreis. Sollten die anderen jetzt etwa in zwölf Monaten mit einem Modell kommen, werden wir im Bundestag nicht nur zu antworten haben, dann möchte ich nicht die Fraktion in einer Rolle sehen, daß sie etwa an einem Parteiprogramm vorbeimarschiert oder die Fraktion nicht mehr zusammenzuhalten ist. Die Sache ist so brenzlich und hochgradig für uns, daß ich glaube, wir müssen sie so anfangen, wie ich dies andeutete. Wobei wir – CSU kommt hinzu natürlich – uns über eins im klaren sein müssen, und das reinigt die Luft, wenn ich das noch mal sage: Ich kenne in dieser Partei keinen, der der Partei empfiehlt, das DGB-Modell

zu übernehmen. Das muß man wissen. Auch nicht in den Unterlagen, die uns in Düsseldorf vorlagen. Das ist ganz wichtig, damit nicht hier der eine oder andere schon schief angeguckt wird, ich ganz sicherlich auch nicht. Meine Haltung zum Problem ist bekannt genug. Ich wollte diese paar Sätze sagen, nachdem Herr Lemke diesen wichtigen Punkt aufgegriffen hat, und es nicht nachher heißt, im Vorstand hat der Vorsitzende was gedacht und nichts dazu gesagt. (*Unruhe.*)

Müller-Hermann: Wir werden aus einem ganz akutem Anlaß, nämlich dem Postverfassungsgesetz, sehr schnell genötigt sein, zu diesem Themenbereich, was aber dann präjudizierend ist, eine Meinung zu bilden. Ich weise nur darauf hin, die Regierungsvorlage läuft praktisch auf eine Überparität des DGB hinaus. Auch das müssen wir sehen. Ich will jetzt gar nicht zu dem Thema mich äußern, bloß sagen, diese Frage müssen wir in den nächsten Monaten auch bei uns intern abgeklärt haben.

Barzel: Ist das in Deinem Arbeitskreis?

Müller-Hermann: Das ist doch nicht klar. Die gehört zu den umstrittenen Zuständigkeiten.

Barzel: Du denkst daran, daß wir mal im Fraktionsvorstand darüber reden?

Stoltenberg: Ich wollte im Grunde nur, weil die Zeit vielleicht eine Konzentration erfordert, einen Punkt hier anschneiden und auch nur anmerken für eine spätere Erörterung, weil wir alle darüber nachdenken müssen. Zu dem entscheidenden Problem, das ja auch Herr Kraske in seinem Bericht behandelt hat, der Kommunikation einerseits und der Medienpolitik andererseits, Pressepolitik im engeren, Rundfunkpolitik im weiteren Sinne, gehört für mich eine intensive Bemühung der Union um das Thema der Förderung des journalistischen Nachwuchses. Wir können hier noch lange über Spitzenpositionen und Proporz und Intendanten und andere Tableaus reden. Wenn das so weiterläuft wie in den letzten Jahren, verlieren wir mehr, als wir im Kampf um andere Positionen gewinnen können. Ich glaube, daß wir – um nur einmal die Denkrichtung anzudeuten – uns ernsthaft damit befassen müssen, daß wir Fühlungnahme mit einer größeren Zahl von Verlegern aufnehmen. Da gibt es die Bereitschaft, weil die Leute das ständig spüren bei vielen größeren wie kleineren Verlegern. Das muß breit angelegt werden, aber auch zu denjenigen in den Anstalten, mit denen wir kooperieren können, nicht als eine Parteieinrichtung, das wäre ganz falsch, aber als eine Einrichtung, auf die wir personell und konzeptionell einen wesentlichen Einfluß gewinnen. Das wäre eine Sache, die man anlehnen könnte an die Adenauer-Akademie, wo wir aus unserem Nachwuchs, Junge Union, RCDS, Partei, Leute aufgreifen – und zwar im Alter von 20, wenn sie eine Berufsentscheidung treffen, die ein Interesse daran haben –, und sie planmäßig fördern. Wir haben hier Instrumente wie die Hochbegabtenstiftung, die man dazu entwickeln, aber auch fördern kann im Zugang zu der praktischen beruflichen Arbeit, und die wir dann weiter begleiten und damit das machen, was wir bisher auch nicht genug gemacht haben, nicht nur mit den Chefredakteuren und Intendanten mal zu reden, sondern mit den jungen Redakteuren auf der ganzen breiten Ebene. Ich würde also dieses Thema Förderung des journalistischen Nachwuchses mit einer Konzeption, ob es eine Stiftung wird, eine e. V., als eine Sache von absoluter Priorität ansehen. Ich wollte das hier nur anmerken, weil viele von uns

darüber nachdenken und wir dann mal im Präsidium darüber reden müssen, um dem Vorstand auch eine Konzeption vortragen zu können, wer das in die Hand nimmt bei uns – das müssen mehrere Leute in die Hand nehmen –, wer die Kontakte, Gespräche führt, wie wir gewisse Mittel dafür gewinnen. Dies ist alles nach meinem Eindruck machbar. Die Frage ist nur, wer aus unserem Kreis oder darüber hinaus wirklich die Zeit und die Kraft hat, das geistig-politisch zu führen, und wer dann von den Stäben daran mitwirken kann.

Weil nun die Mitbestimmung noch mal auftauchte, möchte ich folgendes sagen. Ich glaube auch, daß wir die Mitbestimmung, und so ist ja auch der Vorschlag hier des Vorsitzenden, des Generalsekretärs, diskutieren müssen. Die Tatsache, daß wir sie in der Liste haben, zeigt ja, daß wir dieses Thema neu diskutieren wollen. Die endgültige Bemessung des Zeitplans kann meines Erachtens heute noch nicht festgelegt werden, nicht nur, weil wir jetzt keine Zeit haben, sondern weil wir einige Tatbestände noch nicht genau kennen, bis wann wir glauben, eine beschlußreife Vorlage für den Parteitag zu bekommen. Die Frage kann heute nach meiner Auffassung nicht entschieden werden. Dabei müssen wir die von Herrn Kollegen Barzel zu Recht erwähnten Vorklärungen vornehmen bis in ein beginnendes Sachgespräch hinein, wo zumindest die Probleme umrissen werden und die Meinung der wesentlichen Gruppierungen oder auch Personen der Partei bekannt ist. Wir dürfen uns nicht auf einen Termin festlegen mit dem Ergebnis, daß das angekündigt wird, daß das auf einem Programm steht und wir nachher eine Wiederholung von Düsseldorf haben. Vielleicht mit anderen Mehrheitsverhältnissen, hinüber und herüber, wir können diesen Schritt nur endgültig fixieren, d. h. nicht am Beginn der Diskussion. Die sollte in der Art, wie Herr Barzel das gesagt hat, vorbereitet werden. Wir können das nur endgültig fixieren, wenn wir ein hohes Maß an Wahrscheinlichkeit haben, daß dieser Beschluß wirklich dann ein integrierender Beschluß ist, der sozusagen nicht nur in sachlichen Vorstellungen, über die wir uns heute noch alle gar nicht klar sind, sondern auch in der Integrationsfunktion für die Partei ein Stück weiterführt. Das würde ich dazu nur auch als eine Problemstellung sagen und meinen, daß wir dazu die von Herrn Kollegen Barzel vorgeschlagenen Gespräche führen und dann uns entscheiden müssen, welche Termine wir uns vornehmen können.

Kraske: Herr Stoltenberg, zum ersten nur folgendes. Ich habe auf der ersten Vorstandssitzung der Konrad-Adenauer-Stiftung nach der Wahl⁴³ genau in dieser Frage eine Bitte geäußert, und wir haben dann als Vorstand einen Auftrag erteilt, was in der Hochbegabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung allein finanziell und zahlenmäßig auf diesem Gebiet zu tun ist. Das reicht nicht, aber ich bin mit Ihnen der Meinung, hier muß ein Ansatz sein und den müssen wir dann verbreitern mit Interessierten, die es in großer Zahl in der Tat gibt.

Katzer: Herr Kollege Stoltenberg, zur Frage der Mitbestimmung, wenn ich dazu eine Bemerkung machen darf. Wir können ja nicht so tun, als wenn das ein ganz neues Problem wäre. Der Punkt ist doch der, die Partei hat sich mit der Frage der Mitbestim-

43 Protokoll der Sitzung am 10. Dezember 1972 in ACDP 12–001.

mung aktiv mehr als vier Jahre befaßt, wir hatten einen Parteitag in Berlin⁴⁴, da haben wir einen ganzen Tag diskutiert, da kamen Parteifreunde zu uns und sagten, die Sache muß weg vom Tisch, das muß endgültig geklärt werden. Nun haben wir es in Berlin offengehalten, und das ist uns sehr gut bekommen, wenn man noch mal nachliest die Presse über den Berliner Parteitag, das war eine der besten Pressen, die wir überhaupt gehabt haben wegen der Diskussion usw. Die Sache blieb offen. Und so sind wir auch in den Wahlkampf gegangen, wir sind in der Sache offen. Dann kam der Düsseldorfer Parteitag, und in Düsseldorf waren dann, das will ich jetzt nicht wiederholen, im Grunde zwei Modelle. Eines der Modelle kommt wieder. Das ist das Modell der Sozialausschüsse, was wir vorgelegt haben und was in der breiten Öffentlichkeit mehr und mehr Zustimmung findet bis hinein in unsere Partei und Fraktion. Wenn ich Kollegen höre, die zu mir kommen und sagen, sie würden sich damit doch jetzt sehr befreunden, dann ermutigt mich das. Von der Sache her habe ich nie einen Zweifel daran gelassen, weder im Präsidium, noch im Vorstand, noch in der Öffentlichkeit, noch im Wahlkampf. In allen Wahlkampfreden haben wir gesagt, Modell von Düsseldorf – wir sind unterlegen –, aber das habe ich zu vertreten als Demokrat, ich kann nicht meine Minderheitsmeinung vertreten, aber die Sache kommt erneut auf den Tisch. Herr Kollege Stoltenberg, ich sehe die Zeitzwänge wie Sie. Nur werden Sie um Verständnis gebeten von mir, daß die Sozialausschüsse diesen Punkt erneut aufgreifen. Von daher ist ein Zeitdruck, die Uhr tickt. Und glaube keiner, also jetzt gibt es ganz schlaue Leute, die sagen, 7:5 ist vielleicht ein bißchen schlecht, kann man nicht 6:5 und so was machen. Das ist weiße Salbe, das schmiert uns überhaupt nichts vom Fenster. Wenn Sie entscheiden müssen, will die Partei noch mal dieses alte Modell vorlegen oder will sie da noch einen Zentimeter zulegen? Meine Auffassung ist, die Diskussion ist doch längst über diesen einen Punkt weggegangen, nämlich daß es heute keine ernsthafte politische Gruppierung in Deutschland gibt, die nicht ausginge von der Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit. (*Unruhe*) Ich will nur sagen, ich bin ein bescheidener Mensch, Kapital und Arbeit, das können Sie auch umgekehrt drehen. Ich bin sehr damit einverstanden. Das ist der Punkt. Die Diskussion verlagert sich jetzt, wenn man davon ausgeht, auf die dritte Bank, wie immer man die jetzt bezeichnet. Und der entscheidende Punkt, der Hauptstreitpunkt in der Regierungspartei ist ja mittlerweile der geworden: Wer entsendet? Das ist ja mittlerweile der Hauptstreitpunkt!

Ich bin traurig, daß ich heute wieder nicht dazu komme, meinen Bericht zu machen, aber ich sehe es ja ein. Ich wollte die Gesellschaftspolitik behandeln, vielleicht darf ich nachher nur noch mal die Gesetze, die wir hier eingebracht haben, bekanntgeben. Vielleicht kann man die mal veröffentlichen, denn ich habe den Eindruck, daß unsere eigenen Leute das gar nicht mehr wissen, was wir eigentlich da gemacht haben an parlamentarischen Initiativen nur der letzten drei Jahre. Wir werden von der Sache her uns über diese beiden Punkte klar werden müssen, und dann werden wir eine Entscheidung fassen müssen. Ich habe keine Angst vor einer Entscheidung. Ich weiß mich noch genau zu erinnern, Herr Bundeskanzler Kiesinger, als wir in Berlin waren, da

44 16. Bundesparteitag vom 4. bis 7. November 1968 (vgl. CDU, 16. BUNDESPARTEITAG).

riefen Sie mich zu sich. Da haben Sie mich gefragt: „Wie geht das mit der Mitbestimmung?“ Da habe ich gesagt: „Wenn Sie mich fragen, das kommt. So sicher wie das Amen in der Kirche. Dieser Punkt kommt nicht mehr von der Tagesordnung, und ich persönlich, ich bin überhaupt nicht nervös, ob das in zwei Jahren oder in drei oder in vier, oder was weiß ich, nur muß die Union wissen, sie kommt.“ Und ich habe damals fast wörtlich das gesagt, was Lemke hier gesagt hat: Wir können doch nicht hinter Entwicklungen herlaufen, sondern wir müssen die Entwicklung gestalten. So sehe ich den Punkt hier ziemlich klar. Ich sehe den Termindruck. Da kommen wir nicht raus. Den setzt nicht die Regierung, den haben wir. Und zweitens, wir müssen Farbe bekennen, und da muß entschieden werden, und da gibt es kein Jein, da ist nichts zu wollen, da muß klipp und klar entschieden werden. Wenn Sie gegen mich entscheiden, bedauere ich das für die Union, wenn Sie es für mich tun, dann bin ich glücklich für die Union, wenn wir dann die Führung nach vorne bekommen haben.

Wir haben innerhalb der Sozialausschüsse, wenn ich das noch zum Schluß sagen darf, unsere Kommission wieder eingesetzt. Die ist an der Arbeit. Wir werden das, was insbesondere auch von Biedenkopf auf dem Parteitag selbst gesagt worden ist⁴⁵ – an Einwänden sachlicher Art für die Praktikabilität usw. – erörtern und im Prinzip unseren Vorschlag beibehalten, weil wir ihn für den richtigen halten, sind aber selbstverständlich einer Diskussion offen gegenüber, die uns in dieser Frage, was die praktische Anwendbarkeit usw. anlangt weiterbringt.

Letzter Satz: Meine Damen und Herren, es hat damals, als wir in der Kommission saßen in Rheinland-Pfalz, Einwände gegeben. Die wurden begründet mit Europa. Insbesondere Professor Hallstein hat sehr eindrucksvoll gesagt: „Also liebe Leute, über das Modell kann man ja reden, aber Ihr müßt natürlich sehen, das ist gegen die ganze Richtung. In Europa hat man sich gerade in der Kommission darüber geeinigt, sich auf den Boden des deutschen Aktienrechts zu stellen, und Ihr geht jetzt ja im Grunde weg vom deutschen Aktienrecht hinüber ins angelsächsische Recht.“ Das war ein sehr gewichtiges Argument, was uns damals sehr zu schaffen gemacht hat. Nunmehr müssen die natürlich umgekehrt – Herr Hallstein und alle, die sich damals dieses Argument zu eigen gemacht haben, weil sie damit aus einer Klemme herauskamen – Gedanken darüber machen, daß durch den Beitritt Englands in der EWG der Boden für ein angelsächsisches Recht natürlich verstärkt wird. Denn wenn man mit den Freunden spricht, dann haben die sehr viel Sympathie für ihr eigenes Modell, und das würde also unseren Vorstellungen in den Sozialausschüssen erheblich entgegenkommen. Das hat damals gegen uns gewirkt. Jetzt wirkt es für uns. Das würde ich nur als Punkt für das Nachdenken in dieser Frage bitte noch mal mit auf den Weg geben.

Ich kann also im Grunde nur unterstützen, was der Vorsitzende sagt. Ich bin einverstanden, daß das sehr sorgfältig vorbereitet wird. Keinem von uns kann gelegen sein,

45 Das Gutachten der Biedenkopf-Kommission wurde auf dem Düsseldorfer Parteitag (25.–27. Januar 1971) ausgiebig diskutiert. Zum Redebeitrag Biedenkopfs vgl. CDU, 18. BUNDEPARTEITAG S. 288–293.

daß das eine große Kontroverse gibt und daß wir in der ganzen Öffentlichkeit nur noch drüber reden, wie zerstritten die CDU ist. Von der CSU will ich jetzt hier mal ganz schweigen, obwohl ich auch von der CSU, von Herrn Stücklen, Hinweise bekommen habe, das 7:5-Modell sei erledigt. Darüber können wir nicht mehr reden, da müssen wir etwas Neues finden. Also da ist auch der Denkprozeß im Gange. Die stehen vor wichtigen Landtagswahlen, die sie auch in den Städten führen müssen und nicht so sehr auf dem Lande, und von daher ist auch da die Landschaft etwas anders.

Ich bin also gerne bereit, in jedem Gremium mitzuwirken, wo wir über diese Frage leidenschaftslos nachdenken, nur möchte ich niemanden in Unkenntnis darüber lassen, daß dies eine große Entscheidung ist und daß der Entscheidungsspielraum, nach dem, wie es gelaufen ist – ich habe es dargestellt –, nicht so groß ist, wie der eine oder andere im Saal vielleicht meinen möchte.

Barzel: Gut, ich glaube, es war notwendig, diese paar Beiträge zu haben. Wir wollen das nicht im einzelnen diskutieren. Ich habe noch zwei Wortmeldungen, Herr Amrehn, Herr Dregger, und ich glaube, wir verzichten dann auf die vorgesehenen Berichte und kommen dann wahrscheinlich bald zum Schluß.

Amrehn: Vor einigen Wochen waren wir noch der Meinung, daß wir am besten gar nicht über dieses Thema sprechen, insoweit ist die Entwicklung über uns hinweggegangen. Ich entsinne mich noch sehr gut, daß Hans Katzer schon am Tage der Beschlüsse in Düsseldorf gesagt hat: Wir kommen in zwei Jahren damit wieder. Das habe ich gar nicht für gut gefunden, weil es die Ankündigung war, wir geben uns mit einem Parteitagbeschuß nicht zufrieden. Wir müssen heute aus ganz anderen Gründen darüber diskutieren. Dennoch frage ich mich, ob es gut ist, sich jetzt unter den Druck des Termins eines Parteitages bei uns zu stellen. Wir wissen doch noch gar nicht, wie die beiden anderen Parteien damit zu Rande kommen, ob die bis zum Herbst überhaupt schon was vorlegen. Und mir erscheint es zweifelhaft, ob es für uns nützlich ist, nun bis zum Parteitag, was ja sehr viel Arbeit erfordert, ein neues Modell, sagen wir meinetwegen Katzer-Modell, angelsächsisches Modell, zu erarbeiten und neu beschließen zu lassen, bevor die anderen was vorlegen.

Ich halte das also von heute aus gesehen nicht für nützlich, wohl aber für sehr notwendig, daß wir beizeiten darüber Diskussionen in dem Bereich führen, der möglicherweise nicht gleich wieder von der gesamten Straße oder Presse beobachtet werden kann, weil ich der Meinung bin, daß wir in diesen Dingen durchaus Veranlassung haben, das Ganze in einem größeren Zusammenhang zu sehen. Ich will Ihnen gleich auch sagen, was im Zusammenhang mit der Tabelle mir zu sehr auseinandergliedert zu sein scheint. Nämlich, hier werden selbstständig behandelt die Fragen des Eigentums, die Fragen des Bodenrechtes und die Fragen der Mitbestimmung. Das sind nicht völlig voneinander trennbare Gebiete. Und nun ist gerade der Oberbegriff der Eigentumsordnung allein der Fraktion zugeordnet, während die beiden anderen Gebiete, Mitbestimmung und Bodenrecht, der Partei zugeordnet sind. Ich glaube, so, wie es hier steht, Eigentum für die Fraktion, kann beinahe nur Vermögensbildung in der Hand des kleinen Mannes gemeint sein, während wir doch in unserer Grundsatzdiskussion mehr ausgehen müssen von einem veränderten Inhalt der sozialen Bindung

des Eigentums, und von daher die neue Diskussion eigentlich grundlegend geführt werden müßte.

Das bringt mich auf den nächsten Punkt, den ich nun hier anschließen muß, obwohl er nicht ganz dazu gehört. Ich unterstütze sehr, daß das Papier von Schwarz-Schilling und Langguth vorher diskutiert wird, ehe es auf den Bundesparteiausschuß kommt. Ich weiß nur nicht, ob wir den ganzen Vorstand immer dazu brauchen. Der Vorstand kann eingeladen werden, aber nicht unbedingt müßte jeder dazu kommen, weil ja nicht jeder so direkt interessiert ist an der Diskussion eines Papiers, zu dem ich neulich schon ein paar Anmerkungen den beiden Herren gemacht habe. Da wird die Frage des Inhaltes des „C“ in der CDU neu aufgeworfen. Und dies hat darin Inhalte bekommen, von denen ich behaupte, die können genauso gut teils von den Liberalen, teils von den Sozialdemokraten gesagt werden, und das kann nicht voll ausfüllen, was wir dazu zu sagen haben. Darüber müssen wir uns in der Tat unterhalten, bevor die Sache in den Bundesparteiausschuß kommt, und müssen uns auf Formulierungen verständigen, die man da auch annehmen kann. Man wird sowieso nicht das ganze Papier als einen Bundesausschußbeschuß verabschieden können, aber dazu ist unbedingt vorbereitende Arbeit nötig.

Letzter Punkt: Es ist vorhin beklagt worden, daß zu den Veranstaltungen, die die Frauen planen, lauter Absagen gekommen seien. Das stimmt gar nicht einmal, aber das ist vorhin zum Ausdruck gebracht worden. Ich möchte so viel sagen, ich habe auch abgesagt zu einem bestimmten Termin; zum 31. März waren wir eingeladen, ich habe für die Partei bereits eine andere Veranstaltung vorher übernommen. Es ist also keineswegs mangelnder Wille, sich daran zu beteiligen, sondern es hat Gründe. Und hier liegt ja noch ein Papier auf dem Tisch, worin wir uns heute verpflichten sollen, fünf Veranstaltungen, wenigstens für die einfachen Bundesvorstandsmitglieder, zu übernehmen. Ich bin gerne bereit dazu. Nur muß heißen auf Anfrage der Bundesgeschäftsstelle eben Anfrage, wenn man wirklich nicht anderweit belegt ist. Leider sind eine Menge von Terminen vorher schon vergeben und kommt manche Anfrage zu spät. Im übrigen völliges Einverständnis auch mit diesem Papier.

Dregger: Selbstverständlich ist Düsseldorf kein Dogma, und wir werden diese wie alle anderen Positionen überprüfen müssen. Ich halte es für gut, daß der Vorsitzende selbst und das Präsidium sich damit befassen wollen. Man sollte auch den Vorstand einschalten, vielleicht mehr als damals, weil das eine Führungsaufgabe der Partei ist. Er hat es ja offen gelassen, ich will das jetzt nicht weiter vertiefen. Ich möchte nur darum bitten, daß wir auch die taktische Position der Oppositionspartei zumindest mitbedenken. Wenn SPD und FDP sich einigen sollten, werden wir die Sache nicht beeinflussen können im Ergebnis. Wenn sie sich nicht einigen sollten, dann wäre es doch eigentlich interessant, den Streit, der dort stattfindet, nicht zu überdecken durch eigene Streitigkeiten, die möglicherweise bei uns entstünden. Und ich meine, wir sollten unsere endgültige Position nicht festlegen, ohne zu wissen oder abschätzen zu können, wie die Positionen der beiden Koalitionsparteien sein werden. Das muß, meine ich, bei einer Oppositionspartei mit ins Kalkül gezogen werden. Und deswegen bin ich auch dafür, daß wir darüber nachdenken, daß insbesondere im Führungsgremium dar-

über nachgedacht wird ohne große Erklärung nach außen. Aber daß wir uns nicht unter einen falschen Termindruck setzen lassen, sondern auch die taktische Position mit bedenken.

Barzel: Nur eine Bitte, nachdem wir hier ein paar Minuten, was ja notwendig war, über Mitbestimmung gesprochen haben, daß es uns weiter gelingen könnte, in dieser Frage nicht öffentliche Erklärungen zu haben, denn da kriegen wir die Enden überhaupt nicht mehr zusammen. Und das ist ja der Grund, warum ich jetzt nicht mit einer Kommission anfangen. Der kommt ja hier schon.

Blüm: Ich habe nur ein paar Bemerkungen zur Mitbestimmung. Wir haben zu Anfang unserer Beratungen, unseres Nachdenkens über das Wahlergebnis ja im Grunde ohne Widerspruch uns darauf geeinigt, daß die Opposition eine Opposition in Schwerpunkten ist, nicht eine Opposition, die zu jeder Vorlage der Regierung eine Alternative bietet. Dann gehört zu diesem Schwerpunkt – den suchen wir uns nicht aus, sondern das ist uns von der Öffentlichkeit vorgelegt – auch der Schwerpunkt Mitbestimmung. Das ist nicht das Ergebnis unseres Nachsuchens, sondern das ist das Ergebnis der Nachfrage. Herr Dregger, auch bei Vorlage einer Regierungskonzeption – wann die kommt, ich bin keiner, der im Kaffeesatz lesen kann, ich weiß nicht, ob das schnell oder lang geht – würde ich unabhängig von dem Zeitpunkt, in dem die Regierung ihre Vorlage zustande bringt, glauben, daß wir eine konkrete Alternative haben müssen. Und zu der konkreten Alternative – ich hoffe, daß die Übereinstimmung auch da ist – gehört nicht 7:5. Wir werden die Regierung nicht in Verlegenheit bringen können mit einem reinen Nein. Und wir werden auch keinen Angriff, von dem Sie gesprochen haben, führen können, indem wir einfach die Mitbestimmungskonzeption, wie immer sie aussieht, der Regierung einfach ablehnen. Sondern wir werden konkret unsere Alternative positiv bestimmen müssen. Ich glaube, die Mitbestimmung gehört zu den Fragen, wo wir im Modell unsere Alternative an die Seite stellen müssen.

Und wenn das so ist, daß der Parteitag im Oktober nicht nur ein Parteitag ist, auf dem Personalfragen zur Entscheidung stehen, sondern wenn das auch ein Parteitag ist, der sachlich-programmatische Erwartungen unserer Mitglieder erfüllen soll – und das ist ja auch wiederum eine Übereinstimmung bei uns –, dann gehört zu den sachlich-programmatischen Erwartungen unserer Mitglieder, daß wir auch zu dem heißen Eisen Mitbestimmung etwas sagen. Jedenfalls halte ich es für gänzlich unmöglich, das Thema Mitbestimmung auf dem kommenden Parteitag auszuklammern. Wir können nicht sagen, dieser Parteitag soll einen Ruck nach vorne unternehmen unter Ausschluß der Mitbestimmung. Auch das ist, wie ich glaube, nicht möglich, um der Glaubwürdigkeit dieses Parteitages willen und um der Erwartung willen, der dieser Parteitag von der Öffentlichkeit ausgesetzt ist.

Barzel: Aber bitte noch keinen Beschluß Mitbestimmung auf jeden Fall auf dem Parteitag. (*Unruhe.*) Ausklammern? Ich habe das doch in meinem ersten Referat hier gesagt, wir müssen darüber neu nachdenken, und das fangen wir nun an. Zunächst der Beschluß, der hier vorliegt hinsichtlich der Rednerdinge. Einverstanden? Danke schön. Bericht Kraske als Arbeitspapier, Arbeitsleitlinie? Gebilligt? Einverstanden.

Ich habe noch eins vergessen, Herr Kollege Dregger. Weil Sie vorher aus sicher

guten Gründen nicht da sein konnten. Erster Punkt, ein außenpolitisches Thema. Wir haben eine außenpolitische Kommission der Partei. Sie hat besondere Funktionen, anders als andere Ausschüsse. Ob es uns gelingt, ein Thema zu finden wie Europa und atlantische Gemeinschaft oder so etwas, das wollen wir erörtern, können wir vielleicht in der Fraktion sehen. Zweiter Punkt, Sicherheit. Dazu möchte ich folgendes sagen: Diese zehn Kommissionen haben sämtlich den Auftrag, neue Konzepte, z. T. über das Programm hinaus – deshalb Parteikommission – zu entwickeln. In der Frage der inneren Sicherheit kenne ich bei uns keine neue programmatische Aussage. Daß wir hier wahrscheinlich eine Clearing-Stelle schaffen müssen, die allein Informationen sammelt aus den Ländern, wo wir in der Opposition sind, oder von den Regierungen, wo wir sind, hier in der Partei oder der Fraktion, das ist sicherlich richtig. Aber ich sehe einen Auftrag programmatisch nicht. Ich sehe zur Verfolgung dieser aktuellen Politik eine Menge Punkte. Darüber wird zu sprechen sein. Aber ich sehe keine neue programmatische Aussage. Und daß wir auf dem Parteitag, wie ich hoffe, nicht nur in den Berichten des Vorsitzenden und des Generalsekretärs gegen andere angehen, und das nicht nur in tagespolitischen Fragen, dies ist ganz klar. Mir scheint sich heute doch ein Bild zu runden. Die drei ersten Themen, die wir nach der Sitzung herauszugreifen haben, werden im Grunde die Themen sein, die am ersten an den Parteitag herankommen. Wir sollten Herrn Katzer und Herrn Blüm bitten, noch mal mit uns auch vor der Bundestagung der Sozialausschüsse zu sprechen, um zu sehen, mit welcher Verdichtung dort zu Einzelfragen definitive Anträge an den Parteitag beschlossen werden. Wenn wir eine Situation haben wollen, daß wir alle uns aufeinander zubewegen können, da muß man sich überlegen, ob das dann richtig oder falsch ist. Das ist heute zu früh.

VERSCHIEDENES

Ich stelle fest, daß wir noch beschlußfähig sind, und schließe die Sitzung.